

Klaus-Dieter Franke

Hindenburg 2012 – Black Form – Dedicated to the Missing Jews 1988/89: Was der Streit um einen Namen und die Debatte um ein Kunstwerk über die erinnerungskulturelle Entwicklung in Münster aussagen

Einleitung



Logo Büro f. Erinnerungskultur

In der hessischen Kleinstadt Babenhausen haben vor Längerem zwei Männer, ein Historiker und ein Designer, ein „Büro für Erinnerungskultur“ gegründet. In ihrem Internetauftritt heißt es:

„Ob Ausstellung, Gedenkstation oder Veröffentlichung: Wir liefern Geschichte und Design, von Beginn an zusammen gedacht, kompetent erarbeitet und überzeugend in Szene gesetzt.“¹

Erinnerungskultur kann in Deutschland heute offensichtlich als Grundlage eines wirtschaftlichen Unternehmens funktionieren. Das anscheinend tragfähige Geschäftsmodell beruht auf einem Ausdruck, der „inzwischen ein Leitbegriff der modernen Kulturgeschichtsforschung“ geworden ist. In seiner weiten Definition umfasst er „alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse (...), seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur. (...) Als Träger dieser Kultur treten Individuen, soziale Gruppen oder sogar Nationen in Erscheinung, teilweise in Übereinstimmung miteinander, teilweise aber auch in einem konfliktreichen Gegeneinander.“²

In meiner Arbeit geht es um die bewusste Erinnerung in der Stadt Münster (Westfalen) an die NS-Zeit, und dies konkret anhand zweier öffentlicher Debatten, die in Münster geführt

¹ Logo und Zitat, aus: <http://erinnerungskultur.de/>, 18.10.2016. Nach der Produktliste des Unternehmens ist es um die Jahrtausendwende gegründet worden.

² Zur wissenschaftlichen Definition von Erinnerungskultur s. Christoph Cornelißen: Erinnerungskulturen, in: https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Cornelißen, 18.7.2016. Christoph Cornelißen ist Professor für Geschichtswissenschaft in Frankfurt a.M., den Text hat er 2012 ins Netz gestellt.

wurden. Die eine Debatte kreiste um die historische Figur Hindenburg, die andere um den Umgang mit dem singulären Verbrechen der Judenvernichtung. Es treten dabei „in einem konfliktreichen Gegeneinander“ Individuen und soziale Gruppen auf, die unterschiedliche Vorstellungen davon haben, welcher Umgang mit Hindenburg und welche Art des Gedenkens an den millionenfachen Mord in der Stadtgesellschaft angemessen ist. Im Fall Hindenburg steht dabei eine historische Person im Mittelpunkt, die zu Lebzeiten von einem Heldenmythos umgeben war, den die Nationalsozialisten vor allem für ihre innenpolitische Zwecke benutzt haben. Das zweite Beispiel bezieht sich auf die größte Gruppe von Außenseitern im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, die der Repression und schließlich der Ermordung ausgesetzt war, die Juden.

Das erste Beispiel bezieht sich auf das Jahr 2012, das zweite auf die Jahre 1988/89. Beide Beispiele sind in räumlicher Hinsicht dadurch verbunden, dass sie sich erstens auf die von einem konservativen Bürgertum und der katholischen Kirche lange Zeit geprägte Stadt Münster beziehen und zweitens auf einen ihrer zentralen Plätze, den heutigen Schlossplatz, der, damals noch mit Hindenburgs Namen versehen, unter den Nazis Ort der Bücherverbrennung 1933 und propagandistischer Aufmärsche war. Das Schloss selbst war Sitz des Gauleiters Westfalen-Nord.

Beim ersten Beispiel geht es um die Kampagne zur Rückbenennung des Schlossplatzes in Hindenburgplatz 2012: Ich frage danach, welche Rolle in ihr vor allem auf der Seite der Befürworter der Heldenmythos um Hindenburg gespielt hat. Welche Bedeutung hatte er in den Leserbriefkämpfen, die im Vorfeld des Bürgerbegehrens in beiden münsteraner Zeitungen ausgetragen wurden? Hatte er noch fast 100 Jahre nach seiner Entstehung eine Strahlkraft, die als Erklärung dafür herangezogen werden kann, dass immerhin um 40 Prozent derjenigen, die im September 2012 zur Wahl gegangen sind, für die Rückbenennung stimmten?

Damit versuche ich eine differenzierte Antwort auf die Frage zu geben, welche Wirkung der Heldenmythos in der Kampagne und im schließlichen Wahlergebnis noch entfalten konnte. Im zweiten Beispiel befaße ich mich mit dem Gedenken an die größte und dem Genozid unterworfenen Außenseitergruppe in der nationalsozialistischen Diktatur und mit einer Initiative, deren Ziel es war, ein Kunstwerk der Minimal Art, das im Zuge der Skulpturenausstellung 1987 geschaffen worden ist und das der Künstler Sol LeWitt zum Mahnmal für die „missing Jews“ erklärt hatte, dauerhaft vor dem Schloss zu installieren. Diese Initiative ist gescheitert. Ich frage vor allem danach, wie Befürworter und Gegner des Projekts argumentierten. Welche erinnerungskulturellen Positionierungen sind in den Argumenten erkennbar? Woran ist die Initiative gescheitert? Welche Gedenkaktivitäten haben die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in Münster stattdessen initiiert und realisiert? Welche zeitgleichen und zeitnahen Diskussionen und Entscheidungen, die sich auf das Gedenken an die Verbrechen der Nazis und deren Opfer beziehen, gibt es in der Bundesrepublik und was sagen sie über die Auseinandersetzung in Münster aus? Dabei beziehe ich mich auf einen Vorgang in Hamburg – Altona, dessen politischen Repräsentanten im Herbst 1989 Sol LeWitts Mahnmal vor dem dortigen Rathaus aufstellen ließen, und auf die Initiative in Berlin, ein Denkmal für die ermordeten Juden zu errichten, die im August 1988 ihren Anfang nahm.

Damit versuche ich eine differenzierte Antwort auf die Frage zu finden, wie die Stadtgesellschaft in Münster mit ihrer Aufgabe umgegangen ist, der Außenseiter und ihrem Schicksal infolge der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu gedenken. Die Verbindung zwischen den beiden Projekten sehe ich in zwei übergeordneten Fragen:

1. Wie sind die Münsteraner seit den späten 1980er Jahren mit dem Nationalsozialismus umgegangen, durchgespielt einmal an einem sog. Helden der NS-Zeit und einmal am Gedenken an die Außenseiter dieser Zeit?
2. Was verraten die beiden Beispiele über die erinnerungskulturelle Entwicklung in der Stadtgesellschaft?

Immer wieder beziehe ich mich bei der Analyse der beiden Beispiele und den Schlussfolgerungen, die sich aus ihnen ziehen lassen, auf eine Aussage des deutschen Zeithistorikers Martin Sabrow aus dem Jahr 2013:

„Vergangenheit ist für uns eine ganz wesentliche Identitätsressource geworden, aber nicht im Sinne der Bestätigung, der Nachahmung, der Verpflichtung, sondern eher im Sinne einer Abgrenzung, einer Vergewisserung, dass diese Vergangenheit nicht wiederkehrt.“³

Geht man vom ersten Teil des Satzes aus, dass „Vergangenheit (...) für uns eine ganz wesentliche Identitätsressource geworden (ist)“, kann man ihn als Erklärung dafür lesen, dass heute ein „Büro für Erinnerungskultur“ ein erfolgreiches Geschäftsmodell sein kann. Wichtiger aber ist: Diese knappe Äußerung erweist sich in ihrem Gehalt als eine tragfähige Grundlage für einen kritischen Blick auf die beiden Beispiele und schließlich ihren Vergleich. Sabrow trifft folgende Feststellungen: Die bewusste Erinnerung an vergangene Ereignisse ist „für uns“, die Deutschen, ein zentraler Ansatzpunkt für die Definition der eigenen Identität geworden. Der bewusste Umgang mit der Vergangenheit funktioniert weniger als Identifikation mit ihr, sondern die gegenwärtige Identität ergibt sich vielmehr aus der kritischen Distanz zu ihr. Damit stellt Sabrow tatsächlich ein analytisches Instrumentarium zur Verfügung, das für beide Beispiele gleichermaßen relevant ist, weil es helfen kann, sie jeweils einzeln und im Vergleich den Unterschied zwischen beiden exakter zu erfassen.

Die beiden Beispiele sind gegen die Chronologie angeordnet. Das erste Beispiel ist heute (2016) vier Jahre, das zweite 28, 29 Jahre alt. Das Bürgerbegehren für den Namen Hindenburg fand 2012 statt, die Initiative zur dauerhaften Platzierung der Black Form von Sol Lewitt agierte 1988/89. Diese achronologische Anordnung hat einen Grund.

Im Schlussteil geht es mir darum, aus den Erkenntnissen, die ich in der Analyse der beiden Beispiele gewonnen habe, einige Schlussfolgerungen über den Umgang der münsteraner Stadtgesellschaft in ihren erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen mit „Helden“ und „Außenseitern“ des Nationalsozialismus zu ziehen und die problematisierende Frage nach der erinnerungskulturellen Entwicklung zwischen 1988/89 und 2012 zu stellen und zu beantworten. Die achronologische Anordnung weist bereits auf diese Problematisierung hin.

³ http://www.deutschlandradiokultur.de/als-sich-hitler-und-hindenburg-die-hand-reichten.954.de.html?dram:article_id=241304_1.11.2015

Der Zeithistoriker Edgar Wolfrum hat in einem Überblick über die Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD 2008 festgestellt: Es gebe einige Länder, die „nicht einsehen wollen, warum die Deutschen immer die 'Besten' sein müssen: Erst verüben sie die größten Verbrechen – was mit Blick auf den Holocaust und den NS-Vernichtungskrieg zutrifft; dann verarbeiten sie diese mit der besten Vergangenheitsbewältigung, - was man im Rückblick von 60 Jahren trotz Rückschlägen und Skandalen durchaus behaupten kann.“⁴ Als generalisierende Äußerung mag Wolfrums Behauptung über die „Vergangenheitsbewältigung“ der Deutschen zutreffen, dass sie die „beste(n)“ sei, im Detail aber ist ein differenzierender Blick notwendig, wie Wolfrum selbst zugesteht, wenn er von „Rückschlägen und Skandalen“ spricht. Diese Differenzierung versuche ich in meinen Schlussfolgerungen.

Die Aussage, im Mai 1945 sei das deutsche Volk von der nationalsozialistischen Diktatur befreit worden, hatte, als sie 1985 gemacht wurde⁵, eine bewusst gesetzte aufklärerische politische Pointe: Das deutsche Volk sei durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg freigeworden für die Demokratie, für ein Leben in politischer und gesellschaftlicher Freiheit. Tatsächlich aber galt sie für 1945 vor allem in einem Sinne: dass die Macht der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Repressions- und Vernichtungsorgane nach einem Weltkrieg, der von deutschem Boden ausging und um 55 Millionen Opfer gefordert hatte, endgültig zerschlagen war. Der Apparat war zerstört, aber auch nach der bedingungslosen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 lebten Nationalsozialisten und nationalsozialistisches Denken in Deutschland fort und 12 Jahre Diktatur hatten sich auf unterschiedliche Art in das Leben der Deutschen, als Täter, Mitläufer oder Außenseiter, eingeschrieben. Ein System, dessen Vertreter den opferreichsten Krieg der Weltgeschichte entfesselt und singuläre Verbrechen begangen hatten, wirkt auf besonders komplexe und schwierige Art weiter – materiell und ideell.

Die Erinnerung in Deutschland an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen hat eine schwierige und vielschichtig verlaufende Geschichte. Das machen auch meine beiden Beispiele deutlich.

⁴ Edgar Wolfrum: Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD, 26.8.2008, in: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all>, 7.10.2016.

⁵ Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8.Mai 1985, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html , 27.3.2016.

Das Beispiel 1: Hindenburg 2012

Worum es geht:



Der Tag von Potsdam⁶

Das Bild von der Szene ist bis heute bekannt: Am 21. März 1933 verneigt sich beim sogenannten Tag von Potsdam vor der Garnisonskirche der seit etwas mehr als anderthalb Monaten regierende Reichskanzler Hitler in festlichstem bürgerlichen Anzug, dem Cutaway, vor dem uniformierten und ordenübersäten, ehr als Generalfeldmarschall denn als Reichspräsident auftretenden Paul von Hindenburg und gibt ihm fast unterwürfig die Hand. Es handelt sich dabei um einen Akt von bewusster Symbolpolitik: das Schauspiel der Versöhnung zwischen dem nationalkonservativen Lager und der jungen nationalsozialistischen Bewegung, dem alten, preußisch dominierten deutschen Reich in der Person Hindenburg und dem neuen Deutschland, verkörpert durch Adolf Hitler. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat den Vorgang als „minutiös geplante Inszenierung eines 'über dem Sarg Friedrichs des Großen' erfolgenden Sakraltransfers von Hindenburg auf Hitler“ bezeichnet.⁷

Aus Anlass des 80. Jahrestages des sogenannten Tages von Potsdam 2013 meinte Martin Sabrow, Leiter des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschungen, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk:

„Vergangenheit ist für uns eine ganz wesentliche Identitätsressource geworden, aber nicht im Sinne der Bestätigung, der Nachahmung, der Verpflichtung, sondern eher im Sinne einer Abgrenzung, einer Vergewisserung, dass diese Vergangenheit nicht wiederkehrt.“⁸

⁶ Foto: Bundesarchiv, Bild 183-S38324 / CC-BY-SA 3.0 , zitiert nach:
https://de.wikipedia.org/wiki/Tag_von_Potsdam

⁷ Herfried Münkler: Die Deutschen und ihre Mythen, Hamburg 2010, S. 275.

⁸ Interview vom 21.3.2013:http://www.deutschlandradiokultur.de/als-sich-hitler-und-hindenburg-die-hand-reichten.954.de.html?dram:article_id=241304_1.11.2015

Sabrow versucht eine qualifizierende Aussage über den Umgang mit der Vergangenheit. Der Historiker geht davon aus, dass er heute „eher im Sinne einer Abgrenzung“ funktioniere. Man kann sein „eher“ als Hinweis darauf deuten, dass in einem Konflikt um die Identitätsressource zur Zeit diejenigen in der Vorderhand sind, die sich von der Vergangenheit absetzen und einen kritischen Umgang mit ihr pflegen.

Das „eher“ mag stimmen, aber dafür, dass es auch anders laufen kann, gibt es für die Zeit nach seinem Interview Belege:

„Wie hartnäckig BürgerInnen an ihrer Hindenburgstraße festhalten können, bekam der Gemeinderat von Garmisch-Partenkirchen zu spüren. Dieser nahm die neuen historischen Deutungen zum Anlass, die Hindenburgstraße umzubenennen – der Beschluss ging durch den Rat. Doch dann machte die Bürgerinitiative „Pro Hindenburg“ mobil – mit einer Mischung aus dem Unmut der Anwohner darüber, beim Amt die Adresse ändern zu müssen, und einem historischen Unverständnis, das auf dem überkommenen Hindenburg-Bild beruhte. Die Initiatoren sorgten mit einem triumphalen Ergebnis bei einem Volksbegehren im April 2013 für die Revision der Entscheidung.“⁹

Bezieht man Sabrows Aussage auf Münster und die Bürgerabstimmung 2012 darüber, ob Hindenburg der Name für den Platz vor dem Schloss sein solle, dann hat er, scheint's, Recht. Eine absolute Mehrheit stimmte dagegen, aber immerhin eine stattliche Minderheit von 40,6 Prozent dafür. Die Wahlbeteiligung lag bei 40,3 Prozent.

Man kann die Münsteraner Abstimmung als Bestätigung für Sabrows These lesen, man kann das Ergebnis aber auch als tiefgreifenden Konflikt um die Erinnerungskultur interpretieren, die sich um die „Identitätsressource“ besorgte Einwohner einer Stadt wünschen. In Garmisch – Partenkirchen ist er zu Gunsten Hindenburgs ausgegangen, in Münster gegen ihn. Der endgültigen Entscheidung in Münster gegen Hindenburg ging eine z.T. erbitterte Auseinandersetzung voraus.

Die Auseinandersetzung geht zurück auf das Jahr 1927. Damals wurde der Neuplatz auf Initiative des nationalkonservativen Zentrumspolitikers und Oberbürgermeisters Sperlich, um Hindenburg zum 80. Geburtstag zu ehren, per Magistratsbeschluss nach dem ‚Helden‘ des Ersten Weltkriegs umbenannt. 1946/47 verlangte die britische Militärbehörde, den Namen zu eliminieren. Darauf gab es aus unbekanntem Gründen keine Reaktion der zuständigen kommunalen Institutionen. Fast 20 Jahre blieb es danach ruhig um die Namensgebung. Nach 1965 scheiterten verschiedene Initiativen, von Einzelpersonen und außerparlamentarischen Organisationen, dem Platz einen anderen Namen zu geben. 2008 stellte die SPD-Ratsfraktion den Antrag auf Umbenennung in Neuplatz. Er wurde an den Hauptausschuss verwiesen. Nach langwierigen internen und öffentlichen Vorbereitungen stimmte der Rat am 21. März 2012 mit 53 gegen 23 Stimmen für „Schlossplatz“ als neuem Namen. Die Gegenstimmen stammten von CDU-Ratsvertretern. Einen Tag später gaben drei CDU – Mitglieder die Gründung einer Initiative für ein Bürgerbegehren gegen den neuen Namen und für

⁹ <http://www.taz.de/!5216222/> , 1.11.2015

die Rückbenennung in Hindenburgplatz bekannt. Am 29. März stellten Mitarbeiter des Städtischen Tiefbauamtes das neue Schild „Schlossplatz“ auf.¹⁰

Worin mein Interesse besteht

Sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik galt Hindenburg vor allem bürgerlichen Kreisen als Held. Die Nationalsozialisten haben sich Hindenburgs öffentliche Wahrnehmung als Held zunutze gemacht. 1935, nach dem Tode des Reichspräsidenten, lässt Hitler Ludendorff mitteilen: „Der Mythos Hindenburg ist für unsere Zeit eine Tatsache. An ihm zu rütteln verbietet sich im außen – wie im innenpolitischen Interesse“¹¹ Nach 1945 ist der Heldenmythos auf der Ebene der ‚großen Politik‘ nicht mehr zu Zwecken der Hegemonialisierung von Interessen und Zielen mobilisiert worden. Aber wo der Mythos keine hegemonialisierende Wirkung mehr entfalten konnte, kann durchaus untergründig eine bewusste oder auch unbewusste fortdauernde Rezeption des Bildes von Hindenburg als einem Helden der deutschen Geschichte stattfinden und Einfluss nehmen auf das, was Erinnerungskultur heißt.

Mein Interesse besteht darin, an die öffentliche Diskussion im Vorfeld der Münsteraner Abstimmung die Frage zu stellen, welche Rolle der Heldenmythos vor allem in der Argumentation der Befürworter spielt.¹² Ich will mich bei der Beantwortung meiner Frage auf Leserbriefe in den Münsteraner Tageszeitungen, Westfälische Nachrichten (WN) und Münsterische Zeitung (MZ) beschränken. In der Zeit vom 22. März, dem Tag der öffentlichen Vorstellung der Bürgerinitiative, bis zum 16. September 2012, dem Tag des Bürgerentscheids, d.h. in der Phase des gelungenen Versuchs, das Bürgerbegehren durchzusetzen, und in der finalen Phase, nachdem der Stadtrat die Rücknahme seines Beschlusses vom 21. März abgelehnt hatte, bis zum Tag des Bürgerentscheids, veröffentlichten die beiden Tageszeitungen nach meiner Zählung 238 Leserbriefe zum Thema, die WN 177 und die MZ 61 (nur wenige davon erschienen textgleich in beiden Zeitungen). In den WN erscheinen damit rechnerisch etwa 30 Leserbriefe pro Monat, in der MZ 10. Die Zahlen belegen, welche Bedeutung Befürworter und Gegner des Namens Hindenburg dem Medium Leserbrief zumaßen. In etwa einem Drittel der Leserbriefe (76 insgesamt, WN 57 und MZ 19) argumentierten die Verfasser, ihn verteidigend – das ist die Mehrheit – oder kritisch, zur historischen Rolle Hindenburgs, freilich in sehr unterschiedlicher Intensität, manchmal nur in einer (scheinbaren) Nebenbemerkung, manchmal ausführlich.

Bei diesen Leserbriefen konzentriere ich mich vor allem auf solche, die sich für den Namen Hindenburg einsetzen, weil es um eine mögliche Affinität zum Mythos geht. Wo ich es für

¹⁰ Zur komplexen Vorgeschichte: <http://www.muenster.de/stadt/pdf/stammblaetter-strassennamen.pdf>, http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg_umbenennungsversuch1946.html, <http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/pdf/strassennamen2011-06.pdf>, 22.3.2016, zur Aufstellung des Schildes WN und MZ vom 30.3. 2012

¹¹ Zitiert nach: Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, 3.Auflage, München 2009, S.834.

¹² Auf http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg_meinungsbildung.html findet sich eine summarische Aufstellung von Pro – und Contra –Argumenten, die in den verschiedenen Medien 2012 eine Rolle gespielt haben.

notwendig halte, weil die Gedankenführung es verlangt, greife ich auf weiteres Material zurück: Erstens auf Leserbriefe, die sich am Mythos abarbeiten, indem sie historisch argumentierend ihn zu demontieren versuchen. Sie geben insofern den Hintergrund ab, vor dem die Befürworter des Bürgerbegehrens ihre Position zu verteidigen haben, und zweitens auf einen ganzseitigen und dezidierten Artikel des Münsteraner Historikers Wilhelm Ribhege gegen den Namen Hindenburg in den „Westfälischen Nachrichten“, weil er aufschlussreiche Reaktionen der Befürworter provoziert hat.

Es werden damit ausschließlich Leserbriefe analysiert, die sich nicht auf pragmatische Argumente wie die Gewöhnung an den Namen in den vergangenen Jahrzehnten seit 1927 beziehen, sondern auf Hindenburg und seine militärischen und politischen Aktivitäten und die daraus für die Verfasser resultierenden geschichtspolitischen Aspekte.

Es ist davon auszugehen, dass diese Leserbriefe sehr bewusst formuliert, exakt kalkuliert worden sind, weil es den Schreibern darum ging, Einfluss auf die Öffentlichkeit zu nehmen, in diesem konkreten Fall mit ihrer Argumentation einen Beitrag zu leisten, dem Bürgerbegehren zum Erfolg zu verhelfen oder diesen Erfolg zu verhindern. Es kann in ihnen einen Klartext und einen Subtext geben. Subtext heißt, dass der expliziten Aussage eines Satzes eine zusätzliche, implizite Bedeutungsebene unterlegt ist. Den Subtext zu erfassen, ist Deutungs Aufgabe.

Diese Leserbriefe stehen in der Analyse im Mittelpunkt, weil sich daran in kritischer Bewertung untersuchen lässt, ob und wenn ja, wie am Thema interessierte Bürgerinnen und Bürger und solche, denen Hindenburg ein geeigneter Namensgeber zu sein scheint, vom Heldenmythos Hindenburg fast 100 Jahre nach seinem Entstehen in ihrer Position beeinflusst sind.

2015 ist unter dem Titel „Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät“ eine Analyse zu Bürgerbegehren und –entscheid erschienen. Das knappe Werk, das der Münsteraner Geschichtsprofessor Thomas Großbölting herausgegeben hat, enthält auch einen Beitrag der Inhaberin des Lehrstuhls für Didaktik der Geschichte an der WWU Münster Saskia Handro. Er befasst sich, bezogen auf die Münsteraner Auseinandersetzung, mit drei Aspekten: der Geschichte des früheren Hindenburgplatzes, dem Mythos um die historische Person Hindenburg und seiner Bedeutung in heutigen öffentlichen geschichtspolitischen Konflikten und dem Zusammenhang der Debatte mit dem Image der Stadt Münster. Sie geht dabei also auch der Frage nach, welche Rolle der Mythos in der Debatte gespielt hat. Sie bezieht sich in ihrer Argumentation auf einige Leserbriefe aus den beiden Tageszeitungen. Sie stammen aber anders als mein Material vor allem aus der Zeit vor dem Ratsbeschluss vom 21. März 2012 und sind zudem nicht Gegenstand einer ausführlichen konkretisierenden Einzelanalyse im Hinblick auf die Wirkung des Mythos. Einige von Handros Thesen dienen als Grundlage für die Diskussion der Ergebnisse, die die ausführliche Analyse meines Korpus von Leserbriefen erbracht hat.¹³

¹³ Thomas Großbölting (Hg.), *Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät*, Münster 2015, darin: Saskia Handro, *Geschichte – Mythos – Image. Der Streit um den Hindenburgplatz in geschichtskultureller Perspektive*, S.25 – 71, aber eine **ausführliche** Untersuchung der Leserbriefe findet sich nirgends, siehe S.44ff. und Anmerkungen 78, 79, 81 und 87: Die dort als Beleg genannten Leserbriefe beziehen sich zudem vor allem auf die Zeit vor dem Auftreten der Bürgerinitiative am 22.3. 2012.

Worin der Mythos um die Person Hindenburg besteht

Worin der Mythos um die Person Hindenburg besteht, ist inzwischen gründlich erforscht. Er beginnt im September 1914, „als unter dem Kommando Ludendorffs und des reaktivierten Pensionärs Hindenburg der russische Vormarsch in Ostpreußen aufgehalten wurde. Zu einer einzigen ‚Schlacht von Tannenberg‘ verdichtet, symbolisierten die Ereignisse die Erleichterung der Deutschen angesichts der gerade noch verhinderten bzw. zurückgeschlagenen ‚asiatischen‘ Invasion. Die polarisierte, generell mythenbedürftige wilhelminische Gesellschaft konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf den die Kontinuität zur Reichsgründungszeit verkörpernden, den Generationskonflikt seit der Jahrhundertwende großväterlich überspringenden Hindenburg.“¹⁴

In der Folge schrieb man ihm überragende Krisenlösungskompetenzen und den Besitz von Fähigkeiten zu, die aus Sicht der vor allem bürgerlichen Bewunderer selten geworden waren: Pflichtbewusstsein, Nervenstärke und Gottvertrauen, also von Eigenschaften, die Sicherheit und Kontinuität versprachen. Der Mythos überdauerte den Zusammenbruch des Kaiserreichs; Hindenburg blieb vor allem in bürgerlichen Kreisen eine Identifikationsfigur, der das Charisma des ‚Retters‘ preußisch-deutscher Selbsterhaltung zugeschrieben wurde.

„1925 gelang es der Rechten, Hindenburg zur Präsidentschaftskandidatur zu bewegen und sich seinen Mythos zu Nutze zu machen. Nach seiner Wahl wurde der ‚Held von Tannenberg‘ überwiegend nicht als Repräsentant der Republik, sondern nach wie vor als Symbol von Deutschlands Einheit und Größe gesehen, was ‚die Entwicklung einer eigenständigen republikanischen Staatsmythologie‘ blockierte (S. 432). Vor diesem Hintergrund ließ er sich in den frühen 1930er-Jahren nicht dauerhaft gegen den ‚böhmischen Gefreiten‘ Hitler einsetzen, sondern förderte die Erwartung einer Synthese zwischen beiden symbolischen Polen, die den Nationalsozialisten zu Gute kam.“¹⁵

Wie in den Leserbriefen argumentiert wird

Fast 100 Jahre nach Begründung des Hindenburg – Mythos begann in Münster der öffentliche Kampf um die Deutungshoheit über die historische Rolle des Soldaten und Politikers, der seine „Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler“ ausübte.¹⁶ Gegner des Bürgerbegriffs versuchen schon Ende März und verstärkt ab Juni in Leserbriefen Hindenburgs militärische und vor allem politische Aktivitäten kritisch zu beleuchten und damit die Befürworter und deren Argumentation zu widerlegen. Immer wieder formulieren sie in unterschiedlichen Varianten den Vorwurf, Hindenburg sei „Steigbügelhalter“ für Hitler gewesen:

¹⁴ Zitat aus: Moritz Föllmer: School of History, University of Leeds in seiner Rezension zum grundlegenden Werk Jesko von Hoegen, Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg -Mythos, Köln, Weimar, Wien (Böhlau) 2007, (Stuttgarter Historische Forschungen, 4, aus: <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-10102>, 10.1.2016. Föllmer hat die wesentlichen Aspekte aus der Analyse des Hindenburg – Mythos in von Hoegens Werk prägnant zusammengefasst.

¹⁵ Zitat aus: a.a.O.. Die Seitenzahl im Zitat aus Föllmers Rezension bezieht sich auf von Hoegens Publikation.

¹⁶ Zitat: Pyta: Hindenburg, Untertitel seiner Biographie über Hindenburg.

- A. Hagel verwendet diesen Begriff.¹⁷
- R. Gerwin verweist darauf, dass Hindenburg die Ernennung Hitlers unterschrieben habe.¹⁸
- B. Hoffmann deutet die Ernennung: Hindenburg „begrüßt ausdrücklich den Wechsel von der parlamentarischen Demokratie zur Diktatur“.¹⁹
- P. Wolter bezeichnet den Reichspräsidenten als „Hehler“, weil er in ihm den „Steigbügelhalter“ sieht.²⁰
- M. Scholz spricht von seinen „Verfassungsbrüche(n)“.²¹

Vier Leserbriefe enthalten ausführliche kritische Ausführungen zur historischen Bedeutung Hindenburgs: Dr. V. Krobisch geht vor allem auf Hindenburg als Militär ein. Er habe als Chef der Obersten Heeresleitung „in kürzester Zeit Hunderttausende im Grabenkrieg im Westen sinnlos geopfert.“ Im Sommer 1918 habe er realisiert, „dass der Erste Weltkrieg nicht mehr zu gewinnen war. Was tat er, statt sich zu seinem auch ganz persönlichen Scheitern zu bekennen? Er sorgte mit dafür, dass die ihm verhassten (Links-) Parteien den Waffenstillstand mit den Westmächten im November 1918 und später den Versailler Vertrag unterzeichnen mussten.“ Mit dem „Ritterschlag für die Dolchstoßlegende“ habe er schon 1919 „zu den Totengräbern der Weimarer Republik“ gehört.²² Er sieht in Hindenburg jemanden, dem es erfolgreich gelungen war, die Verantwortung für seine Misserfolge auf andere abzuwälzen.

In der Auseinandersetzung spielen Hindenburgs militärische Leistungen oder Fehler aber eine nur untergeordnete Rolle, wichtiger sind folgende Aspekte, die von Gegnern der Namensgebung angeführt werden und die immer mit Hindenburgs Verantwortung für die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und das Ende der Weimarer Republik zu tun haben.

Am 18. Juli (WN) und 19. Juli (MZ) veröffentlichen beide Tageszeitungen im Format eines Leserbriefs eine Stellungnahme von Professor Dr. Thomas Großbölting, dem geschäftsführenden Direktor des Historischen Seminars der Universität Münster, die er für „18 Professoren des Historischen Seminars sowie die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studierenden im Vorstand des Historischen Seminars“ abgibt. Darin wird als „gemeinsamer Nenner“ in der Forschung zur Weimarer Republik folgende historische Einschätzung Hindenburgs erläutert:

„Paul von Hindenburg hat spätestens mit seiner zweiten Amtszeit als Reichspräsident [ab 1932, d. Verf.] aktiv, bewusst und zielgerichtet auf sein politisches Ziel einer ‚nationalen Einigung‘ unter einer autoritären Staatsführung hingearbeitet. Während über die ‚Verfassungstreue‘ des Präsidenten in seiner ersten Amtszeit in der Forschung kontrovers debattiert wird, ist die Einschätzung für die Jahre ab 1930 eindeutig: Sein Umgang mit dem Instrument der Notverordnungen wie auch seine Haltung gegenüber dem demokratisch gewählten Parlament und den verschiedenen Regierungen

¹⁷ WN vom 30.3.2012.

¹⁸ WN vom 12.6.2012.

¹⁹ WN vom 26.6.2012.

²⁰ WN vom 6.7.2012.

²¹ WN vom 9.7.2012.

²² MZ vom 20.7.2012.

qualifizieren Hindenburg als jemanden, der gegen die erste Demokratie in Deutschland arbeitete“.

In dieselbe Richtung argumentiert Dr. J. Schwarte, der Hindenburg attestiert: „Er hat auf eine Überwindung des parlamentarischen Systems durch ein autoritäres hingearbeitet.“²³

Dr. J. Schwarte bezeichnet Hindenburg als den einzigen, der Hitler hätte verhindern können, und er geht davon aus, dass Hindenburg „zunehmend größere Bewunderung für Hitler“ empfand bis hin zu seiner Bereitschaft, die „Mordaktion vom 30. Juni bis 2. Juli“ [sogenannter Röhm – Putsch, der Verf.] zu rechtfertigen.

Die „Jüdin in Münster“ H. Geburek zitiert aus Hindenburgs politischem Testament vom 11. Mai 1934: „,Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzufassen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan [...]‘.“ Sie nimmt das Bild vom Schritt auf und weist darauf hin, dass einer der „fatalsten Schritte im nationalsozialistischem Deutschland“ der „Massenmord von [!] sechs Millionen europäischer Juden während der Shoa“ gewesen sei.²⁴ Damit gibt sie Hindenburg eine Mitschuld an diesem Genozid. Die Frage, inwiefern Hindenburg für die Verbrechen der Nationalsozialisten als mitverantwortlich beurteilt werden kann, spielt in der Auseinandersetzung eine wichtige Rolle.

Abwägend, aber in seinem Urteil eindeutig begegnet Dr. G. Dethlefs der historischen Person Hindenburg: „Er war 1914 der ‚Retter Ostpreußens‘ – aber eben auch 1918/19 der ‚militärische Bankrotteur‘ und Erfinder der verhängnisvollen Dolchstoßlegende. Er hat 1932 einen Reichspräsidenten Hitler verhindert – aber 1933/34 die von ihm zweimal beschworene Verfassung verraten – er ist ein Eidbrecher“.²⁵ Der Leserbriefschreiber setzt Verdiensten, die er Hindenburg zuschreibt, in deutlich wertender Akzentuierung Aktivitäten Hindenburgs gegenüber, die ihn als historisch belastete Person qualifizieren. Dr. G. Dethlefs führt die beiden Aspekte zusammen, die mit Hindenburgs öffentlichem Leben verbunden sind: den militärischen und den politischen. In dem Konflikt zwischen Befürwortern des Bürgerbegehrens und seinen Gegnern ist der politische der entscheidende und dabei richten sich die Angriffe und die Versuche der Verteidigung vor allem auf Hindenburgs Verhalten in der Endphase der Weimarer Republik und zu Beginn von Hitlers Kanzlerschaft.

Am 6. Juli 2012, also mitten in der Debatte um die Benennung des Platzes vor dem Schloss, veröffentlichten die Westfälischen Nachrichten unter der Überschrift „Was hat Münster mit Hindenburg zu tun?“ einen ganzseitigen Artikel des Münsteraner Historikers und Universitätsprofessors Wilhelm Ribhege, der mit der rhetorischen Frage endete: „Soll der Hindenburg-Mythos zur Erinnerung an den Tag von Potsdam vor 80 Jahren in Münster wieder aufstehen?“ Ribhege geht von einem Satz in der offiziellen Begründung des Bürgerbegehrens zur Rückbenennung des Schlossplatzes in Hindenburgplatz aus: „,Wir möchten Erinnerungskultur bewahren, anstatt die Geschichte einfach auszulöschen““. Den Begriff der „Erinnerungskultur“ versucht er für Hindenburg historisch zu analysieren und damit die Frage zu beantworten, welche Erinnerungen, auch mit Blick auf Münster, nach dem Sachstand histo-

²³ WN vom 21.7.2012.

²⁴ MZ vom 31.7. 2012.

²⁵ WN vom 5.9. 2012.

rischer Erkenntnis mit Hindenburgs Wirken verbunden sein können. Im Wesentlichen stehen in seinen Ausführungen folgende Argumente im Mittelpunkt:

- die Stilisierung des Sieges in Ostpreußen 1914 zur „Schlacht von Tannenberg“,
- die Entfaltung von „Formen einer Militärdiktatur“ durch die Oberste Heeresleitung (OHL) in Person von Hindenburg und Ludendorff ab 1916,
- die Rolle Hindenburgs bei der Implementierung der „Dolchstoßlegende“ in der deutschen Öffentlichkeit,
- die starke Ablehnung Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl 1925 in Rheinland und Westfalen und besonders in der Stadt Münster, in der er nur 29 Prozent der Stimmen erhielt, während sein Konkurrent, der Zentrums Politiker Wilhelm Marx, den die demokratischen Parteien SPD, Zentrum und DDP nominiert hatten, 71 Prozent gewann,
- die Umbenennung des Neuplatzes in Hindenburgplatz 1927 als weitgehender Alleingang des damaligen Oberbürgermeisters Sperlich, Zentrums Politiker und „für seine nationalkonservativen Neigungen bekannt“,
- die Verkehrung der politischen Verhältnisse durch die Unterstützung der demokratischen Parteien für Hindenburg bei der Wahl 1932, um Hitler zu verhindern,
- Hindenburgs Bereitschaft, im selben Jahr, 1932, die Zerschlagung Preußens, des „Bollwerk(s) der Demokratie“, durch seine Unterschrift unter die Notverordnung zu legalisieren,
- Hindenburgs Bereitschaft, beim sogenannten Tag von Potsdam „als Symbolfigur für den Untergang der Weimarer Republik und den Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft zu fungieren“.

Damit meint Ribhege den Begriff der „Erinnerungskultur“ der Initiatoren des Bürgerbegehrens genügend als Versuch der Wiederbelebung des Hindenburg-Mythos qualifiziert zu haben. Er kommt zu einem eindeutigen Fazit: „Der Name Hindenburg steht heute für Krieg und Chauvinismus, gegen Europa und gegen die parlamentarische Demokratie.“

Der Artikel rief heftige Reaktionen hervor. Am 23. Juli erschien ein Leserbrief von J. Gieselmann, in dem er Ribhege vorwarf, sich einer „tendenziösen Darstellung des Themas“ zu befleißigen und „wesentliche Details“ zu verschweigen. Seine Details beziehen sich auf die Ernennung Hitlers durch Hindenburg und deren Folgen, damit auf eine Leerstelle in Ribheges Ausführungen. Er geht davon aus, dass Hindenburg Hitler verfassungskonform berufen habe, „weil dieser die stärkste Partei anführte“, und dass Hitler mit seiner Ernennung noch „keineswegs ein Diktator“ gewesen sei. Erst das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933 habe die „gesamte Staatsgewalt mit Zweidrittelmehrheit [im Reichstag, d. Verf.] dem Nationalsozialismus überantwortet. Gieselmann kommt wegen des damaligen Stimmverhaltens der Zentrums Partei, „die eine Vorläuferpartei der späteren CDU ist“, und des Mitglieds der liberalen Deutschen Staatspartei und des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss zu dem Ergebnis: „Die Verantwortung für die Abschaffung der Weimarer Republik trägt also nicht Paul von Hindenburg, sondern ist den bürgerlichen Parteien zuzurechnen.“ Der Verfasser nennt unleugbare Fakten, die er als vollständige Entlastung des damaligen Reichspräsidenten begreift, während sie tatsächlich nichts anderes als weitere Verantwortliche für die Möglichkeit Hitlers, seine und die Herrschaft seiner Partei als Diktatur zu etablieren, beschreiben. Er versucht damit, den Reichspräsidenten als unschuldig an dem zu präsentieren,

was die nationalsozialistische Diktatur anrichtete. Der Subtext teilt mit, dass der Verfasser es für richtig hielte, wenn die CDU heute über die historische Verantwortung ihrer Vorgängerpartei und man kritisch über Theodor Heuss nachdenken würde, statt Paul von Hindenburg wegen seiner damaligen Rolle zu attackieren oder zumindest, dass die Kritik an der Person des Reichspräsidenten dazu zwingt, weitere historische Verantwortlichkeiten für das Aufkommen der Nationalsozialisten in den Blick zu nehmen. Ähnlich argumentiert Prof. Dr. K.-H. Kuhlmann.: „Da könnte man doch gleich den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß mit zur Verantwortung ziehen und die vielen Straßen und Plätze bundesweit, die dessen Namen tragen, ‚mitentsorgen‘. Der hat nämlich dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und damit den weiteren Kurs des ‚Führers‘ erst ermöglicht“.²⁶ Gieselmann geht es offensichtlich darum, auf diese Weise die Angriffe auf Hindenburg als historisch illegitim oder als un gerechtfertigte Verkürzung der Sicht auf die geschichtlichen Ereignisse zu qualifizieren und die politische Verantwortung auf andere abzulenken.

Zwei Tage nach Gieselmanns Leserbrief antwortete das Münsteraner CDU-Mitglied Dr. Heinz Althaus ausführlich auf Ribhege. Die Westfälischen Nachrichten setzten seinen Leserbrief unter die Überschrift „Kein Nationalist und keine Symbolfigur für den Untergang“. Dr. Althaus will sieben Kontrapunkte zu Ribheges Hindenburg–Darstellung setzen. Er bezeichnet am Ende seines Leserbriefs bestimmte Ansichten des Verfassers als „gravierende Fehler“, die ihm nicht unterlaufen wären, hätte er die Hindenburgbiographie von Wolfram Pyta (2007) gelesen. Pyta hat nach übereinstimmender Meinung derer, die sich beruflich als Rezensenten mit seinem Werk auseinandergesetzt haben, den Hindenburg–Mythos nachhaltig demontiert. Er hat auch die Meinung der Hindenburg–Gegner in Münster grundlegend beeinflusst. Dr. Althaus unternimmt mit seinem Vorwurf gegen Ribhege den bemerkenswerten Versuch, Pyta für eine Befürwortung des Namens zu verwenden. Tatsächlich bezieht sich der auf Pyta gestützte Einwand lediglich auf das erste der sieben Argumente: „1. Hindenburg hat eine Form charismatischer Herrschaft ausgeübt. Von einer ‚Militärdiktatur‘ kann keine Rede sein.“

Pyta hat, wie Dr. Althaus zu Recht behauptet, nicht von Militärdiktatur gesprochen (anders als Ribhege), sondern Max Webers Begriff der charismatischen Herrschaft auf ihn als Chef der OHL seit 1916 angewendet und die Bezeichnung Militärdiktatur ausdrücklich abgelehnt.²⁷ Freilich erweckt der Leserbriefverfasser durch die Platzierung seines Hinweises auf Pyta am Ende seiner Einwände den Eindruck, seine sieben Argumente würden durch die Erkenntnisse des Stuttgarter Historikers über Hindenburg belegt. Das ist keineswegs der Fall. Im Weiteren bezieht er sich nicht auf Pyta, sondern auf seine wie auch immer gewonnenen eigenen Einsichten:

Er verteidigt Hindenburg gegen den Vorwurf, ein Nationalist „im üblichen Sinne des Wortes“ gewesen zu sein, und behauptet stattdessen, er „verkörperte die Einheit der deutschen Nation über alle gesellschaftlichen Grenzen [...] hinweg“. Damit übernimmt er eines der Elemente des Hindenburg–Mythos, des über den gesellschaftlichen und politischen Kämpfen stehenden Mannes, der den Willen zur ‚Volksgemeinschaft‘, eine zentrale Formel Hindenburgs, vorlebte. Der Verfasser bezeichnet den Hinweis auf Hindenburgs hohe Niederlage gegen Marx in der Wahl 1925 in Münster und Münsterland als „sinnlos“: „Konfessionelle

²⁶ WN vom 28.7.2012.

²⁷ Pyta: Hindenburg, S.285ff.

Gesichtspunkte spielten da die entscheidende Rolle.“ Der Subtext teilt mit, dass konfessionelle Bindungen die Erkenntnis der tatsächlichen Größe des Kandidaten verhindert hätten. Wenn es so gewesen wäre, belegte es die Behauptung, dass der Preußenmythos (zu dem auch der Mythos um Hindenburg gezählt werden kann) „bei dem katholischen Teil der Deutschen nie eine übergreifende ‚große Erzählung‘ oder ein ‚identitätsstiftendes Narrativ‘ gewesen sei.“²⁸

Dr. Althaus behauptet, die Namensgebung für Hindenburg 1927 sei „auf überwältigende Zustimmung in der Bürgerschaft“ gestoßen, und unterstellt damit eine enge Bindung großer Teile von Münsteraner Bürgern an den so Geehrten. Die Behauptung der ‚Sinnlosigkeit‘ der Ausführungen Ribheges zum Wahlergebnis von 1925 bekommt damit ihren Sinn: Die Namensgebung beschreibt die tatsächliche Wertschätzung Hindenburgs im Münsteraner Bürgertum.

Der Verfasser nimmt die Alliierten mit dem Versailler Friedensvertrag, der „in ganz Deutschland – nicht nur bei Hindenburg – für Empörung gesorgt“ habe, in die Verantwortung. Damit geht er auf etwas ein, das in Ribheges Artikel keine Rolle gespielt hat, weil es nichts zur Problematik des Hindenburg-Mythos beiträgt, während es Dr. Althaus‘ Absicht offensichtlich ist, Hindenburgs Position als übereinstimmend mit dem damaligen Mainstream zu qualifizieren.

Als „völlig absurd“ bezeichnet Dr. Althaus „die Behauptung, Hindenburg fungierte am 21. März 1933 als Symbolfigur für den Untergang der Weimarer Republik. Die Weimarer Republik ging zugrunde an der Kompromisslosigkeit der bürgerlichen Parteien.“ Auch wenn nicht erläutert wird, was mit der „Kompromisslosigkeit“ gemeint ist: Indem die Verantwortung den bürgerlichen Parteien zugeschrieben wird, ist Hindenburg als derjenige, der Hitler zum Reichskanzler ernannt hat, entlastet. Die Disqualifizierung als „völlig absurd“ soll die Bedeutung des Gegenarguments markieren. Sie betrifft das, was die Nationalsozialisten und mit ihnen interessierte, vor allem bürgerliche, Kreise, offensichtlich ohne dass Hindenburg sich dagegen gewehrt hat, als die Versöhnung der nationalkonservativen, preußischdeutschen Tradition mit der jungen nationalsozialistischen Bewegung wahrgenommen haben. Möglicherweise erklärt das die sehr entschiedene Disqualifizierung des Arguments im Leserbrief.

Schließlich attackiert Dr. Althaus zwei Aspekte in Ribheges Fazit, indem er davon ausgeht, dass man den Ersten Weltkrieg Hindenburg nicht anlasten könne und der „Nationalismus“ damals eine gesamteuropäische Tatsache gewesen sei. In seiner Argumentation nimmt der Verfasser eine bezeichnende semantische Verschiebung vor: Ribhege hatte behauptet, der Name Hindenburg „steht“ für Krieg, ihm aber damit nicht unterstellt, er sei für den Ersten Weltkrieg verantwortlich. Die zweite Überlegung versucht eine Verallgemeinerung, die den

²⁸ Achim Aurnhammer im Kapitel: „6. Einzelfiguren und Heldentypen“ kritisch gegen Münkler, in: Das Heroische in der neueren kulturhistorischen Forschung: Ein kritischer Bericht von Ronald G. Asch / Achim Aurnhammer / Carolin Bahr / Ulrich Bröckling / Michael Butter / Andreas Friedrich / Andreas Gelz / Barbara Korte / Jörn Leonhard / Stefanie Lethbridge / Monika Mommertz / Dietmar Neutatz / Tobias Schlechtriemen / Gero Schreier / Thomas Seedorf / Ralf von den Hoff, Sonderforschungsbereich 948 „Helden – Heroisierungen – Heroismen“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, zitiert aus: <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-2216?title=das-heroische-in-der-neueren-kulturhistorischen-forschung-ein-kritischer-bericht&recno=4&q=&sort=&fq=&total=21>, 12.2.2015)

Einzelnen, in diesem Fall Hindenburg, einordnet in eine prägende Tendenz der Zeit. Es geht darum, Hindenburg als völlig schuldlos darzustellen. Das ist offensichtlich das zentrale Anliegen dieses Leserbriefes. Im Pressegespräch aus Anlass der Vorstellung der Bürgerinitiative am 22. März hatte Dr. Althaus seine Ansicht zu Hindenburg prägnant und unmissverständlich in dem Satz verdichtet: „Hindenburg ist der größte deutsche Nationalheld nach Bismarck“.²⁹ Das Zitat veranlasste einen der Sprecher der Initiative, den Rechtsanwalt Stefan Leschniok, in einem Leserbrief darauf hinzuweisen, dass Dr. Althaus lediglich als „interessierter Bürger“ an dem Pressegespräch teilgenommen habe.³⁰

In den meisten anderen Leserbriefen steht im Mittelpunkt, was die Gegner Hindenburgs als zentrales Argument gegen ihn verwendeten: sein Verhalten in der Endphase der Weimarer Republik und vor allem der historisch unbestreitbare Sachverhalt, dass er Hitler zum Reichskanzler ernannt hat. Für die Befürworter des Bürgerbegehrens war er, dieser Sachverhalt, sicherlich das sensibelste und heikelste und deshalb für sie wie ihre Gegner besonders wichtige argumentative Terrain. In den Leserbriefen finden sich dazu folgende Ausführungen: „Hindenburg heute darzustellen, als habe er allein und ausschließlich Hitler zu verantworten, ist verantwortungslos unserer Geschichte gegenüber und historisch falsch. Hindenburg hatte den Reichskanzler zu ernennen, die Mehrheiten waren eindeutig“.³¹ Und: „Das Leben Hindenburgs wird auf die Ernennung eines Reichskanzlers reduziert, den er nachweislich immer abgelehnt hat!“³²

In den beiden kurzen Bemerkungen finden sich zwei Argumente: Das erste lautet im Subtext: Hindenburg hat sich, weil er sich an den „Mehrheiten“ orientiert hat, wie ein Demokrat verhalten. Das zweite bezieht sich auf das Verhältnis Hindenburgs zu Hitler und eine immer wieder behauptete Animosität des Reichspräsidenten gegenüber dem Weltkriegsgefreiten, die, folgt man Pyta, anfangs offensichtlich bestanden hat.³³ Nimmt man beide Argumente zusammen, ergibt sich die Verteidigungslinie: Hindenburg handelte wie ein Demokrat, als er den ihm unsympathischen Hitler zum Reichskanzler ernannte.³⁴

Mehrere Leserbriefe übernehmen in ähnlicher Weise, manchmal mit eigener Akzentuierung diese Verteidigungslinie: D. Horn behauptet : „Die wahren Steigbügelhalter Hitlers und seiner NSDAP sind die Menschen gewesen, die seinerzeit wahlberechtigt waren“, demnach folgte Hitlers Ernennung demokratischen Prozeduren.³⁵ Dr. R. Romberg fragt: „Wer konnte damals wissen, was der richtige Weg wäre?“ und derselbe noch einmal später pointierter: „Der damalige Reichspräsident Hindenburg war in einer [...] fatalen Situation. Er hat sich falsch entschieden, als es richtig nicht gab“ und damit, so wäre zu schlussfolgern, wird Hin-

²⁹ Zitat aus WN vom 23.3. 2012, Artikel von Klaus Baumeister: „ ‚Hindenburg war kein Verbrecher‘. Bürgerinitiative gegen die Umbenennung setzt für ein Bürgerbegehren auf CDU-Sympathisanten“.

³⁰ WN vom 27.3.2012.

³¹ M. Wiethoff in WN vom 20.3.2012.

³² R.G. Jeromin in WN vom 21.3.2012.

³³ vgl. dazu Pyta: Hindenburg, S.802f., der allerdings auch zu dem Ergebnis kommt, dass sich bereits Anfang Februar 1933 „die Strukturen einer symbiotisch zu nennenden Beziehung zwischen beiden“ herausgeschält hätten, S.805.

³⁴ Die beiden Leserbriefe stammen aus der Zeit unmittelbar vor dem Auftreten der Bürgerinitiative. Sie werden hier angeführt, weil sie prägnant den argumentativen Rahmen markieren, in dem sich die späteren Leserbriefschreiber bewegen.

³⁵ WN vom 4.6.2012.

denburg für Dr. Romberg zur tragischen historischen Person.³⁶ L. Ostendorf–Terfloth bezeichnet den Vorwurf, Hindenburg sei „Steigbügelhalter“ gewesen, als „unsinnig(er)“: „Damals war diese Staatsform [Demokratie, d. Verf.] in Deutschland weitgehend unerprobt“.³⁷ B. Raabe geht davon aus, dass Hindenburg fraglos „in erster Linie Monarchist“ gewesen sei und an „der Dolchstoßlegende kräftig mit gefeilt habe“, hält aber die Ernennung Hitlers letztlich für einen demokratischen Vorgang: „Bei uns stellt immer die stärkste Partei den Regierungschef, warum sollte es damals anders laufen“. Vor allem verschiebt er die ausschließliche Verantwortung dafür, dass Hitler an die Macht gekommen ist, auf SPD und KPD: „SPD und KPD hätten Hitler leicht verhindern können, wenn sie denn Deutschlands Zukunft im Blick gehabt hätten und nicht nur ihr Scharmützel ausgetragen hätten“. Raabe geht damit einen sehr eigenen Weg, Hindenburg zu entlasten.³⁸

B. Kleine–Borgmann disqualifiziert die Beurteilung Hindenburgs als „Steigbügelhalter Hitlers“ als „eines der dümmsten Argumente“, weil er Hindenburg für eine „in unserer Geschichte bedeutende Person“ hält und die Reduktion dieser Person auf die Handlungen in den letzten beiden Jahren ihres Lebens ablehnt.³⁹ Dr. E. Elling, konzidiert, scheint’s: „Mag sein, dass Hindenburg Hitler in den Sattel geholfen hat“, um dann auf der Grundlage der falschen Behauptung, „gewählt aber, und zwar mehrheitlich, hat ihn das deutsche Volk“, zu der Schlussfolgerung zu kommen: „Wenn also nichts nach Hindenburg benannt werden soll, dann, konsequenterweise, auch nichts nach den Deutschen.“ Der Leserbrief endet in der satirisch gemeinten Pointe: Man solle Deutschland in Takatuka- oder Lummerland umbenennen, weil das „historisch recht unverfänglich“ sei.⁴⁰ George A. Ormsby kommt zu dem Fazit: „Er hatte keine andere Wahl, die Bürger haben es so gewollt und demokratisch gewählt, nicht Hindenburg allein“.⁴¹ K.-L. Bölling sieht Hindenburg als Genötigten und neben dem Versailler Vertrag und damit den Verantwortlichen der Siegermächte vor allem Wilhelm II. als Schuldigen für die deutsche Entwicklung nach 1914 an und fragt weiter: „Wieso tragen Straßen und Plätze und sogar die Universität immer noch seinen Namen? Traute man sich da nicht zur Umbenennung und Hindenburg musste als ‚Bauernopfer‘ herhalten?“⁴²

Vor allem vier Leserbriefe enthalten im Vergleich zu den anderen eine ausführlichere auf dieses zentrale Problem der Biographie Hindenburgs bezogene Argumentation. Am 25. Juli erscheint, noch im Umfeld von Ribheges eindeutiger Attacke gegen Hindenburg, ein Leserbrief von Dr. Richard Hoene, der sich mit der Frage befasst, inwiefern es möglich ist, Hindenburg als „Förderer“ Hitlers anzusehen. Dr. Hoene bezieht sich dabei auf eine Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, das „neue Heft ‚Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft‘“: ⁴³ „Hier“, heißt es in einer offensichtlich nur rhetorischen Beschreibung der Intention, „werde ich eine objektive Begründung für die notwendige Umbenennung unseres Platzes finden [...]. Und was steht da? Keine Schuldzuweisung. Sondern, sachlich dargestellt, das Bild aus unserem Geschichtsunterricht. Das lautet: Hitler zum Reichskanzler zu berufen,

³⁶ WN vom 4.7.2012 und WN vom 26.7.2012.

³⁷ WN vom 27.7.2012.

³⁸ WN vom 28.7.2012.

³⁹ WN vom 2.8.2012.

⁴⁰ WN vom 2.8.2012.

⁴¹ WN vom 6.8.2012.

⁴² WN vom 14.8.2012.

⁴³ Michael Wildt: Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft. Informationen zur politischen Bildung 314, 1/2012, Bonn 2012.

erwies sich im Nachhinein als ungeheurer Fehler. Aber im Zeitpunkt der Entscheidung glaubte er [Hindenburg, der Verf.], im Einklang mit großen Teilen der Bevölkerung, die radikale Energie der stärksten Partei durch eine raffinierte Besetzung des Kabinetts eingefangen zu haben. Zum Nachlesen wende man sich an die Bundeszentrale.“

Der Berliner Historiker Michael Wildt, Verfasser der Publikation, beschreibt die Machtübergabe an Hitler mit folgenden Worten:

„Die Ernennung Hitlers war keineswegs unvermeidlich; politische Alternativen gab es durchaus. Aber Papen und sein Förderer Hindenburg glaubten, die NS-Bewegung als Massenunterstützung für einen nationalkonservativen, autoritären Machtstaat benutzen und sich die NS-Führung gefügig machen zu können. Die parlamentarische Demokratie hatten sie bereits aufgegeben. Wenn es noch einmal zu Wahlen, nunmehr mit der vereinten Rechten, kommen sollte, die dann auf den Sieg hoffte, sollten dies die letzten freien Wahlen in Deutschland sein. [...] Die herrschenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten hatten die Demokratie abgeschrieben, bevor sie Hitler an die Macht brachten. Vielmehr setzten sie auf einen autoritären Staat unter Einschluss der Nationalsozialisten, die sie hofften, zähmen zu können.“⁴⁴

Dr. Hoene benutzt seine Interpretation von Wildts Ausführungen dazu, in Umkehrung der rhetorischen Intention sie als ‚objektive‘ Begründung für seinen Einsatz zu Gunsten des Namens Hindenburg darzustellen. Wildt weist tatsächlich keine Schuld zu, jedenfalls nicht explizit. Nirgends auch findet sich der Satz, die Berufung Hitlers habe sich „im Nachhinein als ungeheurer Fehler“ herausgestellt. Wenn aber Dr. Hoene aus seinem Bezugstext die Schlussfolgerung zieht, Hindenburg glaubte „im Zeitpunkt der Entscheidung“ „im Einklang mit großen Teilen der Bevölkerung die radikale Energie der stärksten Partei durch eine raffinierte Besetzung des Kabinetts eingefangen zu haben“, dann kann man Wildt so verstehen, wie es der Leserbriefschreiber tut, wenn man die Bevölkerung auf die Eliten und damit eine Minderheit reduziert, zwei wichtige Aspekte aber bleiben auf jeden Fall unberücksichtigt:

Erstens: Wildts erster Satz stellt fest, dass es „politische Alternativen“ zu Hitlers Ernennung gab, es demnach keine Notwendigkeit für diesen Schritt gab. Und zweitens: Der Eindruck der beabsichtigten Entradikalisierung der NSDAP wird entscheidend dadurch relativiert, dass Zweck dieser sogenannten Zähmung die Abschaffung der Demokratie durch die vereinte Rechte sein sollte, es Hindenburg darum ging, mit Hilfe der Nationalsozialisten einen „autoritären Machtstaat“ zu errichten. Der Leserbriefschreiber fasst seine Position zusammen: „Hindenburg für die Folgen seiner Fehlentscheidung verantwortlich zu machen, greift demnach viel zu kurz.“

Die Anerkennung der „Fehlentscheidung“, Hitler zum Reichskanzler zu berufen, bedeutet für Dr. Hoene zugleich, Hindenburg von der Verantwortung für deren Folgen freizusprechen. Er hält die „Fehlentscheidung“ für begründbar in der damaligen Situation und die daraus resultierenden Folgen für unvorhersehbar. Sein Bezugstext, Wildts Ausführungen, weist unzweifelhaft darauf hin, dass die Folge, die Hindenburg mit Hitlers Ernennung beabsichtigte, die

⁴⁴ Wildt: Nationalsozialismus., S.27. An anderer Stelle stellt Wildt fest: „Formal war die Ernennung Hitlers durchaus legal, aber der Verfassung der ersten deutschen Republik entsprach sie keineswegs“, a.a.O., S.28.

Beendigung der Demokratie war. Dieser Gedanke spielt in den Überlegungen des Leserbriefschreibers keine Rolle.

Th. Mors erhebt in seinem Leserbrief vom 31. Juli den Anspruch, die allein richtige Beschreibung der „wirklichen Gegebenheiten“ von damals zu liefern.

„Alles, was bisher gesagt oder geschrieben wurde, ging an den wirklichen Gegebenheiten vorbei. Hindenburg war kein Steigbügelhalter oder Gehilfe für Adolf Hitler, im Gegenteil. Er hat sich über den Gefreiten Adolf Hitler lustig gemacht. Dass er aber trotzdem nach der Wahl der stärksten Partei, das war die NSDAP, den Auftrag zur Regierungsbildung übergeben musste, war seine Pflicht. So ist es noch heute. Ich möchte nun zu den Gründen kommen, die es Adolf Hitler erst ermöglichten, seine verbrecherischen Taten zu planen und umzusetzen. Bei der Abstimmung im Reichstag über das Ermächtigungsgesetz, wo die NSDAP keine Mehrheit hatte, bot sich die Zentrumsparterie an, die NSDAP zu unterstützen. Auf Grund dieser Tatsache wurde das Gesetz mit Mehrheit verabschiedet. Erst jetzt hatte Adolf Hitler alles [!] was er wollte und brauchte keinem mehr Rechenschaft abzugeben. Ohne dieses Gesetz wären sicherlich viele dieser Greuelthaten nicht durchführbar gewesen. SPD und Kommunistische Partei, die dagegen gestimmt haben, wurden anschließend verfolgt und eingesperrt. Heute will man von diesen Abläufen nichts mehr wissen. Ich stelle noch die Frage, wo sind die Zentrumsparteriemitglieder nach dem Krieg geblieben? Viele sind in der [!] CDU aufgenommen worden. Dass alles dies die Gegner des Hindenburgplatzes nicht wissen oder wissen wollen, stimmt bedenklich.“⁴⁵

Der Verfasser geht in seiner Darstellung des Sachverhalts vor allem auf zwei Fragen ein: Welche Rolle hat Hindenburg gespielt? und Wer hat Hitler ermöglicht, „seine verbrecherischen Taten zu planen und umzusetzen“? Seine Antwort auf die erste Frage ist eindeutig: Er nimmt auf seine Weise den Topos vom „böhmischen Gefreiten“ und von Hindenburgs Verhältnis zu diesem Gefreiten auf und spitzt ihn mit der Bemerkung zu, der Reichspräsident habe sich über Hitler „lustig gemacht“. Mit dem „Auftrag zur Regierungsbildung“, den er Hitler erteilt hat, habe er lediglich seine „Pflicht“ getan, weil die NSDAP zu dem Zeitpunkt die stärkste Partei im Reichstag gewesen sei. Mit dem Verweis: „So ist es noch heute“ und damit auf die Gepflogenheit in einem demokratischen politischen System ist Hindenburg endgültig jeder Verantwortung enthoben: Die Beauftragung Hitlers trotz der Geringschätzung, die er ihm entgegengebracht hat, wird zur „Pflicht“ und zum demokratischen Akt stilisiert.

Ebenso eindeutig fällt die Antwort des Verfassers auf die zweite Frage aus: Die Zentrumsparterie hat mit ihrer Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ Hitlers Diktatur und „viele [...] Greuelthaten“ ermöglicht. In seinem Gedankengang konsequent stellt der Verfasser abschließend die Frage: „[...] wo sind die Zentrumsparteriemitglieder nach dem Krieg geblieben?“ und gibt die zutreffende Antwort: „Viele sind in der [!] CDU aufgenommen worden“.⁴⁶

⁴⁵ Th. Mors in WN vom 31.7.2012.

⁴⁶ Der Historiker Horst W. Heitzer spricht auf der Homepage der Konrad – Adenauer - Stiftung in seinem Beitrag „Deutsche Zentrumsparterie (nach 1945)“ davon, dass „die große Mehrheit der ehemaligen Zentrumspartertiker den Weg in die CDU fand“, <http://www.kas.de/wf/de/71.8949/>, 29.2.2016.

Offensichtlich richtet sich der Leserbrief vor allem an und gegen die CDU-Mitglieder, die sich gegen das Bürgerbegehren und damit den Namen Hindenburg aussprechen. Während der Verfasser im Subtext mitteilt, dass Hindenburg ohne Zweifel die Ehre der Namensgebung verdient habe, wird die Verantwortlichkeit der CDU-Vorgängerpartei für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur akzentuiert (ähnlich wie bei J. Gieselmann) und implizit den „Gegnern des Hindenburgplatzes“, sofern sie Mitglied der CDU sind, einerseits die Berechtigung für ihre Position abgesprochen und andererseits die Verpflichtung mitgeteilt, statt gegen Hindenburg zu argumentieren, die Verantwortung des Zentrums für die NS-Diktatur anzuerkennen. Es findet also eine signifikante Verschiebung der Verantwortlichkeit für die Verbrechen des sogenannten Dritten Reiches statt.

Aufschlussreich ist, dass der Verfasser das gegensätzliche Verhalten vom Zentrum einerseits und von SPD und KPD auf der anderen Seite bei der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ hervorhebt: „SPD und Kommunistische Partei, die dagegen gestimmt haben, wurden anschließend verfolgt und eingesperrt.“ Tatsächlich war die SPD die einzige Partei im Reichstag, die gegen das Gesetz stimmte. Die 81 KPD-Abgeordneten hatten, weil sie bereits verfolgt wurden, wie auch 26 Sozialdemokraten, keine Möglichkeit mehr, an der Abstimmung teilzunehmen. Aufschlussreich ist die Aussage des Verfassers aus einem sehr konkreten Grunde: Die Unterdrückung der politischen Gegner der NSDAP hatte der Reichspräsident Hindenburg am 28. Februar 1933 mit seiner Unterschrift unter die (Not-) „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ sanktioniert.⁴⁷

Als besonders vehemente Verteidiger Hindenburgs traten in der öffentlichen Auseinandersetzung Dr. M. und Dr. H. – W. Rahe in Erscheinung. In der MZ vom 11. April qualifizierte Frau Dr. M. Rahe Hindenburg als „Demokrat“:

„1933 musste er nach längerem Widerstreben und gegen seine Überzeugung Hitler zum Reichskanzler ernennen, weil die bisherigen Reichskanzler der SPD und des Zentrums, einschließlich Heinrich Brüning, versagt hatten und Hindenburg sich als Demokrat nicht dem Mehrheitswillen des Volkes (NSDAP – die stärkste Partei im Reichstag) entgegenstellen konnte“.

Am 6. August wurde in den WN ein Leserbrief des Ehepaars veröffentlicht, der diesen Gedanken aufnahm und noch darüber hinausging:

„Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hat er den Zweifrontenkrieg beendet und am Ende die deutschen Soldaten durch einen geordneten Rückzug vor der Kriegsgefangenschaft bewahrt. Da er Hitler verhindern wollte, ließ er sich im hohen Alter 1932 als Gegenkandidat zu Hitler mit den Stimmen aller demokratischen Parteien, auch der SPD, zum Reichspräsidenten wiederwählen. Gegen seinen ursprünglichen Willen musste er jedoch 1933 Hitler zum Reichskanzler benennen, weil der Reichstag damals NS-dominiert war und er als Reichspräsident nicht mehr mit Notverordnungen regieren konnte, was unter dem Reichskanzler des Zentrums, Heinrich Brüning, gescheitert war. Wir Münsteraner haben keinen Grund, uns Hindenburgs zu schämen.“

⁴⁷ vgl. Wolfgang Benz: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 25 und 23f.

In diesem Leserbrief geht es um eine vollständige Entlastung. Dabei stehen drei Aspekte im Vordergrund: die vermeintlichen Verdienste im Ersten Weltkrieg (die in den Leserbriefen auffällig selten eine Rolle spielen, bedenkt man, dass sich der Mythos auf Hindenburgs Aktivität als Soldat gründet), die Reichspräsidentenwahl im Jahr 1932 als Argument für Hindenburgs Bereitschaft, Hitler zu bekämpfen, und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler letztlich als Ausdruck von Hindenburgs demokratischer Gesinnung [„*musste* (...) ernennen“, Fettdruck durch den Verf., noch deutlicher und wörtlich die Klassifizierung als „Demokrat“ im Leserbrief von Dr. M. Rahe am 11. April].

Die Behauptung, Hindenburg habe zu Beginn des Ersten Weltkriegs den Zweifrontenkrieg beendet, bezieht sich offensichtlich auf die sogenannte Schlacht bei Tannenberg, die den Mythos begründet hat und der hier fälschlicherweise als Resultat die besondere Leistung, den Zweifrontenkrieg beendet zu haben, zugeschrieben wird. Herfried Münkler stellt in seinem Werk über den Ersten Weltkrieg fest: „Die deutschen Erfolge im Osten waren groß, aber sie hatten die russische Streitmacht nicht gebrochen und daher keine kriegsentscheidende Bedeutung.“⁴⁸ Die Behauptung der Leserbriefschreiber, Hindenburg habe mit der Ernennung Hitlers die Praxis der Notverordnungen eingestellt, ist falsch. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hält nachdrücklich fest: „Auch für die Regierung Hitler blieb das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten fast zwei Monate lang das wichtigste Machtinstrument“ zum „Umbau des konstitutionellen und staatsrechtlichen Rahmens“ in Richtung auf diktatorische Elemente, auf die Abschaffung der Demokratie.⁴⁹

K. Gottwald, einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens, konzentriert sich in seinem Leserbrief ausschließlich auf den historischen Sachverhalt, dass Hindenburg, von allen „bürgerlichen Parteien“ und selbst der SPD getragen, 1932 gegen Hitler angetreten ist und ihn als Reichspräsidenten verhindert hat:

*„Von den Schlossplatzleuten wird immer wieder der Vorwurf erhoben, Hindenburg sei ein Antidemokrat gewesen und habe die Weimarer Republik zugrunde gerichtet. Was ist davon zu halten? Hindenburg besaß das Vertrauen aller bürgerlichen Parteien, was sich besonders bei seiner Wiederwahl 1932 zeigte. Sogar die SPD hat ihn unterstützt, weil er sich strikt an die Verfassung hielt. Wenn Hindenburg nicht wieder kandidiert hätte, wäre Hitler 1932 Reichspräsident geworden.“*⁵⁰

Gottwald nutzt diesen Aspekt, um aus seiner Sicht das Argument, „Hindenburg sei ein Antidemokrat und habe die Weimarer Republik zugrunde gerichtet“, zu entkräften. Er stellt damit einen isolierten Sachverhalt vor, der offensichtlich aus seiner Sicht Gewicht entfalten kann. Es handelt sich um eine Art Engführung auf eine Entscheidung Hindenburgs, die noch am ehesten als Beleg für seinen Einsatz gegen Hitler und für die Weimarer Republik gedeutet werden könnte.

⁴⁸ Herfried Münkler: Der große Krieg. Die Welt 1914 – 1918, Bonn 2014, S.157, vgl. zum Ergebnis der Schlacht auch Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 2. Auflage, München 2014, S.185.

⁴⁹ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914 – 1949, Bonn 2009, S. 603.

⁵⁰ WN vom 29.8.2012.

In allen Leserbriefen zu diesem Problembereich geht es darum, in der Tendenz nicht nur ähnlich, sondern gleich, in den Akzentuierungen unterschiedlich, Hindenburg nicht nur vor der Einordnung als Antidemokrat oder Hitler-Förderer zu schützen, sondern darüber hinaus ihn als integren oder auch tragischen Demokraten darzustellen. In den Leserbriefen ist es meistens als Subtext, bei einigen im Klartext zu lesen: Neben Kleine-Borgmann, der Hindenburg als eine „in unserer Geschichte bedeutende Person“ beurteilt,⁵¹ gibt es vor allem fünf Leserbriefe, die summarisch und pointiert dem Reichspräsidenten sehr hohe historische Qualität zuordnen: „Hindenburg war ein absolut integrier Mann“⁵², „Herr Hindenburg war ein durchaus ehrenwerter, integrier Mann als Soldat und Präsident“,⁵³ „Hindenburg war bis zu seinem Tod 1934 ein absolut integrier, hoch angesehener Politiker“,⁵⁴ „Hier fehlt der Raum, um auf die vielen ideologischen Verleumdungen über den großen deutschen Staatsmann Hindenburg in der Leserbriefflut wissenschaftlich näher einzugehen“⁵⁵ und schließlich: „Warum will man nach so langer Zeit Leistungsträger der Geschichte niedermachen?“⁵⁶ Damit wird offen mitgeteilt, dass der Name Hindenburg für den Platz vor dem Münsteraner Schloss als Ehrung einer bedeutenden Persönlichkeit in der deutschen Geschichte nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig ist, weil seine historischen Verdienste es verlangen.

Was sich als Antwort auf die Fragestellung ergibt

Ribhege war offensichtlich der Meinung, würde das Bürgerbegehren siegreich sein, bedeutete das eine Wiederbelebung des Hindenburgmythos. Die Münsteraner Historikerin Saskia Handro ist im Hinblick auf Diskussionen um Hindenburg davon überzeugt:

„Es wäre sicher zu eng, aktuelle Debatten allein als fortgesetzte ‚Arbeit am Mythos‘ zu interpretieren. Hindenburg ist ebenso ein strittiger Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung. Daher können sich Protagonisten laufender Umbenennungsdebatten auf konkurrierende Deutungen berufen, die jedoch weniger als Teil einer anhaltenden Diskursgeschichte wahrgenommen, sondern als argumentativer Steinbruch genutzt werden.“⁵⁷

Fortgesetzte Arbeit am Mythos können die aktuellen Debatten tatsächlich nicht sein, weil der Hindenburg-Mythos nach 1945 in der offiziellen und öffentlichen Geschichtspolitik keine Bedeutung mehr gehabt hat, bis die Straßenumbenennungen begannen, eine öffentliche Rolle zu spielen. Es gibt daher keinen in ständiger und weiterentwickelter Narration verwendeten und wirksamen Mythos. Die Nutzung von unterschiedlichen Deutungen als „argumentativer Steinbruch“ kann aber zugleich Auskunft über die langfristige Wirkung des ursprünglichen und in Teilen der Gesellschaft immer noch wirksamen Mythos geben. Die

⁵¹ WN vom 2.8.2012.

⁵² Dr. M. Rahe in MZ vom 11.4.2012.

⁵³ Dr. J. Wegener in MZ vom 28.6.2012.

⁵⁴ M. und H.-W. Rahe in den WN vom 6.8.2012.

⁵⁵ Prof. Dr. H. J. Teuteberg in den WN vom 6.8.2012.

⁵⁶ M.Knüppel in MZ vom 25.8.2012.

⁵⁷ Saskia Handro: Geschichte – Mythos – Image. Der Streit um den Hindenburgplatz in geschichtskultureller Perspektive, in: Th. Großbölting, Hrsg., Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät, Münster 2015, S.40.

Deutung, die die Befürworter des Namens Hindenburg in Münster mit ihm verbinden, ist offensichtlich.

Wo in den Leserbriefen auf vermeintliche Strittigkeit in der Zeitgeschichtsschreibung Bezug genommen wird, handelt es sich um eine bewusst inszenierte Argumentationsstrategie und nicht eine, die der Überprüfung standhalten kann. Sie hat nichts mit Strittigkeit in der Zeitgeschichtsschreibung, sondern mit taktisch motivierten und fragwürdigen Interpretationen zu tun.⁵⁸ Es gibt nirgends eine explizite Aufnahme von seriösen unterschiedlichen Forschungsergebnissen zur Person Hindenburg.

Handro behauptet weiter, offensichtlich auch mit Blick auf Münster:

„Bis in die Gegenwart bedienen sich Hindenburg–Debatten aus dem Fundus historischer Bausteine des Mythos, beleben alte Mytheme und entdecken neue Sinnperspektiven zwischen ‚greisem Reichspräsident‘ und ‚Potsdamer Handschlag‘“, und sie geht davon aus, dass der „Hindenburg–Mythos in den Tiefenschichten des kollektiven Gedächtnisses (ruht).“⁵⁹

Damit entwickelt Handro zwei Argumentationslinien: Erstens: In der Debatte um Hindenburg bedienen sich seine Befürworter unterschiedlicher Deutungen als „argumentative(m) Steinbruch“. Und zweitens: Historische Bausteine des Mythos würden dabei noch immer eine Rolle spielen, die als Beleg dafür gelten können, dass der Hindenburg–Mythos noch immer im Gedächtnis von Kollektiven in der deutschen Gesellschaft wirksam ist.

Der Gründungsmythos um Hindenburg, der 1914 mit der Stilisierung des Sieges gegen die russische Armee begann, spielt nur in drei Leserbriefen eine Rolle, bei Dr. M. und Dr. H.-W. Rahe mit überhörender Begründung⁶⁰, K.L. Bölling: „Hindenburg hat die Russen bei Tannenberg entscheidend geschlagen, so dass diese 1917 endgültig aufgaben“⁶¹ und eher dezent bei Dr. J. Wegener⁶², möglicherweise, weil die sogenannten oder tatsächlichen militärischen Ruhmestaten des späteren Generalfeldmarschalls im Ersten Weltkrieg auch nach Meinung der Befürworter des Namens Hindenburg 2012 nicht in ihrem Sinne Einfluss auf das Wahlverhalten der Bevölkerung nehmen konnten. Die meisten der Befürworter, die sich in Leserbriefen geäußert haben, gingen offensichtlich davon aus, dass der Gründungsmythos in der Öffentlichkeit knapp 100 Jahre später nicht mehr funktioniert. Es gibt einen Leserbrief eines der Initiatoren der Bürgerinitiative, Herbert Kober, der sich ausschließlich mit dem Militär Hindenburg befasst und dabei zwei gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobene Vorwürfe aus dem Weg räumen will : 1. Er sei „verantwortlich (...) für den Giftgaseinsatz im Stellungskrieg des Ersten Weltkrieges“ und 2. Er sei ein „

⁵⁸ vgl. Dr. Althaus' Umgang mit Pyta und Dr. Hoenes mit den Ausführungen von Wildt. George A. Ormsby nennt in seinem Leserbrief lediglich zwei populärwissenschaftliche Bücher, die er herangezogen hat: Otto Zierer, Die großen Ereignisse der Weltgeschichte und Menschen, die die Welt veränderten. Schicksale, Taten, Wirkungen, hrsg. Von Roland Gööck (Textmitarbeiter: Hendrik van Bergh) und die nicht den Anspruch erheben können, zur wissenschaftlichen Forschung zu gehören, WN vom 6.8.2012.

⁵⁹ Handro: Geschichte, S.39f.

⁶⁰ WN vom 6.8.2012.

⁶¹ WN vom 14.8.2012.

⁶² MZ vom 28.6.2012.

„Kriegstreiber““ gewesen.⁶³ Kober begreift die beiden Vorwürfe als Angriffe auf die historischen Verdienste des Militärs Hindenburg. Es ist möglich, seine Verteidigung Hindenburgs als Versuch zu verstehen, Schaden vom Gründungsmythos abzuwenden, aber anders als die Verfasser der drei anderen Leserbriefe bezieht er sich nicht offensiv und positiv auf ihn.

Versuche, „neue Sinnperspektiven zwischen ‚greisem Reichspräsident‘ und ‚Potsdamer Handschlag““ zu entwickeln (Handro), gibt es in den Leserbriefen nicht. Das Alter Hindenburgs z.B. als Faktor, der seine Entscheidung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, entschuldigt, spielt ebenso wenig eine Rolle wie Versuche, dem politischen Verhalten des Reichspräsidenten zwischen Hitlers Ernennung und dem sogenannten Tag von Potsdam einen rechtfertigenden Sinn zu geben.

Was aber feststellbar ist und sich belegen lässt, ist auf eine differenzierte Art und Weise die lange Wirkung von bestimmten Elementen einer Geschichtsinterpretation der Leistungen Hindenburgs, die man als Ausdruck einer Übernahme des Mythos einstufen kann. Die Leserbriefe enthalten zwei Stoßrichtungen: Sie setzen sich erstens mit Ribbege auseinander, der versucht hatte, mit Blick auf zentrale Stationen von Hindenburgs Leben und unter Bezug auf deren Zusammenhang mit Münster dessen Bedeutung für die Stadt von mythischen Elementen zu befreien, und zweitens mit Hindenburgs politischer Rolle bei der Etablierung Hitlers und der NS-Diktatur, weil sie für die Gegner der Namensgebung wesentlich gewesen ist und von ihnen ins argumentative Feld geführt wurde.

Mit kritischem Blick auf die Leserbriefe zu diesen beiden Bereichen ergeben sich nachweisbare Bezüge zum Mythos um Hindenburg. Der Reichspräsident wird von seiner Verantwortung, Hitler ernannt zu haben, vor allem mit dem Hinweis auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien oder allgemein der Wählerschaft entlastet. Das ist deshalb interessant, weil die Leserbriefschreiber aus einem offensichtlich konservativen bürgerlichen Lager stammen und daher Parteien, z.B. das Zentrum, belasten, die zur Geschichte ihrer heutigen politischen Positionierung gehören.

Mit dem Hinweis auf die Reichspräsidentenwahl 1932 wird Hindenburg als derjenige eingeordnet, der als Kandidat der bürgerlichen Parteien und sogar der SPD eine noch frühere Machtübernahme durch Hitler verhindert habe. Im Subtext wird er damit als (zeitweiliger) ‚Retter der Demokratie‘ dargestellt. Die Installierung des ihm unsympathischen Hitler als Reichskanzler wird angesichts der damaligen Situation, z.B. stellte die NSDAP die stärkste Fraktion im Reichstag, als Beleg für das integre und demokratische Verhalten Hindenburgs gedeutet. Es wird behauptet: Hindenburg habe nicht vorhersehen können, dass Hitler und die NSDAP eine Diktatur angestrebt hätten, ohne dass die in der Forschung inzwischen unbestrittene Erkenntnis, Hindenburg habe mit der Ernennung Hitlers und der Koalitionsregierung von NSDAP und DNVP die demokratischen Strukturen der Weimarer Republik endgültig aushebeln und einen autoritären Staat aufrichten wollen, eine Rolle spielt. Hindenburg wird, folgt man der Argumentation der Leserbriefe, damit zu einer tragischen historischen Person, weil er, wollte er Demokrat sein, Hitler nicht ernennen konnte, und er keine Möglichkeit hatte vorherzusehen, welche Folgen seine Entscheidung haben würde.

⁶³ WN vom 21.7.2012.

Hindenburg wird als Verkörperung der „Einheit der deutschen Nation über alle gesellschaftlichen Grenzen [...] hinweg“ interpretiert. Damit wird ein überkommener Einheitsbegriff ins Feld der Argumentation geführt, die Fokussierung des a priori als existent angenommenen gemeinsamen Willens eines nationalen Verbandes auf eine Person. Das ist eine Sicht, die durchaus dem Selbstbild Hindenburgs und der von ihm beabsichtigten öffentlichen Rezeption und Wahrnehmung entspricht.

Der Mythos um Hindenburg hat, sofern man auf die Leserbriefe der Befürworter des Bürgerbegehrens schaut, unbestreitbar eine Rolle gespielt: Die Verfasser haben Elemente des Mythos als zutreffende Beschreibung von Hindenburgs militärischem und vor allem politischen Handeln verstanden und versucht, ihre Auffassung in der Öffentlichkeit zu platzieren und damit Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. Aber er spielt auch bei den Gegnern des Bürgerbegehrens eine Rolle: Sie beziehen sich in der Absicht auf ihn, ihn auf den Prüfstand historischer Forschung zu stellen und auf diese Weise zu demontieren. Das wird in Ribheges Artikel explizit und in den anderen Leserbriefen implizit deutlich. Insofern stimmt das Ergebnis der Analyse der Leserbriefe mit Handros These überein.

Der Begriff „Held“ ist 2012 in den beiden Zeitungen nur einmal gefallen, nicht in einem Leserbrief, sondern in der ersten Pressekonferenz der Bürgerinitiative und dort nicht von einem der Initiatoren, sondern, wie klargestellt wurde, von einem „interessierten Bürger“. Die Tatsache, dass einer der Initiatoren öffentlich, in einem Leserbrief, diese Klarstellung für notwendig hielt, spricht dafür, dass sie jedem Eindruck entgegentreten wollten, den Heldenmythos um Hindenburg zu bedienen. Das muss nicht viel heißen, aber zeigt immerhin, dass sie eine solche Äußerung „Hindenburg ist der größte deutsche Nationalheld nach Bismarck“ als ihrem Interesse nicht komplett oder gar nicht dienlich angesehen haben.

Was nicht feststellbar ist und auch nicht feststellbar sein kann: Wie viele von denen, die sich in ihren Leserbriefen nicht auf die Diskussion um die historische Leistung der Person Hindenburg einlassen, sondern pragmatisch argumentieren, mit Gewöhnung und der Ablehnung eines Oktrois durch die städtischen politischen Institutionen und einer Bevormundung durch Universitätseliten oder damit: „Lassen wir dem Toten endlich seine verdiente Ruhe und seinen Namen ‚Hindenburgplatz‘“ (Prof. Dr. K. Oekentorp in den WN vom 4. September, genauso M. Beckmann in MZ vom 6. September: „Kann man den Mann nicht in Frieden ruhen lassen?“) oder: „Wir Deutschen sollten zu unserer Vergangenheit stehen wie andere Staaten auch“ (G. Haferanke in WN vom 17. August), und das sind nicht wenige, tatsächlich vom Mythos oder von Mythen beeinflusst sind, aber darauf in ihrer Ausführung verzichten, weil sie ihm oder ihnen keine nachhaltige Wirkung in der Öffentlichkeit mehr zutrauen. Wenn es solche Überlegungen gegeben hätte, wären sie ein Beleg dafür, dass zumindest einige von denen, die den Mythos oder Mytheme als korrekte Beschreibung historischer Sachverhalte begriffen, davon ausgingen, dass es nicht klug sei, diese Meinung öffentlich zum Vorteil der eigenen Sache, des Namens Hindenburg für den Platz, zu gebrauchen. Grundsätzliche taktische Überlegungen sind nicht analysierbar, können aber bei dieser heftigen Debatte um die Erinnerungskultur nicht ausgeschlossen werden.

Dass der Mythos um Hindenburg in den Leserbriefen der Befürworter des Namens Hindenburg eine nicht unwesentliche Rolle spielt, ist nachweisbar, insofern gibt es dort eine lange Wirkung. Die Leserbriefe stammen offensichtlich vornehmlich aus gebildeten bürgerlichen

Kreisen. Unter den Leserbriefschreibern befinden sich mehrere mit Dokortitel, Dr. M. Rahe ist Ärztin und Beisitzerin im CDU-Bezirksvorstand des Evangelischen Arbeitskreises Münsterland, ihr Mann Pfarrer,⁶⁴ Dr. Althaus CDU – Mitglied aus Nienberge, Stand Januar 2012,⁶⁵ Dr. Hoene ist selbstständiger Managementberater,⁶⁶ Klaus Gottwald ist pensionierter Richter⁶⁷ und Herbert Kober ehemaliger Verwaltungsdirektor an der Universität,⁶⁸ B. Kleine-Borgmann ist Lehrer und CDU- Ratsmitglied,⁶⁹ und H. J. Teuteberg emeritierter Professor für Geschichtswissenschaft.⁷⁰ Nur eine Minderheit der Leserbriefschreiber konnte auf diese Weise nach Bildungsabschluss, politisch oder beruflich erfasst werden, aber es kann aufgrund der Art der Argumentation von Interessiertheit an der historischen Materie und aufgrund der Fähigkeit, die eigene Meinung zu artikulieren, davon ausgegangen werden, dass es sich um gebildete Personen aus bürgerlichen Kreisen handelte. Das gilt auch für diejenigen, die sich in ihren Leserbriefen kritisch mit der historischen Rolle Hindenburg auseinandersetzen. Unter ihnen finden sich mehrere, die den Dokortitel tragen, und schließlich, bezogen auf Großböltings Stellungnahme, 18 Professoren und weitere Akademiker des Historischen Seminars.

38.800 Menschen haben im September 2012 für den Namen Hindenburg gestimmt. In der Argumentation der Leserbriefe sind Wirkungen des Mythos zu erkennen und zu bestimmen. Eine völlig andere Frage ist aber, welche Rolle dieser Mythos in der tatsächlichen Entscheidung im September 2012 gespielt hat, bei den 38 800 Menschen, die für den Namen Hindenburg gestimmt haben, und wie dabei die Leserbriefe eingeordnet werden können. Der Politikwissenschaftler Norbert Kersting kommt in seiner Analyse des Ergebnisses des Bürgerentscheids und besonders einer Telefonumfrage des Münsterbarometers etwa 14 Tage vor dem Wahlsonntag u.a. zu dem Ergebnis:

„Interessant ist, dass in der Gruppe der alt eingesessenen Münsteraner nur etwa 36 Prozent Hindenburg als eine Persönlichkeit ansehen, die geehrt werden sollte. In der Gruppe der neu Münsteraner [!] sind dies etwa 26 Prozent. Gleichzeitig sind aber 70 Prozent der alteingesessenen Münsteraner der Meinung, dass der Name Hindenburg zu Münster gehört. In der Gruppe der Neumünsteraner sind dies immerhin noch etwa 63 Prozent. [...] „Innerhalb der Grünen Wähler [!] sind immerhin 17 Prozent für den Namen Hindenburgplatz. Innerhalb der SPD sind dies sogar 37 Prozent. Bei den Anhängern der CDU sind 55 Prozent für den Namen Hindenburgplatz [...]. Schaut man sich die Beweggründe für das Votum genauer an, so wird deutlich, dass in Bezug auf die Bewertung von der Person Hindenburg auch innerhalb der CDU die kritischen

⁶⁴ WN vom 21.7.2012 und http://www.cdu-muensterland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=27&Itemid=44
http://www.medrum.de/files/namensliste_der_unterzeichner.pdf, 12.2.2016.

⁶⁵ <http://www.wn.de/Muenster/Stadtteile/Nienberge/2012/01/CDU-soll-2013-wieder-vorne-stehen-Nienberger-Christdemokraten-schwoeren-sich-beim-Neujahrsempfang-auf-naechste-Landtagswahl-ein>, 12.2.2016.

⁶⁶ <http://web2.cylex.de/firma-home/hoene-managementberatung-10154996.html>, 12.2.2016.

⁶⁷ <http://www.wn.de/Muenster/2012/03/Buergerinitiative-gegen-Umbenennung-Hindenburg-war-kein-Verbrecher>, 12.2.2016.

⁶⁸ http://www.ulrichklose.de/logbuch/notizen/unappetitlicher_buergerentscheid, 15.2.2016.

⁶⁹ https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/kp0050.php?__kpenr=7007&gnnr=0, 14.3.2016.

⁷⁰ <https://www.wiwi.uni-muenster.de/wisoge/md/personen/teuteberg/Home-page-Teut-III.pdf>, 20.3.2016.

Stimmen überwiegen. Einem Statement „der Name Hindenburg Platz [!] gehört zu Münster“ folgen aber 68 Prozent der CDU Anhänger [!], 52 Prozent der SPD Anhänger [!] und 45 Prozent der Grünen.“⁷¹

Die Zahlen legen sehr nahe, dass die historische Person Hindenburg eine nur untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt hat und stattdessen die Meinung, der Name Hindenburgplatz gehöre zur Stadt, offensichtlich aus Tradition und ohne damit eine bewusste Ehrung der Person zu verbinden, sehr häufig im Zentrum der persönlichen Meinungsbildung stand. Die „historische Bildung zur Person Hindenburg [...] ging [...] letztendlich, so scheint es, [...] an den Grundmotiven der Befürworter des Namens Hindenburgplatz vorbei.“ Kersting bezieht sich dabei auf die stadtoffiziellen Informationsaktivitäten, die sich „nur auf die Person Hindenburg (konzentrierten)“.⁷² Das aber würde auch für alle diejenigen gelten, die in ihren Leserbriefen Hindenburgs tatsächliche oder vermeintliche Leistungen für die deutsche Entwicklung historisch argumentierend zu verteidigen versucht haben. Sie gehören zu den 31 Prozent unter den alteingesessenen und neuen Münsteranern, die es für angemessen hielten, Hindenburg wegen seiner Verdienste zu ehren, und aktiv dafür eingetreten sind. Der Mehrheit derjenigen, die den Namen Hindenburgplatz befürworteten, ging es nicht um eine historische Identitätsressource.

Die Verteidigung der geschichtspolitischen Bedeutung der Person Hindenburg in den Leserbriefen, der offene oder implizite Bezug zum Mythos, ist offensichtlich eine Erscheinung in Teilen der konservativen bürgerlichen Elite von Münster. Ebenso offensichtlich spielte der Schulabschluss bei der Wahlentscheidung eine zentrale Rolle: „Über 72 Prozent der Gruppe mit Abitur votiert für den Schlossplatz und nur 28 Prozent für den Hindenburgplatz“ und fast exakt umgekehrt stimmten 68 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss für den Namen Hindenburg und 32 Prozent für Schlossplatz.⁷³ Kerstings Interpretation, dass „**die** Befürworter des Hindenburgplatzes [...] andere Beweggründe“ hatten als die Person Hindenburg“ [Fettdruck durch Verf.]⁷⁴, kann man daher im Grundsatz folgen. In seiner Verallgemeinerung ist die Interpretation zu relativieren, aber weil sie in der Tendenz offensichtlich zutrifft, ist sie auch als Grundlage für eine Frage zu nutzen: ob der Konflikt um die Erinnerungskultur, darum, ob der Name Hindenburg zu dieser Erinnerungskultur gehören soll oder nicht, nicht mehr und nicht weniger als ein Konflikt innerhalb der gebildeten Münsteraner Kreise anzusehen ist.

Nimmt man alles zusammen, haben die Leserbriefschreiber mit ihren Äußerungen zur Person Hindenburg möglicherweise Münsteraner unter den 31 Prozent, die der historischen Person Ehre zukommen lassen wollten, in ihrer Meinung bestärken können. Sie waren offensichtlich, legt man ihre Argumentation in den Leserbriefen und die erheblichen Daten zu Bildungsstand und Beruf zugrunde, hochgebildet und es waren offensichtlich diese Hochgebildeten, die 2012 noch für den Mythos Hindenburg anfällig waren und damit zugleich ent-

⁷¹ Norbert Kersting: Integration, Identität und der Westfälische Wutbürger? Analyse des Bürgerentscheids 2012 in Münster, in: Th. Großbölting, Hrsg., Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät, Münster 2015, S.111 – 128, Zitate: S.122 und 123f.. Die Zahlen beziehen sich auf die Telefonumfrage; bei ihnen geht Kersting davon aus, „dass es in der Endphase des Bürgerentscheids kaum mehr zu gravierenden Änderungen gekommen ist“ (S.120).

⁷² Kersting: Integration., S.126.

⁷³ Kersting: Integration, S.122 und 123 (Grafik)

⁷⁴ Kersting: Integration, S.126, Fettdruck durch Verf.

fernt waren von dem Motiv vieler, die bereit waren, sie zu unterstützen. Von den 31 Prozent, die meinten, Hindenburg sei der Ehrung würdig, weiß man nicht, was sie dazu motiviert hat, aber dass sie in irgendetwas von dem, was er getan hat, der Ehrung Würdiges sahen, ist ebenso unabweisbar.

Dass fast 60 Prozent in der Abstimmung auf ihr Recht, ihre Meinung über den Stimmzettel wirksam zu machen, verzichteten, kann bedeuten, dass ihnen der Name für den Platz vor dem Schloss gleichgültig gewesen ist oder zumindest nicht wert, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Fast drei Fünftel der Wahlberechtigten haben auf ihr Wahlrecht verzichtet.

Berücksichtigt man das, könnte man zu dem Schluss kommen, dass es sich bei der Frage nach der Namensgebung um ein aufschlussreiches Minoritätsproblem handelte. Es ist deshalb aufschlussreich, weil Minoritäten gegeneinander um die Hegemonie kämpften und geschichtspolitische Diskussionen eine Angelegenheit von Minderheiten in einer Stadt wie Münster sind. Das gilt im Übrigen auch für das Bürgerbegehren in Garmisch-Partenkirchen; dort lag die Wahlbeteiligung bei 29,26 Prozent.⁷⁵ Eine Minorität ist dabei der anderen unterlegen gewesen. In der unterlegenen Minorität hat eine sehr kleine Minorität in ihren Leserbriefen bewiesen, dass sie einem geschichtlichen Mythos oder zumindest Elementen von ihm anhängt, und damit nicht das Hauptargument treffen konnte, das die Unterstützer ihres Anliegens vor allem antrieb. Es gibt eine lange Wirkung des Mythos um Hindenburg und seiner Elemente in der Stadt Münster, aber im äußersten Fall betrifft sie in der einen oder anderen Weise knapp weniger als ein Drittel der Bürger, darunter die Leserbriefschreiber in einer analysierbaren, bestimmbaren Weise. Ebenso eindeutig ist, dass der Mythos oder Elemente aus ihm keine wesentliche Mobilisierungskraft in Münsters Bevölkerung haben entfalten können. Das gilt dann über die analysierten Leserbriefe hinaus auch für die unterschiedlichen medialen Aktivitäten der Jungen Union, der ost- und westpreußischen Landsmannschaften, rechter Burschenschaften, der NPD und der rechtsextremen Bürgerbewegung PRO NRW, die sich die Verteidigung der historischen Person vorgenommen hatten,⁷⁶ oder für eine Website wie <http://www.kul-tours.de/muenster-hindenburgplatz-bleibt.htm>, deren Betreiber sich die Aufgabe gesetzt hatte, Hindenburgs vermeintliche oder tatsächliche historische Verdienste vehement gegen Angriffe zu verteidigen.⁷⁷

Der Mythos um Hindenburg war in Münster selbst bei den Befürwortern des Bürgerbegehrens nicht mehrheitsfähig, das Attribut des Helden schon gar nicht. Nicht einmal die Initiatoren des Bürgerbegehrens hielten es für einen geeigneten Mobilisierungsfaktor. Eine Lesart der Auseinandersetzung in Münster könnte daher lauten: Es handelte sich nur scheinbar um einen tiefgreifenden Konflikt um die historische Rolle Hindenburgs. Der Streit um die Namensgebung war ein Vehikel, das Hilfsmittel, das einem bestimmten anderen Zweck dienen sollte: Es handelte sich vor allem um einen tiefgreifenden Konflikt zwischen bürgerlichen Minderheiten, auch im konservativen Lager selbst, um die Hegemonie über die Erinnerungskultur und damit über den Diskurs, wohin sich die Stadtgesellschaft in Zukunft entwickeln sollte. Der Begriff ‚Erinnerungskultur‘ betrifft die drei zeitlichen Dimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: Der jeweilige Bezug auf die Vergangenheit, in diesem Fall die histo-

⁷⁵ <http://www.pro-hindenburg.de/>, 12.2.2016. Das ist die Website der Pro Hindenburg – Initiative, aber an der Zahl ist nicht zu zweifeln.

⁷⁶ Auf diese Organisationen bezieht sich auch Handro knapp, s. Handro, S.45f..

⁷⁷ <http://www.kul-tours.de/muenster-hindenburgplatz-bleibt.htm>, 13.2.2016.

rische Bedeutung Hindenburgs, beinhaltet eine politische Positionierung in der Gegenwart und will damit Einfluss auf zukünftige Entwicklungen nehmen. Für die Betreiber des Bürgerentscheids hat der Journalist Bernd Dörries in der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung am 7. September 2012 die Verknüpfung der drei zeitlichen Dimensionen zutreffend dargestellt: "Uns geht es gar nicht um eine historische Neubewertung der Person", sagt Stefan Leschniok, Rechtsanwalt, CDU-Mitglied und einer der Sprecher der Bürgerinitiative Pro Hindenburgplatz. Ein paar Sätze später formuliert er es dann so: "Hindenburg hatte gute und schlechte Seiten." Die Bürgerinitiative hat der ultrakonservativen *Jungen Freiheit* ein Interview gegeben, Leschniok selbst ist einer der Unterzeichner der "Aktion Linkstrend stoppen, für eine geistige Wende", die gerne eine andere CDU hätte, im Kleinen in Münster, wo Oberbürgermeister Lewe [Gegner des Bürgerbegehrens, d. Verf.] auch ein Christdemokrat ist. Aber auch im Großen, in Berlin, wo Angela Merkel die Partei in die falsche Richtung treibe, oder in gar keine. Ein Erfolg seiner Initiative wäre in diesem Kontext ein kleiner Sieg gegen den Zeitgeist.⁷⁸ Danach hätte der Bürgerentscheid unter der Fragestellung gestanden: Setzen sich die Vertreter des „Zeitgeist(es)“ durch oder deren konservative Gegner? Münsters Oberbürgermeister Lewe, CDU-Mitglied und Gegner der Initiative zur Rückbenennung in Hindenburgplatz, sah in der Abstimmung die Weltoffenheit der Stadt auf dem Prüfstand⁷⁹. Dann hieße die Alternative wahrscheinlich: Weltoffenheit versus Provinzialität. Vom Gegensatz zwischen Modernität und Tradition ist im Werk die Rede, das Thomas Großbölting zum Konflikt in Münster herausgegeben hat. Wie immer man die Polarität benennen will, die politische Dimension des Bürgerentscheids ist allemal deutlich erkennbar. Sie scheint eine wichtige Rolle beim Sieg der Gegner des Namens Hindenburg gespielt zu haben.

Man könnte gegen Sabrows Meinung zum heutigen Umgang mit der eigenen Geschichte zugespitzt sagen: Die Vergangenheit war, anders als die öffentlichen Inhalte der Auseinandersetzung den Anschein erwecken konnten, selbst in einer eindeutig bürgerlich geprägten Stadt wie Münster keine „ganz wesentliche Identitätsressource“. Differenzierter lautet das Fazit: Die Vergangenheit war nur für Angehörige der bürgerlichen Elite, aber nicht für die Mehrheit der Münsteraner Bürger eine „ganz wesentliche Identitätsressource“. Die Fixierung konservativer Bürgerlicher auf die Verteidigung der historischen Person Hindenburg hat möglicherweise eine Mehrheit für ihr eigenes Vorhaben verhindern geholfen. Die lange Wirkung des Mythos bei ihnen hat sich als eine Falle erwiesen, die sie, ohne es zu wissen, selbst aufgestellt hatten und der zu entkommen ihnen unmöglich war. Dass die führenden Gegner der Namensgebung Hindenburg mit ihrer Konzentration auf historische Aufklärung trotzdem eine Mehrheit mobilisieren konnten, hat offensichtlich damit zu tun, dass viele derjenigen, die mit Nein stimmten, wie immer sie sich im Detail zur Person Hindenburg positioniert hatten, der Meinung waren, es gehe „weniger um die Person Hindenburg als vielmehr um die Frage der strategischen Ausrichtung der Kommunalpolitik in Richtung Tradition oder Moderne“, und mit ihrem Nein ihr Votum für die moderne Perspektive dokumentieren wollten.⁸⁰ Sie sahen in der Abstimmung weniger die Auseinandersetzung um die Namensgebung als vielmehr die in ihr angelegte politische Dimension.

⁷⁸ <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-platzbenennung-in-muenster-eine-stadt-will-ihren-hindenburg-zurueck-1.1461265>, 23.3.2016

⁷⁹ Ebd..

⁸⁰ Zitat: Kersting: Integration, S.127

In Münster hat sich gezeigt: Ein tiefgreifender Konflikt um die Vergangenheit als Identitätsressource war es nur vordergründig. Der Mythos um Hindenburg ist nicht tot, aber durchsetzungsfähig war er nicht. Ein ‚Held‘, der den Nationalsozialisten zur Machtübernahme geholfen hat und sich von ihnen instrumentalisieren ließ, galt zwar immer noch konservativen bürgerlichen Kreisen als Identifikationsfigur, aber ebenso disqualifizierten ihn Mitglieder bürgerlicher Kreise als ungeeignete „Identitätsressource“. Mobilisierende Wirkung konnte der Heldenmythos letztlich nicht entfalten.

Das Beispiel 2: Die Black Form „Dedicated to the Missing Jews“ 1988/89

Worum es geht



Die Black Form vor dem Altonaer Rathaus. ⁸¹

Sol LeWitts Skulptur Black Form ist heute in Hamburg – Altona vor dem dortigen Rathaus zu sehen. Ursprünglich befand sie sich vorm ehemals fürstbischöflichen Schloss in Münster. Der Künstler hatte sie für die inzwischen alle zehn Jahre in der westfälischen Stadt stattfindenden Skulpturenausstellungen 1987 geschaffen. Die Black Form ist nur ein Bestandteil seines damaligen Kunstwerks. Die Kunsthistorikerin Angeli C. F. Sachs beschreibt die Konzeption des Künstlers und deren Realisierung: „Das Konzept des Minimal Art- und Konzeptkünstlers Sol LeWitt für Münster bestand aus zwei Teilen, die sich «auf die barocke Axialität der Schloss- und Schlossparkanlage» der Stadt bezogen und an die nicht ausgeführten Idealpläne des Architekten Johann Conrad Schlaun anknüpften: White Pyramid, eine weiße, zweiseitige Stufenpyramide aus weiß lackiertem Gasbeton im Format von 510 x 510 x 510 cm, die

⁸¹ Bild ©: <http://denkmalhamburg.de/black-form/> (20.9.2017)

einen Akzent im point de vue des Schlossparks setzte und Black Form (Dedicated to the Missing Jews), ein Quader aus schwarz lackiertem Gasbeton im Format 175 x 520 x 175 cm am anderen Endpunkt der Blickachse, auf dem Schlossplatz. [...] Während die White Pyramid die Steigung des Geländes nachvollzog und sozusagen zu seinem den Blick anziehenden Scheitelpunkt wurde, lag die Black Form wie ein Riegel auf dem Cour d'honneur des Schlosses, heute Teil der Universität, und versperrte die Sicht und den direkten Weg zu seinem Eingang. Dieser Gegensatz drückte sich auch im größtmöglichen Farbkontrast aus, nämlich weiß und schwarz. Gleichzeitig besetzte die Black Form den traditionellen Platz des Denkmals und tatsächlich war an dieser Stelle bis 1939 ein Reiterstandbild zu Ehren Kaiser Wilhelms I. platziert, eine Tatsache, die Sol LeWitt nicht unbedingt bekannt gewesen sein muss. Allerdings erklärte er die Black Form nach ihrer Fertigstellung durch den Zusatz der Widmung «Dedicated to the Missing Jews» selbst zum Denkmal und besetzte damit diesen historischen Platz mit einer Aussage, die auf das Fehlen der jüdischen Bürger Münsters und ihrer Kultur hinwies und einer Form, die diese Leere und dieses Schweigen ausdrückte, neu. In der Folge wurde die Black Form zur Projektionsfläche politischer Slogans und Graffiti und sah sich zahlreichen Protesten wegen der Störung der Ästhetik des Schlossplatzes und des freien Zugangs zum Gebäude ausgesetzt. Im März [Februar, d. Verf.] 1988 wurde die Skulptur abgerissen [...].⁸²

Juden waren ohne jeden Zweifel Außenseiter in der nationalsozialistischen Diktatur, ihre Ausgrenzung endete in der millionenfachen Ermordung. 1987, als Sol LeWitt seinen Beitrag zur Skulpturenausstellung leistet, liegt zwischen dem Ende des 2. Weltkrieges und der Erkenntnis der Verbrechen des Nationalsozialismus, des millionenfachen Mordes an den Juden, die Zeitspanne von 42 Jahren. In der Bundesrepublik konzentrierte sich die öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lange hauptsächlich auf das Schicksal der Deutschen im Zweiten Weltkrieg und im Gefolge der Teilung, bevor endgültig seit den 1970er-Jahren der Holocaust zu einem wesentlichen Thema der politischen Kultur in der Bundesrepublik wurde.⁸³ Erst aber die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ in den bundesdeutschen Dritten Programmen 1979 rief mit ihrer „Personalisierung der Opferwahrnehmung“ eine unerwartet breite und heftige Zuschauerreaktion hervor.⁸⁴

Der Politologe Peter Reichel bezeichnete die Ausstrahlung der Fernsehserie als einen Meilenstein in der Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik; sie markiere „den Beginn der Bereitschaft nun auch eines Massenpublikums, sich mit der NS-Vergangenheit überhaupt auseinanderzusetzen.“⁸⁵ Tatsächlich ist die Resonanz – ungefähr jeder zweite Erwachsene, mehr als 20 Millionen, hatte wenigstens Teile der Serie gesehen – die Folge eines Ereignis-

⁸² Angeli C. F. Sachs: «Formen der Erinnerung. Zwei Mahnmale von Jenny Holzer und Sol LeWitt in Deutschland», in: kunsttexte.de, Nr. 3/2002, <http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/download/kume/sachs.PDF>, 7.12.2015

⁸³ Siehe hierzu Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

⁸⁴ Kay Kufek: Der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland nach 1945. in: Burkhard Assmuss (Hg.), Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung, Berlin 2002, S. 242.

⁸⁵ Peter Reichel: Erfundene Erinnerung – Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, Frankfurt/M 2007, S.261.

ses, das als „der stärkste, aber nicht der einzige Anstoß im Rahmen einer sich schon zuvor entfaltenden erinnerungskulturellen Wende“ gilt.⁸⁶

1985 schließlich hatte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner damals nicht unumstrittenen, heute ohne Vorbehalt als eine Zäsur in der offiziellen bundesrepublikanischen Erinnerungspolitik eingestuften Rede zum 40. Jahrestag des Weltkriegsendes den Völkermord an den Juden differenziert und zugleich entschieden in den Alltag der Bevölkerung zur Zeit des Nationalsozialismus gerückt und gefordert: „Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung“ und den unbelasteten Nachkommen die Aufgabe gestellt:

„Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen“

und schließlich festgestellt, dass Erinnerung aus zwei Gründen notwendig sei:

„Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.“⁸⁷

Vor diesem Hintergrund, der durch den Holocaust – Film endgültig ausgelösten erinnerungskulturellen Wende, die in von Weizäckers Rede offizielle Anerkennung durch den höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gefunden hatte, und der Tatsache, dass SoL LeWitt mit seinem Zusatz „Dedicated to the missing Jews“ seine Skulptur vor dem Münsteraner Schloss zum Denkmal erklärt hatte, entstand 1988 kurz nach deren Abriss eine Initiative von Münsteranern mit dem Ziel, die Black Form als dauerhafte Mahnung und Erinnerung an dem ursprünglichen Platz vor dem Schloss wiederaufzubauen.⁸⁸ Diese Initiative scheiterte.

⁸⁶ Harald Schmid: Die „Stunde der Wahrheit“ und ihre Voraussetzungen. Zum geschichtskulturellen Wirkungskontext von „Holocaust“, in: <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-stunde-der-wahrheit-und-ihre-voraussetzungen>, 31.12.2015. Er ordnet sehr differenziert die Bedeutung der Ausstrahlung der Serie in historische Ereignisse und Sachverhalte ein, die als Ausdrücke einer sich ankündenden erinnerungskulturellen Wende angesehen werden können.

⁸⁷ Zitate aus: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html, 27.3.2016.

⁸⁸ Es gibt eine zeitliche und inhaltliche Koinzidenz: Im August 1988 schlägt die Fernsehjournalistin Lea Rosh vor, in Westberlin ein zentrales Denkmal zur Erinnerung an die Ermordung der sechs Millionen Jüdinnen und Juden durch die nationalsozialistische Diktatur zu schaffen (<http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-juden-europas/geschichte-des-denkmals.html>, 27.3.2016).

Was mich interessiert

Die Sozialwissenschaftlerin Katharina Steinberg stellt 2012 in ihrer Dissertation fest:

„In dieser Phase [um 1985 mit der Rede v. Weizsäckers und danach, der Verf.] kam es zu einem regelrechten „Denkmalboom“[...]. [...] Die meisten der in den Achtzigerjahren gesetzten Denkmäler erinnern [...] an die jüdischen Opfer. Ihnen wurden laut Hausmann [...] 40 Prozent der in dieser Zeit errichteten Denkmäler gewidmet.“⁸⁹

Es ist in der Bundesrepublik eine Zeit der Denkmäler für die Außenseiter und Opfer nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Steinberg weist darauf hin, dass vor allem der jüdischen Opfer in den Denkmälern gedacht wurde. Die Münsteraner Initiative bezog sich auf die größte Gruppe von Opfern, die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden. Während in anderen Orten es möglich war, Denkmäler für sie zu realisieren, war das in Münster im Ergebnis zum Scheitern verurteilt.

Die Skulpturenausstellung dauerte vom 14. Juni bis zum 4. Oktober 1987. Noch während sie lief, am 22. September 1987, schrieb der Direktor des Westfälischen Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte Klaus Bußmann an den Künstler Sol LeWitt:

„If I had known the title of your black cube in front of the „Schloss“, I would have done, for an catalogue, a personal statement in the right sense – the title gives to this work a dimension which surpasses the formalistic conception. I will try to fight for public opinion to leave it there, - but you know that the arrangement with university authorities was for four months only.“⁹⁰

Offensichtlich will Bußmann für den Verbleib der Black Form kämpfen und offensichtlich sieht er bereits zu diesem Zeitpunkt die Schwierigkeiten, die Universitätsverantwortlichen für eine Zustimmung zu gewinnen, denn ausdrücklich will er die öffentliche Meinung („public opinion“) für sein Vorhaben mobilisieren. Möglicherweise geht seine Erkenntnis auf ein Gespräch zurück, das er am 9. September 1987 mit Vertretern der Universität über den Verbleib einzelner Ausstellungsstücke, darunter auch die Black Form, geführt hat.⁹¹

⁸⁹ Katharina Steinberg: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und seine Wirkung auf die Besucher, Berlin 2012, <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/steinberg-katharina-2012-08-14/PDF/steinberg.pdf>, S. 76, 21.3.2016. Steinberg zitiert „Denkmalboom“ aus: Endlich, Stefanie 1994: Vergangenheit vergegenwärtigt. Einige Anmerkungen zur Denkmalsdiskussion. In: Kunstamt Schöneberg, Schöneberg Museum in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hrsg.): Orte des Erinnerns, Band 1: Das Denkmal im Bayerischen Viertel. Berlin, S. 14-27, hier: S.17 und bezieht sich bei der Prozentzahl auf Hausmann, Brigitte 1997: Duell mit der Verdrängung? Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland 1980 bis 1990. Münster, S.9.

⁹⁰ Brief von Bußmann an LeWitt vom 22.9.1987 in: Goebel, S.333, Übersetzung: Wenn ich den Titel deines schwarzen Kubus vor dem Schloss gekannt hätte, hätte ich für den Katalog eine persönliche Stellungnahme im richtigen Sinne abgegeben – der Titel gibt diesem Werk eine Dimension, die die formalistische Konzeption überschreitet. Ich werde versuchen, um die öffentliche Meinung kämpfen, damit es stehenbleibt, - aber du weißt, dass die Vereinbarung mit den Verantwortlichen der Universität sich nur auf vier Monate bezieht.

⁹¹ Universitätsarchiv Münster, unverzeichneter Zugang Rektoratsprotokolle, hier Vorlage des Dezernat 4 vom 11.12.1987 für die nächste Rektoratssitzung. Dort wird auf dieses Gespräch Bezug genommen, fälschlicherweise unter Angabe des Datums 9.9.1986.

Offensichtlich hatte auch der damalige Stadtdirektor Hermann Janssen, zuständig für Kultur, ein Interesse daran, „einige herausragende Arbeiten für Münster zu sichern“. In einem Schreiben an den Universitätsrektor vom 17. November 1987 nennt er unter den „Arbeiten, die [nach Gesprächen, die er mit dem Landesmuseum geführt hat, d.Verf.] dafür in Frage kommen“, auch Sol Lewitts Skulpturen: „Beide Arbeiten, sowohl die „Pyramide“ als auch „Black Form“, schreibt er, „sind von großem Interesse. Die Pyramide erfreut sich außerordentlicher Popularität. Die andere Arbeit ist durch ihren engen Bezug auf Schlauns Residenzplanung gekennzeichnet und hat durch ihre inhaltliche Bestimmung (Symbol des Todes und des Lebens) und durch den Titel, den der Künstler dem schwarzen Gedenkstein gab, eine fast symbolische Bedeutung, gerade im Ausland [!] gewonnen.“ Abschließend heißt es: „Der Leiter des Landesmuseums ist gerne bereit, mit mir zusammen im einzelnen unsere Überlegungen Ihnen und Ihrem Rektorat vorzutragen.“⁹²

Bereits in seiner Sitzung vom 30. Oktober 1986, fast ein halbes Jahr vor Beginn der Skulpturenausstellung, hatte sich das Rektorat darauf verständigt, „daß die Universität bereit ist, sich der zeitgenössischen Kunst zu öffnen, dies aber jeweils zeitlich begrenzt, um somit möglichst vielen Künstlern 'Publikationsmöglichkeiten' zu geben. Ein Ankauf komme daher nicht in Betracht.“ Diese Linie wurde in seiner Sitzung vom 12. November 1987 bekräftigt. Das Schreiben des Stadtdirektors führte zu der Notwendigkeit, auf dieser Grundlage erneut im Rektorat zu beraten. Die Vorlage für diese Beratung führt zur Black Form aus: „Der Schloßvorplatz untersteht der Liegenschaftsverwaltung des Regierungspräsidenten [und damit die Entscheidung über einen möglichen Verbleib des Kunstwerks, d. Verf.] [...]“. Die Vorlage bezieht sich im Weiteren auf eine Auskunft des für die Liegenschaften zuständigen Dezernats beim Regierungspräsidenten. Danach „soll Prof. Bußmann nunmehr schriftlich aufgefordert werden, die Arbeit des Künstlers Sol LeWitt vom Schloßvorplatz umgehend zu entfernen, da es [!] vor der Kulisse des Schlaunschen Schlosses störend wirke und deshalb von einem großen Teil der Bevölkerung abgelehnt werde.“⁹³ Die schriftliche Aufforderung durch den Regierungspräsidenten hat es offensichtlich gegeben.⁹⁴ Aus dem weiteren Verhalten der Universitätsleitung ist zu schließen, dass sie bei ihrer Position vom 30. Oktober 1986 geblieben ist. Inwiefern das Rektorat das Angebot von Stadtdirektor Janssen angenommen hat und Gespräche zwischen Universität, Stadt und Landesmuseum über die Kunstwerke stattgefunden haben, muss offen bleiben.

Am 2. Februar 1988 erschien in den Westfälischen Nachrichten ein Leserbrief von 36 Universitätsangestellten, namentlich von F.-J. Wennemer gezeichnet: „Der schwarze Fleck vorm

⁹² Ebd., Anlage 1 zur Vorlage des Dezernat 4

⁹³ Ebd.. Es spricht einiges dafür, dass die Einschätzung der Ablehnung der Black Form in der münsteraner Bevölkerung der Wirklichkeit sehr nahe kommt. Im September 1987 führte die WN eine Befragung unter ihren Lesern durch. Über 700 Leser aus Westfalen und darüber hinaus haben sich daran beteiligt. Zwei Fragen lauteten: Welches Objekt gefällt am besten und sollte bleiben? Und: Welches Objekt sollte auf keinen Fall in Münster bleiben? Bei der ersten Frage „musste sich (die Black Form) (...) mit mageren fünf Fans begnügen“, bei der Anti-Hit-Liste gehörte sie zu den fünf unbeliebtesten Objekten, Artikel aus WN in: Skulptur Echo. Lokal – National – International, hrsg. v. Stadt Münster in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und dem Landschaftsverband Westfalen – Lippe, o.J., S.23

⁹⁴ s. -jj-: Abbruch vor dem Schloß. Sol LeWitts „Black Form“ gestern entfernt/Freude und Bedauern, WN vom 25.2.1988: „Der RP erinnerte die Organisatoren der 'Skulptur '87' in einem Schreiben an den vor der Ausstellung geschlossenen Nutzungsvertrag, nach dem die Skulptur mit Ablauf der Ausstellungsdauer wieder beseitigt werden sollte.“

Schloss muß weg! [...] wir – Bedienstete der Universität Münster, die im Schloß ihren Arbeitsplatz haben – [warten] auf das Wegräumen des 'Kunstwerks', das leider vor dem Schloß stehengeblieben ist. Wenn auch nach Auffassung des münsterischen Kunstpapstes Prof. Dr. Klaus Bußmann 'Kunst ist, was ein Künstler schafft', so gehörte doch ein besonderes Verständnis dazu, das Ensemble vor dem schönen Schlaunschen Schloß [...] als kunstvolle Skulpturen zu erkennen. [...] Bis jetzt haben wir diesen 'Kunst' – Spaß ertragen. Nun aber reicht es uns.⁹⁵

Am 24. Februar 1988 wurde die Black Form entsprechend dem Nutzungsvertrag⁹⁶ abgerissen und darüber gab es „Bedauern vor dem Schloß und befriedigte Gesichter hinter den Fenstern des Universitätsgebäudes [...]“. Das Wort Bedauern bezog sich auf die Reaktion des Direktors des Landesmuseums Prof. Dr. Klaus Bußmann:

„Schade [...]. Die Arbeit war ein sehr wichtiger Beitrag zur Ausstellung', meinte Bußmann, der den Abbau der schwarz bemalten Gasbausteine daher auch zum Anlaß für eine Diskussion nehmen will, ob die Skulptur langfristig nicht doch ihren Platz vor dem Schloß bekommen könnte.“ Der Pressesprecher der WWU Münster stellte dagegen fest: „Die Universität [...] ist sehr erfreut über den Abbruch der Arbeit'. Uni-Mitarbeiter hatten sich während der 'Skulptur '87' über den 'Klotz' vor ihrem Schloß, den sie für wenig ästhetisch hielten, beschwert.“⁹⁷

Der Pressesprecher des Regierungspräsidenten, des Hausherrn des Geländes vor dem Schloss, teilte der MZ unmissverständlich mit: „Es gibt eine Vorstellung des Regierungspräsidenten, welche Exponate auf Dauer in Münster bleiben sollen [...]. Der Kubus vor dem Schloß zählt nicht zu ihnen.“⁹⁸

Die Ausgangssituation ist danach eindeutig: Der Direktor des Landesmuseums verfolgt das Ziel, mit Hilfe einer „Diskussion“ in der Stadtgesellschaft Sol LeWitts Werk am ehemaligen Standort vor dem Schloss auf Dauer zu installieren. Seiner Absicht stehen die Universitätsleitung und -bediensteten und der Regierungspräsident Erwin Schleberger und damit gewichtige Gegner im Wege. Vermeintlich scheint es nur einen Grund für diese Opposition zu geben: ein unterschiedliches Kunstverständnis. Es wird in dem Leserbrief der Universitätsangehörigen sehr deutlich angesprochen und in den Stellungnahmen der Pressesprecher von WWU und Regierungspräsidenten angedeutet. Sol LeWitts Widmung des schwarzen Kubus „Dedicated to the missing Jews“ und damit erinnerungskulturelle Aspekte spielen in dem Leserbrief und den Stellungnahmen in den Artikeln von MZ und WN keine Rolle.⁹⁹

⁹⁵ WN vom 2.2.1988

⁹⁶ Der Vertrag zwischen dem Regierungspräsidenten als Hausherrn des Geländes vor dem Schloss und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Träger des Landesmuseums in Münster, sah vor, dass die Skulptur nach Ablauf der Ausstellungsdauer wieder entfernt werden sollte. Siehe: Artikel von JUF, Skulptur vor dem Schloß vertragsgemäß entfernt. „Black Form“ fiel dem Bagger zum Opfer, MZ vom 25.2.1988

⁹⁷ Zitate aus dem Artikel von -jj-: Abbruch vor dem Schloß. Sol LeWitts „Black Form“ gestern entfernt/Freude und Bedauern, WN vom 25.2.1988

⁹⁸ Zitat aus MZ vom 25.2.1988

⁹⁹ Eine mögliche politische Grundierung und unterschiedliche erinnerungskulturelle Überlegungen könnte man lediglich darin vermuten, dass Prof. Dr. Bußmann der SPD angehörte – er war von 1969 bis 1975 Mitglied der Münsteraner SPD-Ratsfraktion (http://www.abgeordneten.info/nrw/MdStR_Muenster_1946ff.pdf, 24.3.2016) - und der

Die Auseinandersetzung um die dauerhafte Wiederrichtung der Black Form dauert knapp anderthalb Jahre. Auf Initiative des Museumsdirektors im März 1988 entsteht ein Bündnis der drei Vorsitzenden von CDU, SPD und FDP, das sich zum Ziel gesetzt hat, Sol LeWitts Kunstwerk als Denkmal vor dem Schloss zu platzieren. Im Oktober treten die drei Vorsitzenden an die Öffentlichkeit und kündigen eine öffentliche Veranstaltung im Schloss zu ihrem Projekt mit hochkarätiger Besetzung an. Im Umfeld der Veranstaltung, vorher und danach, reagieren Privatpersonen, Organisationen und Institutionen, befürwortend und ablehnend, auf das Vorhaben. Bei der Stadtverwaltung gehen als Folge im Verhältnis von 2:1 Bürgereinträge für die Installierung der Black Form und gegen sie ein. Der Rat der Stadt ist aber nicht zuständig; das Gelände vor dem Schloss steht unter der Verwaltung des Regierungspräsidenten. Danach spielt das Thema in Münsters Öffentlichkeit monatelang keine Rolle mehr, bis im Juni 1989 die drei Vorsitzenden eine Postkartenaktion starten, um über weitere Bürgeranträge indirekten Druck auf den Regierungspräsidenten aufzubauen. Diese zweite öffentliche Aktion der drei Vorsitzenden ruft vor allem Reaktionen in Form von Leserbriefen hervor und schließlich im August das staatliche Machtwort des Regierungspräsidenten. Er teilt öffentlich mit, dass er einer Wiedererrichtung der Black Form keine Genehmigung erteilen werde.

Mich interessiert, wie Befürworter und Gegner des Projekts argumentiert haben, um Einsichten gewinnen zu können, welche Haltung 1988/89 vor allem Münsteraner Eliten gegenüber der damals aktuellen Frage eingenommen haben, wie des Genozids an den Juden und der deutschen Verantwortung dafür zu gedenken sei.

Mein Interesse ist in besonderer Weise persönlich motiviert. Ich gehörte als damaliger Vorsitzender des SPD-Unterbezirks in Münster zu dem Kreis, der den Ankauf der Black Form durchsetzen wollte. Ich werde mich bei der Analyse der damaligen Auseinandersetzung an keiner Stelle auf meine Erinnerung an die damaligen Geschehnisse beziehen, sondern ausschließlich schriftliches Material verwenden. Die Erinnerung ist bekanntlich ein schlechter Aufbewahrungsort, nicht nur, wenn die Ereignisse, auf die sie sich beziehen könnten, fast 30 Jahre zurückliegen. Ein Beispiel dafür ist die Aussage von Klaus Bußmann von 2006 über die Skulpturenausstellung 1987: „Es gehört übrigens zu den erfreulichen Erfolgen dieser Ausstellung, dass eine breite Bürgerbewegung nach ihrem Ende sich für den Erhalt des Denkmals einsetzte, jedoch wehrte sich die Universitätsleitung gegen die Schenkung der Skulpturen und ließ sie abreißen.“¹⁰⁰ Die Initiative begann erst nach dem vertragsgemäßen Abriss im Februar 1988 ihre Arbeit und von einer Schenkung war damals nicht die Rede. Ich gehe davon aus, dass meine besondere persönliche Motivation mich nicht daran hindert, sachlich und distanziert die Argumentation von Befürwortern und Gegnern des Projekts zu untersuchen. Ich werde in meinen weiteren Ausführungen, wenn von meiner Person in der damaligen Funktion die Rede ist, nicht die erste Person Singular, sondern die Er – Form verwenden. Meine Analyse beruht auf Material aus der damaligen Zeit, das ich über die Jahre aufbewahrt habe, Materialien, die Stefan Göbel 1993 gesammelt und ausgewertet hat,¹⁰¹ und

Regierungspräsident der CDU (https://de.wikipedia.org/wiki/Erwin_Schleberger, 24.3.2016).

¹⁰⁰ Der Textbeitrag von Bußmann hat die Überschrift „Skulpturprojekte 1977 – 1997. Erinnerungen“, in: Barbara Rommé (Hg.): Skulptur Projekte Münster 1997, 1. Auflage Berlin 2006, S.13 – 23, Zitat: S.19.

¹⁰¹ Stefan Goebel, Stein des Anstoßes: Black Form (Dedicated to the Missing Jews), in: H.Avenwedde/H.-U.Eggert (Hgg.), Denkmäler in Münster. Auf Entdeckungsreise in die Vergangenheit, Eigenverlag Schriftproben Wilhelm-Hittorf-Gymnasium Münster, Münster 1996, S.315 – 388. Goebels Arbeit ist als

weiteren Materialien aus dem Zeitungs-, dem Stadtarchiv und schließlich dem Universitätsarchiv.¹⁰²

Wie Befürworter und Gegner in der Auseinandersetzung um die dauerhafte Installation von Sol LeWitts „Black Form“ argumentierten

Am 17. Juli 1987, während der Skulpturenausstellung, schrieb die jüdische Künstlerin und Schriftstellerin Mona Yahia¹⁰³ aus Kassel an Sol LeWitt:

„I was in Münster two weeks ago, and saw the sculpture group-exhibition. The 'Black Form' made a deep impression on me, both from the ideational and the plastic point of view. When approaching it from a distance, in the foreground of the castle, I immediately had the association of a 'black stain', which is a metaphor in Hebrew. As I happen to be a Jew, and as my theme happens to be 'how do the Germans today relate to the Holocaust', I have of course acquired a certain attentiveness to an almost daily phenomenon, which seems to recur with an incredible predictability. [...] In the place itself [...] [an] almost expected surprise still awaited: the plate on which the name of the artist and the title of the work are inscribed, was pulled out; only the metal plate supporting it was left. It may be superfluous to add that it was the only plate in the whole exhibition which submitted to this fate!! On the supporting metal plate, I wrote, with a black pen:

*Sol Lewitt
Black Form (dedicated
to the missing Jews)
plate missing!!¹⁰⁴*

Beitrag zum Geschichtswettbewerb um den Preis der Bundespräsidenten 1992/93 entstanden, das Thema des Wettbewerbs lautete damals „Denkmal: Erinnerung – Mahnung – Ärgernis ...“. Die materialreiche Arbeit ist damals mit einem dritten Preis prämiert worden. Goebel, damals Schüler der Jahrgangsstufe 13, hat u.a. im Stadtarchiv recherchiert, Material aus dem Besitz damals Beteiligter gesammelt und Gespräche mit ihnen geführt. Seine Auswertung dieser Materialien bietet einen ersten kritisch-informativen Einblick in die damaligen Vorgänge um die Black Form von Sol LeWitt. Seine Ausführungen gibt es in zwei Versionen: im Sammelband von Avenwedde und Eggert und in der Ursprungsversion im Stadtarchiv, Signatur: 4 SAB 115. Die zweite Version enthält einige Materialien mehr als der Aufsatz im Sammelband.

¹⁰² Die Universität hat mir auf Antrag ermöglicht, die Protokollentwürfe und Anlagen zu den Rektoratssitzungen 1987 - 1989 zu sichten. Das Landesarchiv besitzt offensichtlich und leider keine Materialien aus dem Regierungspräsidium Münster zum Sachverhalt (E-Mail-Austausch mit dem Landesarchiv, im Besitz des Verf.). Das Archiv des Landesmuseums konnte nicht hilfreich sein.

¹⁰³ Zur Biographie: <http://stiftung-zurueckgeben.de/monayahia.html>.

¹⁰⁴ Kopie des Briefes im Privatbesitz d. Verfassers. Übersetzung: Vor zwei Wochen war ich in Münster und habe mir die Skulpturenausstellung angesehen. Die „Black Form“ machte einen tiefen Eindruck auf mich, sowohl was die Idee anging als auch in der plastischen Realisierung. Als ich mich aus der Entfernung Richtung Schlossvorplatz näherte, hatte ich sofort die Assoziation eines 'schwarzen Flecks', der im Hebräischen eine Metapher (ein Sinnbild) ist. Da ich zufällig Jüdin bin und mein Thema ist, wie sich die Deutschen heute gegenüber dem Holocaust verhalten, habe ich natürlich eine gewisse Aufmerksamkeit einem fast alltäglichen Phänomen gewidmet, das mit einer unglaublichen Vorhersagbarkeit immer wieder auftaucht. Am Ort (der Plastik) wartete eine fast erwartete Überraschung: Die Platte, auf der der Name des Künstlers und des Werkes eingraviert, war entfernt worden. Nur die Metallplatte, auf der sie montiert gewesen war, war noch da. Es ist vielleicht überflüssig hinzuzufügen, dass dies die einzige Platte in der

Die Jüdin Mona Yahia erkennt bereits in der Annäherung an Sol LeWitts Werk aus räumlicher Ferne einen Bezug zur Geschichte ihres Volkes, die hebräische Metapher vom 'schwarzen Fleck', offensichtlich für sie ein Sinnbild für Leid und Leiden. Die für sie kaum überraschende Tatsache, dass bei diesem Werk als einzigem in der gesamten Ausstellung die Informationstafel herausgebrochen war, sieht sie als Bestätigung für ihre tiefe Skepsis gegenüber der damaligen Haltung der Deutschen zum Holocaust. Sie sieht in ihrer Aktion, die Information vor allem mit dem Zusatz „Dedicated to the Missing Jews“ auf die verbliebene Metallplatte zu schreiben, offensichtlich eine politische Tat.

Am 22. August 1987 antwortete ihr Sol LeWitt:

„I should say more about what I meant by my 'Dedication to the missing Jews' [!] not only the ones lost in the Holocaust who indeed are gone – but mainly the Fact that Münster (Germany, Europe) is missing their children and the next generation now. There would be Jewish artists, students, shopkeepers, teachers, farmers, museum directors, factory workers etc., etc., etc. in the life of the community – and there are not. This is a sad omission and I thought should be noted. What is not here – missing - is not thought of, but people should be reminded now and then.“

Sol LeWitt weist auch darauf hin, dass die Vernachlässigung der Widmung im offiziellen Skulpturenführer, die Mona Yahia in ihrem Brief bemängelt hatte, darauf beruhe, dass der Ausstellungskatalog bereits fertiggestellt war, als er sich zu der Widmung entschlossen hat.¹⁰⁵

Sol LeWitt präzisiert in seinem Brief, welche Bedeutung er in seiner Widmung der Skulptur sieht. Sie gilt nicht nur und nicht hauptsächlich denen, die im Holocaust umgebracht worden sind, sondern vor allem jenen, die nicht geboren werden konnten, weil ihre möglichen Eltern nicht die Möglichkeit bekamen, sie zu zeugen und großzuziehen, und sie, die möglichen Kinder der möglichen Eltern, nie ihren Beitrag zum Leben in der Stadt Münster oder Deutschland oder Europa leisten konnten. Wer nicht lebe, über den werde nicht nachgedacht und deshalb, so die Schlussfolgerung, solle das Werk dazu beitragen, derer zu gedenken, die wegen des Holocausts als nachfolgende Generationen fehlen. Er erweitert damit den üblichen Opferbegriff: Die in den Vernichtungslagern Umgebrachten bedeuten Ungeborene.¹⁰⁶

gesamten Ausstellung war, die fehlte. Auf die Metallplatte habe ich mit schwarzem Stift geschrieben: Sol LeWitt, Black Form (Dedicated to the missing Jews), Informationstafel fehlt!!

¹⁰⁵ Kopie des Briefes im Privatbesitz d. Verfassers. Übersetzung: Ich sollte mehr dazu sagen, was ich mit meinem „Dedication to the missing Jews“ meinte, nicht nur diejenigen, die durch den Holocaust verlorengegangen und tatsächlich verschwunden sind, sondern hauptsächlich die Tatsache, dass Münster (Deutschland, Europa) jetzt deren Kinder und die nächste Generation fehlen. Es würde jüdische Künstler, Studenten, Ladenbesitzer, Lehrer, Bauern, Museumdirektoren, Fabrikarbeiter etc., etc, etc. im Leben der Gemeinschaft geben – und es gibt sie nicht. Das ist ein trauriger Ausfall und ich meinte, auf ihn sollte aufmerksam gemacht werden. Was nicht hier ist, fehlt, dessen wird nicht gedacht, aber die Menschen ab und zu daran erinnert werden. - „The guide was done at the time I made the dedication“

¹⁰⁶ Wer die letzten Szenen aus Spielbergs Film „Schindlers Liste“ gesehen hat, weiß, was anschaulich - physisch mit dieser Erweiterung des Opfer - Begriffs gemeint ist, denn dort bedeuten die Geretteten Söhne und Töchter, Enkelinnen und Enkel usw..

In der Privatkorrespondenz zwischen Yahia und LeWitt wird eines deutlich: dass unter der Fragestellung 'how do the Germans today relate to the Holocaust' Sol LeWitts Werk das Potential besaß, zum Gegenstand heftiger erinnerungskultureller Diskussionen in Münster zu werden. Sie werden in der Öffentlichkeit zunächst nicht geführt, es sei denn in der Form, die Mona Yahia als Verweigerung des Gedenkens oder vielleicht auch als antisemitische Geste verurteilt: Die Informationstafel mit der Widmung wurde gewaltsam entfernt. Nach dem Abriss der Black Form im Februar 1988 beginnt die Frage nach dem Umgang mit dem Gedenken an die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Diktatur eine zentrale Rolle zu spielen.

Klaus Bußmann, der Museumsdirektor, begann bald nach dem Abriss, seine öffentliche Ankündigung einer „Diskussion“ in der Stadtgesellschaft über eine erneute Platzierung der Black Form vor dem Schloss umzusetzen. Er war der Initiator, ohne später in der Öffentlichkeit in dieser Funktion hervorzutreten.

Am 23. März 1988 teilte der CDU-Vorsitzende Hans-Otto Höyng Klaus Bußmann in einem Brief mit, er werde sich dafür einsetzen, dass das Denkmal, „der Stein des Anstoßes“ zur 50. Wiederkehr der „sog. Kristallnacht“ am 8. November 1988 vor dem Schloss platziert sei. Der Satz teilt einen Optimismus mit, der sich an der Realität brechen sollte. Höyng begründete sein Engagement damit, dass „die zurückhaltend einfache und klare Ausdrucksform der Minimal – Art [...] in Kontrast zur barocken Fassade und Umgebung die einzig denkbare Antwort auf die Frage (sei): 'Wie kann das Unfaßbare materialisiert werden?'. Weil „bisher kein Denkmal für die durch die millionenfache Ermordung fehlenden nachgeborenen Generationen existiert“, sieht er in „dem Vorhaben eine über Münster hinausreichende Bedeutung“ und darin eine zusätzliche Motivation, „Ihre [Bußmanns] Idee von der erneuten Realisierung [der Black Form, d.Verf.] zu unterstützen.“ Höyng reagierte dabei auf einen Brief von Bußmann an ihn, der als Beginn der Initiative anzusehen ist.¹⁰⁷ Von da an war es der CDU-Vorsitzende, der, wie es sich Bußmann erhofft hatte, die Entwicklung vorantrieb.¹⁰⁸ Er sorgte dafür, dass die Vorsitzenden von SPD und FDP bereit waren, mit ihm zusammen in der Öffentlichkeit für den Wiederaufbau der Black Form einzutreten.

Bemerkenswert ist, dass es nicht die Parteien waren, sondern ausschließlich deren Vorsitzende, die in Erscheinung traten. Diese Personalisierung hatte den Effekt, dass die drei in der Öffentlichkeit mit ihrem Namen für das Projekt eintraten. Sie hatte aber auch den Grund, dass die Initiative in der CDU anders als in der SPD umstritten war. Höyng berichtete später, er habe aus seiner Partei „Drohungen und Beschimpfungen unter der Gürtellinie“ erhalten. Anonyme Anrufer hätten ihm „mit wirtschaftlichen Konsequenzen“ gedroht - Höyng war als selbstständiger Architekt tätig – oder „forderten seinen Rücktritt als Vorsitzender“.¹⁰⁹ Was die drei, Höyng (CDU), Franke (SPD) und Möllemann-Appelhoff (FDP) einte, geht am ehesten aus der Einladung hervor, mit der sie im Oktober 1988 für eine Veranstaltung zum Thema warben: „Während der Laufzeit der Ausstellung „Skulptur-Projekte 1987 in Münster“ ging es bei der Diskussion über den schwarzen Kubus vor dem Schloß al-

¹⁰⁷ Höyngs Brief in : Göbel: Stein, S.340f.

¹⁰⁸ Dafür spricht eindeutig, dass Schreiben z.B. des Universitätsrektors Erichsen oder des Regierungspräsidenten an ihn und nur in Abschrift an andere Beteiligte, z.B. den SPD-Vorsitzenden, gerichtet sind.

¹⁰⁹ Göbel: Stein, S.335.

lenfalls um Probleme von „minimal art“ und Konzept-Kunst. Praktisch unbeachtet blieb der Titel der Arbeit des Amerikaners Sol LeWitt - „Black Form (Dedicated to the Missing Jews)“ - zumal die Tafel mit der Widmung schon nach zwei Wochen verschwunden war. Nicht nur an die Juden, die dem Massenmord in der NS – Zeit zum Opfer fielen, wollte der Künstler erinnern, sondern „vor allem“, wie er in einem Brief an eine jüdische Ausstellungsbesucherin darlegte, „an die Tatsache, daß in Münster (in Deutschland, in Europa) jetzt deren Kinder und die nächste Generation fehlen.“ Da wären, so Sol LeWitt, heute jüdische Künstler, Studenten, Kaufleute, Lehrer, Museumsdirektoren, Fabrikarbeiter – und so wäre hinzusetzen, allein rund 1.000 deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens unter all denen, die im Studium, in Forschung und Lehre, in der Verwaltung tätig sind und mehr oder weniger häufig über den Vorplatz zum Schloß kommen. Dieser Aspekt der Arbeit von Sol LeWitt hat die CDU, die SPD und die FDP in Münster zu einer gemeinsamen Initiative bewogen: Die Skulptur soll am gleichen Standort wieder errichtet werden – nicht als 1:1 – Modell wie 1987, sondern endgültig und aus dauerhaftem Material.“¹¹⁰

Die drei Vorsitzenden übernehmen Sol LeWitts erinnerungskulturelle Argumentation und machen sie zur Grundlage für ihr Engagement. Sie verschieben bewusst die Diskussion von „minimal art“ auf die politische Ebene der Erinnerung an die menschlichen Verluste durch das Verbrechen der Judenvernichtung, an singuläre Untaten, die zur deutschen Geschichte gehören. Vor allem versuchen sie auch, einen inhaltlichen Bezug zum Standort vor der Universität herzustellen. Die erneute Installation der Black Form sollte nach dem Willen der Parteivorsitzenden von einer kunst- zu einer erinnerungspolitischen Frage werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Vorsitzenden der drei Parteien wurde in der Öffentlichkeit als Novum wahrgenommen. CDU und FDP bestimmten in ihrer Zusammenarbeit im Rat die Kommunalpolitik, die SPD war die stärkste Oppositionspartei, die für eine Ablösung der sogenannten bürgerlichen Mehrheit kämpfte. Insofern handelte es sich um eine ungewöhnliche politische Konstellation, die sich mit dem gemeinsamen Eintreten für die Black Form ergab. Ungewöhnlich war auch die Reaktion der veröffentlichten Meinung in Münster auf die Initiative, zumindest in den als konservativ geltenden Westfälischen Nachrichten. In WN und MZ erschienen am 29. Oktober 1988 Kommentare zum Vorhaben der drei Vorsitzenden: Erhard Obermeyer, damals leitender Redakteur des Lokalteils der WN, begann seinen Kommentar mit dem Satz: „Mut haben sie, die Vorsitzenden der drei Altparteien, Mut zur Unbequemlichkeit, zum Anstoß, ja zur Provokation“ und er beendete ihn damit: „Die drei Parteivorsitzenden gehen jedenfalls selbst einen unbequemen Weg. Respekt vor diesem Mut, Anerkennung für die Idee.“ Er erläuterte die Probleme für das Projekt, die er sah, präzise im Zwischentext:

„Frage: Werden sie [gemeint sind die „Nicht-Kunstexperten“, d. Verf.] nur die Provokation der Häßlichkeit, des Hindernisses empfinden, oder wird diese Provokation Anstoß geben, über die Judenvernichtung und die Chancenlosen nachzudenken? Zweifel drängen sich auf, ob die Idee der drei Politiker mit diesem schwarzen Sarkophag transportiert werden kann, ob überhaupt mit Kunst von dieser Minimalgestaltung. Hier setzt denn auch möglicherweise die Kritik der Ästhetiker, Denkmalschützer, Kunstliebhaber ein, die das Schloß verschandelt sehen durch ein Objekt, dessen tiefere Be-

¹¹⁰ Kopie der Einladung im Besitz des Verf.

deutung dem Betrachter nur schwer zugänglich ist. Ihre Argumente sollte man nicht vordergründig abtun als uneinsichtig, besserwisserisch oder antijüdisch, sie haben großes Gewicht in dieser Diskussion. Eines ist jedenfalls sicher: Provokation gibt es nur dort, wo jemand im Nerv getroffen wird. Und das wird mit der 'Black Form' erreicht, gleich, ob man die ästhetische oder moralisch-politische Komponente berücksichtigt. Bleibt die Frage, ob dieser Mut zur Anstößigkeit vom Platzherrn, dem Regierungspräsidenten, und dem Kunstherrn, dem Landeskonservator (die beide letzten Endes entscheiden müssen), mitgetragen wird.“¹¹¹

Obermeyer erkennt die gewollte Personalisierung des Vorhabens, die persönliche Verantwortung der drei Vorsitzenden, und er bringt dem Vorhaben skeptische Sympathie entgegen. Er kennt und erfasst sehr genau die möglichen Vorbehalte der Klientel in Münster, für die die Tageszeitung erscheint, in der er kommentiert, und fordert auf, sie in der weiteren Diskussion ernst zu nehmen. Es ist ein sehr abwägender Kommentar, in dem er den drei Vorsitzenden „Respekt“ und „Anerkennung“ entgegenbringt und zugleich juristisch korrekt darlegt, von wem der Erfolg der mutigen Initiative politisch abhängig ist. Es scheint durch, dass er es nicht falsch fände, wenn die Initiative Erfolg hätte.

Marion Scholz, Redakteurin der MZ, betont in ihrem Kommentar vor allem die „löbliche Ausnahme“ der Zusammenarbeit der drei Parteien, die sie als „kaum zu fassen“ qualifiziert, weil in der bisherigen politischen Praxis von CDU, SPD und FDP nicht einmal der kleinste gemeinsame Nenner zu finden sei. Sie geht, wie Obermeyer, davon aus, dass der Weg zur Aufstellung der Black Form nicht leicht werde.

„Bequem wird es für die drei – CDU, SPD und FDP – nicht. Das erwarten sie auch gar nicht, weil ein Mahnmal nun einmal nicht bequem sein kann. Die 'Black Form' wird auch weiterhin ein 'Stein des Anstoßes' sein. Viele werden sich darüber ärgern, aber für viele andere ist es auch ein Anstoß zum Nachdenken. Achtlos vorbeigehen wird jedenfalls keiner. Daß sich drei Parteien so einig sind, den schweren Weg zu gehen, das ist für Münster eine löbliche Ausnahme.“¹¹²

Sie spricht anders als Obermeyer unpräzise von den drei Parteien statt den Vorsitzenden und erkennt wie er die Schwierigkeiten, die mit deren Initiative verbunden ist. Mit dem Respekt gegenüber der Entscheidung, den „schweren Weg“ zu gehen, bringt sie zum Ausdruck, dass sie erstens die Zusammenarbeit grundsätzlich und in diesem Projekt insbesondere und damit zweitens offensichtlich auch das Projekt selbst richtig findet.

Die beiden Münsteraner Tageszeitungen haben, folgt man den Aussagen von Kommentator und Kommentatorin, Sympathien für eine Realisierung der dauerhaften Installation der Black Form. Die öffentliche Bekanntgabe des Projekts der drei Vorsitzenden rief deutliche Reaktionen in Form von Leserbriefen hervor. Die meisten davon lehnten das Vorhaben ab. Karl-Josef Schukalla,¹¹³ nach eigener Aussage durch seine „langjährige Tätigkeit im Rahmen

¹¹¹ WN vom 29.10.1988, Erhard Obermeyer: Black Form: Mut zur Provokation. Parteivorsitzende gehen einen unbequemen Weg.

¹¹² MZ vom 29.10.1988, Marion Scholz, Löbliche Ausnahme.

¹¹³ Zu Karl – Josef Schukalla s. <http://kirchensite.de/aktuelles/bistum-aktuell/bistum-aktuell-news/datum/2011/08/10/ein-lobbyist-fuer-menschenrechte/>, 20.5.2016.

der Gesellschaft für bedrohte Völker für noch lebende, der Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzte ethnische und religiöse Minderheiten“ und wegen seiner schon vor Jahren öffentlich erhobenen Forderung nach einem „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des jüdischen Holocaust“, „eines heimlichen Antisemitismus“ „völlig unverdächtig“, lehnt die Black Form resolut ab, nicht aber ein „längst überfälliges [...] Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust“: „Das gemeinsame Anliegen der mahnenden Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit und das Schicksal der Juden verbietet jede Instrumentalisierung und jeglichen kunstpolitischen Extremismus!“¹¹⁴ Der „'schwarze Block'“ zerstöre „die Gesamtperspektive des barocken Ensembles“, er werde „allgemein abgelehnt(en)“ und deshalb „dürfte solch ein Mahnmal in der Öffentlichkeit dem Anliegen kontraproduktiv wirken.“

Helene Menke verknüpft den erinnerungspolitischen Aspekt mit einer damals immer noch polarisierend wirkenden Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch in der Bundesrepublik Deutschland: Sie wirft den Politikern besonders aus SPD und FDP „Schizophrenie“ vor, „weil sie einerseits „die Freigabe der Abtreibung von gezeugten, lebenden Menschenkindern“ und andererseits die Trauer um „nicht gezeugte Kinder der toten Juden“ fordern. Sie hätte, behauptet sie, das „häßlich(e)“ Kunstwerk vor dem Schloss akzeptieren können: „als Stein des Anstoßes für getötete Juden und für Millionen Ungeborene in unserem Land, die in Zukunft keine Chance haben zu studieren.“¹¹⁵

Der Münsteraner Bildhauer und Architekt Hubert Teschlade¹¹⁶ befürwortet „sehr wohl“ „(d)ie Erinnerung an die im Dritten Reich umgebrachten Juden, deren Nachkommen unter uns wohnen und unter Umständen an unseren Universitäten studieren würden“, wendet sich aber gegen das konkrete Kunstwerk von Sol LeWitt: „Doch, ob ein schwarzer Steinbock [!], mag man noch soviel hineininterpretieren, das deutlich macht, was sich Befürworter davon versprechen, bleibt mir eine Frage. Ich habe Zweifel, ob wir unseren jüdischen Mitbürgern damit einen Gefallen tun.“¹¹⁷ Mit seinem letzten Satz meint Teschlade offensichtlich ähnlich wie Schukalla, dass die ästhetische Provokation die Absicht der Initiative überwältige und nicht leisten könne, was sie sollte. Dieses Argument scheint für die Gegner der Black Form unter den Leserbriefschreibern von besonderer Bedeutung gewesen zu sein. Nach der Veranstaltung fragt Ingrid Löhr in einem Leserbrief: „Werden nicht antisemitische Aktionen durch die 'Provokation Kunstwerk' herbeigerufen und wird nicht so gerade die Auseinandersetzung mit den Verbrechen unserer Vergangenheit verhindert?“¹¹⁸ Diese Argumentationslinie geht offensichtlich davon aus, dass ein antisemitisches Potenzial in der Stadtgesellschaft existiert, das der Stein des Anstoßes, Sol LeWitts Kunstwerk, mobilisiere oder mobilisieren könne. Insofern könnte die richtige und gute Absicht von der Realität konterkariert werden.

Uneingeschränkt unterstützt Beate Gerke-Rulle das Projekt, indem sie davon ausgeht, dass extreme Geschichte, das singuläre Verbrechen an den Juden, eine extreme Skulptur erfor-

¹¹⁴ Karl – Josef Schukalla, Denkmalpolitischer Analphabetismus, in: MZ vom 29.10.1988.

¹¹⁵ Helene Menke, Große Schizophrenie, in: WN vom 31.10.1988

¹¹⁶ Zu Teschlade s. http://wiki.muenster.org/index.php/Hubert_Teschlade#Vollbesch.C3.A4ftung_und_Z.C3.A4sur, 20.5.2016.

¹¹⁷ Hubert Teschlade, Einseitige Besetzung, in: MZ vom 5.11.1988. Die Überschrift des Leserbriefs bezieht sich auf Teschlades Meinung, das Podium für den 8.11.1988 sei „zu einseitig (pro) besetzt“.

¹¹⁸ In: MZ vom 11.11.1988.

dere: „Ich befürworte die ungeformte 'schwarze Form' deswegen, weil ich dieses Maßlose [Gemeint ist „die Maßlosigkeit des Furchtbaren“, d.Verf.] in ihr wiederfinde, weil sie ahnen läßt, wie viel Geschehenes ich mir nicht ausmalen kann und nicht erfahre. Weil sie eine schwarze Leinwand ist für die Bilder, die mir kommen oder vielleicht nicht kommen wollen. Weil ich es aushalten will, dass sie ausgerechnet aus Gas-Beton besteht, und weil sie niemanden für seine Phantasie straft, sie könne aus menschlicher Asche sein. Ich finde, indem diese Skulptur extrem ist, kommt sie der extremen Geschichte am nächsten.“¹¹⁹ Für Gerke – Rulle korrespondiert das, was Teschlade als bloßen schwarzen Steinblock ansieht, wegen seiner Reduktion ins Extreme mit dem Furchtbaren, das mit dem Genozid an den Juden verübt worden ist.

Die Universität hatte durch Senatsbeschluss vom 11. Juli 1988 eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Senatsausschusses für Kunst und Kultur eingesetzt, der drei Professoren, zwei nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und ein Student angehörten. Sie gab am 3. November 1988, im unmittelbaren Vorfeld der von den drei Vorsitzenden für den 8. November geplanten Veranstaltung in einer öffentlichen Stellungnahme „zu dem Vorschlag, die Skulptur 'Black Form' von Sol LeWitt auf dem Schloßvorplatz aufzustellen, [...] zu bedenken“:

- Die „Vereinzelung“ der Skulptur widerspreche der ursprünglichen gestalterischen Idee einer „Korrespondenz“ zwischen der weißen Pyramide hinter und der Black Form vor dem Schloss.
- Es wäre falsch, den Aufbau der Black Form „vorrangig politisch“ zu begründen, „weil so der Tatsache, daß es sich bei der Arbeit um ein Kunstwerk handelt, nicht Rechnung getragen wird.“
- Die ästhetische Provokation sei unmittelbar zu erfahren, „es bleibt jedoch zu fragen, ob damit zugleich der politische Sinn des Mahnmals aufgenommen wird.“
- *„Seitens der Stadt Münster hat es bislang keine nennenswerte Initiative gegeben, die auf die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus abzielte. Das gilt besonders auch für die Opfer in der jüdischen Mitbevölkerung vor 1945. Andere, weitaus kleinere Städte (auch in Nordrhein-Westfalen) haben, beispielsweise durch die Ausschreibung von Ideenwettbewerben und deren Realisierung, dieser Opfer gedacht, während in Münster bislang nichts dergleichen geschehen ist.“*¹²⁰

Die ersten drei Aspekte bewegen sich auf der Ebene einer Auseinandersetzung mit dem Kunstwerk Sol LeWitts und richten sich deutlich gegen seine Wiederaufstellung. Der vierte Aspekt enthält mit einer indirekten Kritik an den Verantwortlichen der Stadt Münster, dass sie es bisher versäumt hätten, ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten, einen Alternativvorschlag zur Diskussion um die Black Form, die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs. Damit wird die Notwendigkeit eines solchen Mahnmals grundsätzlich anerkennt, gleichzeitig der konkret vorliegende Vorschlag, die Skulptur auf dem Schlossvorplatz erneut aufzubauen, entschieden abgelehnt.

¹¹⁹ Beate Gerke- Rulle: Extreme Geschichte – extreme Skulptur, in: MZ vom 3.11.1988.

¹²⁰ Zitate aus der Stellungnahme der Arbeitsgruppe, abgedruckt in: Goebel, S.362.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt schließlich, „unabhängig davon, ob es zu einem erneuten Aufbau der 'Black Form' kommt“[...], der Plastik **Moses** [Fett im Original. d.Verf.] von Erich Fritz Reuter, Berlin, seit 1964 vor dem Institutsgebäude Am Stadtgraben 9 aufgestellt, einen würdigeren Platz zu geben. Die hebräische Inschrift der hochgehaltenen Gesetzestafel lautet: 'Du sollst nicht töten'.¹²¹ Bei der Plastik Reuters, der in der Nachkriegsbundesrepublik zu den bekanntesten Bildhauern gehörte, handelt es sich um eine gegenständliche Skulptur: Sie zeigt einen hageren, abgekämpften Moses mit der Tafel des fünften Gebots.¹²²

Das Problem der öffentlichen Diskussion um die Black Form war, wie in beiden Kommentaren in WN und MZ zutreffend erfasst wurde und am Exempel der Leserbriefe und der universitären Stellungnahme im Detail belegbar ist, dass sich das Gedenken in einem bestimmten, bereits bekannten Kunstobjekt manifestieren sollte. In ihren Stellungnahmen auf der Veranstaltung vom 8. November 1988 gingen die drei Vorsitzenden darauf ein: Carola Möllemann-Appelhoff interpretierte den schwarzen Stein als „Störung der Harmonie“ dieses Platzes vor dem Schloss und als „einen Stachel, der wehtut.“ Die stellvertretende Vorsitzende der SPD trug für den verhinderten SPD-Vorsitzenden dessen Rede vor: „Wenn diese Vergangenheit [der Mord an den Juden, d. Verf.] nicht zu bewältigen ist, die Verantwortung, die sich aus ihr ergibt, aber dauerhaft ist, dann muß dieses Denkmal ein ständiger Stein des Anstoßes sein. Ein gefälliges Mahnmal ist ein Widerspruch in sich. Dieses Mahnmal muß sperrig sein, muß leben aus der Kontroversität. Es muß stören, ästhetisch und politisch. Sonst erfüllt es seinen Zweck nicht.“ „Hanno Höyng: „Wir wollen ein unbequemes Zeichen setzen an einem Standort, an dem niemand ausweichen kann.“¹²³ Der Universitätsrektor Erichsen begab sich als Zuhörer und Gegner der Installation in der Diskussion auf die formale Ebene. Er fragte nach, ob nicht „die Widmung nachträglich aufgesetzt worden sei.“¹²⁴, als ob die Frage nach dem Zeitpunkt eine inhaltliche Bedeutung haben und den Denkmalcharakter eliminieren könnte. Tatsächlich aber gab er damit eine Argumentationslinie vor: Er behauptete nämlich die Beliebigkeit der Interpretation dieses Kunstwerks von Sol LeWitt und verneinte den immanenten Zusammenhang zwischen der Black Form und dem Gedenken an singuläre deutsche Verbrechen.

Die Partei der Grünen, von den drei Vorsitzenden der „Altparteien“¹²⁵ zur Veranstaltung eingeladen, hatte eine Teilnahme abgelehnt: „GAL/GRÜNE werden [...] den Aufruf von CDU, FDP und SPD zu der Initiativveranstaltung am 8.November nicht unterstützen.“ Winnie Nachtwei begründete für den Vorstand von GAL/Grünen am 26. Oktober 1988 die Ablehnung: Der Vorstand hält es zunächst für „unbedingt notwendig“, „sich über Parteigrenzen hinweg mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen und alle Anstrengungen zu unter-

¹²¹ Ebd.

¹²² Der Empfehlung der Arbeitsgruppe ist die Universität nicht nachgekommen. Noch heute „befindet sich die Skulptur des Berliner Bildhauers und Kunstprofessors in einer Wüste: in einem Hinterhof, an einem Fahrradständer, vor einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut.“ s. G.H. Kock, Skulptur von Erich Fritz Reuter. Der Moses vom Hinterhof vom 17.3.2016, in: <http://www.wn.de/Muenster/Kultur/2303722-Skulptur-von-Erich-Fritz-Reuter-Der-Moses-vom-Hinterhof>, 13.7.2016

¹²³ Zitate aus WN vom 9.11.1988. Artikel von -eo- (= Erhard Obermeyer), Der politische und künstlerische Störfall und schriftliche Fassung der Rede des SPD-Vorsitzenden im Besitz des Verf.

¹²⁴ Zitat aus -eo- (= Erhard Obermeyer), Der politische und künstlerische Störfall. Ähnlich wie Erichsen hatte auch die Arbeitsgruppe der Universität schon von der Gefahr der „Beliebigkeit“ in der Interpretation des Kunstwerks gesprochen.

¹²⁵ Zitat aus -eo- (= Erhard Obermeyer), Der politische und künstlerische Störfall.

nehmen, daß sich Ähnliches n i e mehr wiederhole“ [Hervorhebung im Original, d.Verf.], konzediert also grundsätzlich die Richtigkeit des Ansatzes der Vorsitzenden der „Altparteien“, konzediert zudem sehr nachdrücklich, dass „nichts [...] gegen die Wiederaufstellung dieses Kunstwerkes vor dem Schloß – dem einzigen Ort, wo es sinnvoll 'störend' stehen kann“ - spreche, wengleich sich die Aussage der Black Form „erst nach entsprechender Erläuterung“ erschließe. Der Vorstand hält es aber „politisch für falsch, die Initiativveranstaltung zur Wiederaufstellung der 'Black Form' zu dem herausragenden Beitrag der Parteien zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht [...] zu machen“, der er aus verschiedenen Gründen, z.B. „durch den beabsichtigten Allparteienuufruf“, würde. Der Vorstand von GAL/Grünen sieht darin offensichtlich eine Entpolitisierung der Diskussion um die „NS-Vergangenheit“, denn er geht davon aus, dass „in erster Linie künstlerische und denkmalpflegerische Aspekte“ in der Veranstaltung im Mittelpunkt stehen würden und aus seiner Sicht erinnerungspolitische in den Hintergrund geraten, z.B. die sogenannte zweite Schuld, die Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945¹²⁶, die Installierung des Zwingers¹²⁷ an der Promenade als „aufklärerische Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus und diejenigen, die ihm widerstanden“ oder der Kampf gegen aktuellen „Nazi-Ungeist“. Der Vorstand meint, dass die Veranstaltung „unabhängig von den Motiven“ der Initiatoren diese tatsächlich „anstössige(n)“ Themen beiseite schieben würde.¹²⁸ Die Begründung zeugt

- von der Schwierigkeit der GAL/Grünen, sich dem Angebot der Vorsitzenden der „Altparteien“ zu entziehen, weil sie zur Wiederaufstellung der Black Form nicht Nein sagen können,
- von dem Versuch, sich gegenüber den Vorsitzenden der „Altparteien“ als diejenigen zu profilieren, die tatsächlich einen politischen Kampf gegen die NS-Vergangenheit und deren Wirkungen bis ins Jahr 1988 führen,
- davon, künstlerische oder denkmalpflegerische Aspekte als unpolitisch und ihre Diskussion als erhebliche Beeinträchtigung von notwendigen politischen Aktivitäten zur NS-Vergangenheit anzusehen.

Winnie Nachtwei war bei der Diskussion im Schloss anwesend. Nach Aussage des Artikels in den WN vom 9. November 1988 forderte er, „endlich den Zwinger als eine Gedenkstätte zu realisieren. In einem solchen Kontext könne dann auch der schwarze Stein sinnvoll sein, allein werde er überinterpretiert“¹²⁹. Für die GAL/Grünen stand die Materialisierung des Gedenkens in Gestalt des Zwingers im Mittelpunkt.

Die Veranstaltung am 8. November war von den Initiatoren als Beginn der öffentlichen politischen Debatte um die Installation der Black Form gedacht und bewusst auf den Vorabend der 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht platziert worden, um damit den erinnerungskulturellen Aspekt durch die Terminierung in den Mittelpunkt zu stellen. Das Podium war hochkarätig besetzt: Walter Grasskamp lehrte Kunstgeschichte an der Fachhochschule Aachen und Marianne Brouwer arbeitete als Konservatorin am Rijksmuseum Kröller-Müller

¹²⁶ Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.

¹²⁷ Zum Zwinger und seiner Geschichte s. <http://www.stadt-muenster.de/museum/museum/zwinger.html>, 13.7.2016.

¹²⁸ Zitate aus dem Brief Winnie Nachtweis u.a. an die SPD Münster mit der Erklärung des Vorstandes von GAL/Grünen, im Besitz des Verf.

¹²⁹ Zitat aus -eo- (= Erhard Obermeyer), Der politische und künstlerische Störfall.

in Otterloo. Beide waren als Befürworter des Projekts bekannt. Sol LeWitt selbst machte auf dem Weg zu einer Ausstellungseröffnung am folgenden Tag in London in Münster Station und nahm an der abendlichen Veranstaltung teil. Deren Struktur war zweigeteilt: Grasskamp sollte in den „zeitgeschichtlichen Hintergrund“ und Brouwer in den „kunstkritischen Aspekt der Arbeit“ einführen. Anschließend wurden um „Stellungnahmen aus ihrer jeweiligen Sicht“ gebeten: der Rektor der WWU Erichsen, der münsteraner Oberbürgermeister Twenhöven, der Regierungspräsident Schleberger, der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde Jaeckel und schließlich Museumsdirektor Bußmann.¹³⁰

Der Umsetzung dieser Konzeption stellten sich von Beginn an Probleme in den Weg: In einem Schreiben vom 26. Oktober 1988 an Höyng hatte der Regierungspräsident eine Teilnahme abgelehnt und seine Entscheidung ebenfalls dem Universitätsrektor mitgeteilt, der aber wiederum von Beginn an seine Beteiligung von der Anwesenheit des Regierungspräsidenten abhängig gemacht hatte. Der Rektor gibt noch eine zweite Begründung für seine Absage: Anders als zwischen ihm und Höyng abgesprochen seien weder die Personalräte der WWU noch das Westfälische Amt für Denkmalpflege zur Teilnahme an der Diskussion eingeladen worden.¹³¹

Zudem ist es im Vorfeld der Veranstaltung offensichtlich zumindest zu Missverständnissen zwischen den Initiatoren und der jüdischen Gemeinde in Münster gekommen. Der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde in Münster Heinz Jaeckel stellte gegenüber den Westfälischen Nachrichten am 26.10 fest, er sei „als Repräsentant der Kultusgemeinde [...] nicht gefragt worden: 'Wir wollen bei einer solchen Entscheidung [Wiederaufstellung der Black Form, d. Verf.] mitwirken, und das ist nicht gewährleistet.'“¹³² Zwei Tage später stellte sich die Situation anders dar: „Heinz Jaeckel, Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde, steht diesem Vorhaben mit Interesse gegenüber – er lehnt 'Black Form' keineswegs ab, wie es in den Westfälischen Nachrichten vom 27. Oktober in der Überschrift zu lesen war. Jaeckel wandte sich vielmehr dagegen, daß diese Aktion an der jüdischen Gemeinde und ihren Vertretern vorbei geplant schien – ein Mißverständnis, das Hanno Höyng (CDU) am Donnerstagabend [!] im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kultusgemeinde ausräumen konnte.“¹³³ An der Veranstaltung vom 8. November 1988 hat Jaeckel nicht teilgenommen.

In Reaktionen auf die Veranstaltung forderten in Bürgeranträgen 128 Personen den Rat der Stadt auf, die Aufstellung der Black Form zu unterstützen, 60 Personen forderten ihn auf, sich gegen das Mahnmal auszusprechen und vier schließlich stellten den Antrag, die Black Form an einem anderen Standort zu platzieren.

Die dem linken politischen Spektrum zuzuordnende Friedensinitiative Münster begrüßte in einem offenen Brief vom 11. November 1988 das Projekt:

„Die Errichtung eines Mahnmals für die 'Missing Jews' an zentraler Stelle vor dem Schloß kann wichtige Anstöße für die Auseinandersetzung mit der deutschen Ge-

¹³⁰ s. Einladung der drei Vorsitzenden zur Veranstaltung vom Oktober 1988, im Besitz d. Verf.

¹³¹ Schreiben des Rektors an Höyng vom 31.10.1988 in der Ablichtung für den SPD-Vorsitzenden, im Besitz des Verf.

¹³² -eo-, Jaeckel gegen 'Black Form', WN vom 27.10.1988

¹³³ Gemeinde ist interessiert. Mißverständnis ausgeräumt, WN vom 29.10.1988

schichte geben. [...] Die Wiedererrichtung des Kunstwerks begreifen wir als einen Mosaikstein in der Aufarbeitung der Geschichte, andere Taten müssen folgen“. Z.B. sind damit die Errichtung des Zwingers als „eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus“ und städtische Maßnahmen gemeint, „die das Aufkommen und die Verbreitung von nazistischen und neonazistischen Aktivitäten verhindern.“¹³⁴

Eine Woche später, am 18. November 1988, erscheinen in den Westfälischen Nachrichten zwei Leserbriefe, die sich auf die Veranstaltung vom 8. November 1988 beziehen. Im ersten setzt sich Andreas Rulle für die Black Form ein: „Die Frage, ob wir den Stein nehmen oder nicht nehmen, verbietet sich, weil er das Geschenk eines trauernden Menschen ist. Auch die Frage, ob wir den Stein verstehen oder nicht verstehen, ist keine Frage, weil seine Widmung für alle lesbar ist. [...] Den Stein anzunehmen, obwohl wir ihn noch nicht lieben, das wäre ein starker Anfang. Und das wäre genau die Kraft, mit der wir damals die Juden hätten annehmen können, obwohl wir sie noch nicht liebten. Wir hätten es tun können: das ist die ganze, ganze Trauer.“¹³⁵ Die Notwendigkeit, den „Stein“ zu akzeptieren, begründet Rulle ethisch. Für ihn gibt die Widmung das richtige Verständnis des abstrakten Werks eindeutig vor. Rulle plädiert einfühlsam für die Wiederaufstellung der Black Form.

Der zweite Leserbrief erscheint unter der Überschrift „Tieferen Sinn andichten“, er stammt von der Personalratsvorsitzenden der Universität Münster A. Wöstenkötter. Der Leserbrief ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich.

„Die Podiumsdiskussion zur Wiedererrichtung der 'Black Form' vor dem Schluß [!] war einseitig geprägt durch zur Schau getragene Tiefsinnigkeit und elitäres Gehabe der anwesenden Vertreter der Kunstszene. Frau Brouwer, Konservatorin am Rijksmuseum Kröller-Müller in Otterloo, die nach ihren Aussagen die Entstehung des Kunstwerkes 'Black Form' sogar teilweise mitverfolgt habe, wies den Verdacht des Rektors der Universität vehement zurück, Sol Lewitt habe erst nachträglich die politische Bedeutung (Dedicating to the missing Jews) dem Kunstwerk übergestülpt. Wie peinlich für sie und die anwesenden Kunstkenner, daß der Künstler selbst zugab, erst nach Aufbau des schwarzen Quaders vor dem Schloß auf die Idee gekommen zu sein, daß dies ein Denkmal für die fehlenden Juden sein solle. Dies kennzeichnet die gesamte Diskussion um dessen Bedeutung. Wer immer sich dazu berufen fühlt, kann diesem schwarzen Block etwas an tieferem Sinn andichten, unabhängig davon, wozu er ursprünglich geschaffen wurde. Die Diskussion um die 'Black Form' hat allerdings einen unbestreitbaren Wert: Sie macht uns [den Beschäftigten der Universität als Teil der Öffentlichkeit, d.Verf.] deutlich, daß wir uns nicht von Politikern, tatsächlich [!] oder selbsternannten Kunstkennern eine Form von Kunst oktroyieren lassen, die wir nicht als solche verstehen wollen. Uns sind die Judenverfolgung und die Lehren, die wir daraus ziehen, zu wichtig, um sie der isolierten Diskussion um Kunstformen preiszugeben. Welchen Wert man einem Kunstwerk, auch der 'Black Form' beimißt, muß jeder für sich selbst entscheiden. Das Votum derjenigen aber, deren Arbeitsstätte dies Kunstwerk 'zieren'

¹³⁴ Offener Brief der Friedensinitiative zu den Auseinandersetzungen um das Kunstwerk 'Black Form', abgedruckt in: Goebel, S.347 und in MZ vom 12.11.1988

¹³⁵ Leserbrief von Andreas Rulle in WN vom 18.11.1988

*soll, muß bei der Entscheidung über die Aufstellung von Gewicht sein, ebenso wie eine noch ausstehende Stellungnahme der Studentenvertretung.*¹³⁶

Wöstenkötter nimmt die argumentative Linie des Universitätsrektors auf, dass die Interpretation der 'Black Form' beliebig und Sol LeWitts Widmung dafür ein Beweis sei, weil sie erst später, nach der Installation, vom Künstler formuliert worden sei, nichts also mit seiner ursprünglichen Intention zu tun habe. Wenn sie davon spricht, die politische Bedeutung sei „übergestülpt“ worden, dann ist sie nahe bei der Unterstellung, der Künstler habe aus kunstfremden Motiven gehandelt. Sie geht davon aus, dass nur Kunst für die „Beschäftigten der Universität als Teil der Öffentlichkeit“ akzeptabel sei, die sie „als solche verstehen wollen“. In der ironisch gemeinten Wendung „'zieren'“ wird zweierlei deutlich, dass die Black Form keine Zierde wäre und sie sich ein Kunstwerk wünschte, dass sie als Zierde begreifen könnte. Damit aber stellt sie einen Anspruch, der sich gegenüber einem Holocaust – Denkmal der Paradoxie nähert, weil das Problem besteht, Zierde und Darstellung des Unfassbaren miteinander zu vereinbaren.

Sie markiert einen Gegensatz zwischen 'Elite' (Kunstexperten, Politikern) und Öffentlichkeit (z.B. den Universitätsangestellten) und sollte sich die Initiative mit ihrem Vorhaben durchsetzen, begriffe sie das Ergebnis als 'Okroi' einer Minderheit. Schließlich formuliert sie einen Satz mit politischem Inhalt: „Uns sind die Judenverfolgung und die Lehren, die wir daraus ziehen, zu wichtig, um sie der isolierten Diskussion um Kunstformen preiszugeben.“ Sie will verhindern, dass die Black Form, die der jüdische Künstler Sol LeWitt mit seiner Widmung „Dedicated to the missing Jews“ zum Mahnmal erklärt und der er damit eine erinnerungspolitische Bedeutung gegeben hat, vor dem Schloss aufgestellt wird. Das ist der Kern ihres Leserbriefs. Indem sie behauptet, die Initiative verkürze die notwendige breite Diskussion über „die Judenverfolgung und die Lehren, die wir daraus ziehen“, auf eine „isolierte(n) Diskussion um Kunstformen“, unterstellt sie sich und den Universitätsangestellten, für die sie beansprucht zu sprechen, den richtigen Umgang mit den nationalsozialistischen Verbrechen, und den Beteiligten der Initiative den falschen. Zugespitzt formuliert heißt das: Die Ablehnung der Black Form als Mahnmal ist Ausdruck der richtigen Haltung gegenüber den jüdischen Opfern.

Ähnlich wird die Personalratsvorsitzende in einer Stellungnahme offensichtlich gegenüber dem Semesterspiegel, der Zeitung der Studierenden, in der Ausgabe vom Dezember 1988 zitiert:

*„Ich habe unter den Mitarbeitern keine Stimme gehört, die dafür war. Das ist ein häßlicher Klotz, der im Wege steht. Jeder normale Mensch steht kopfschüttelnd davor. Er hat weder eine Aussage, noch ist er schön – deshalb ist es keine Kunst. Ein schwarzes Feigenblatt für Dinge, die nicht getan werden, darf es nicht sein.“*¹³⁷

Das Studentenparlament, dessen Meinung die Personalratsvorsitzende bei einer Entscheidung berücksichtigen wissen möchte, hatte bereits am 14. November 1988 einen einstimmigen

¹³⁶ WN vom 18.11.1988. Annette Wöstenkötter, damals Personalratsvorsitzende an der WWU Münster, ist von 1996 bis 1999 Mitglied der Ratsfraktion der Grünen in Münster.
http://www.abgeordneten.info/nrw/MdStR_Muenster_1946ff.pdf

¹³⁷ Zitiert in: Wilhelm Achelpöehler: Aufforderung zum Nachdenken. Black Form. Ein Stein erregt Anstoß, in: Semesterspiegel vom Dezember 1988

gen Beschluss gefasst, der sich ausdrücklich gegen die Position derjenigen wendet, die Wöstenkötter vertritt:

„Wir können uns der Kritik von Seiten der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht anschließen. Was 'dedicated to the missing jews'“ gedacht ist, soll das derzeitige harmonische Erscheinungsbild der Nachkriegs-Uni durchbrechen [Kursivdruck im Original, d.Verf.]. Die Studentinnen- und Studentenschaft der Universität Münster unterstützt den Vorschlag, die Plastik 'Black Form' von Sol LeWitt auf dem Schloßplatz wiederaufzurichten. Für ein Mahnmal der Vernichtung der Juden gibt es keinen geeigneteren Standort als unmittelbar vor dem Hauptgebäude der Universität.“¹³⁸

In einem Artikel im Semesterspiegel, der Zeitung der Studierenden an der WWU, vertritt der Redakteur Wilhelm Achelpöhler, Mitglied der Studentenorganisation von GAL/Grünen, den Standpunkt:

„So spricht vor allem für eine Wiederaufstellung der Black Form, daß sie Anstoß erregt. Keine gefällige Kunst, sondern eine Aufforderung zum Nachdenken, der mensch nicht so leicht ausweichen kann. Daß sie dann auch provoziert, kann kein Gegenargument sein angesichts einer münsteraner Bevölkerung, die vereint von Möbelhändler Van Endert bis zu Disco-König Steffi Stephan, die an Blut- und Boden -Kunst erinnernde Skulptur 'Ochs und Pferd' auf dem Ludgeriplatz wieder haben will.“¹³⁹

Damit setzt sich Achelpöhler deutlich vom Kunstverständnis der Personalratsvorsitzenden ab, findet aber gleichzeitig deren Einwand „bedenkenswert“, „die Aufstellung der Black Form könne als Feigenblatt dienen für sonstiges Nichtstun in Sachen Antifaschismus“ und fragt unter anderem:

„Warum gibt es bis heute keinen Beschluß der Stadt, das frühere GeStaPo – Gefängnis im Zwinger zu einer Gedächtnisstätte auszubauen, wie des [!] GAL und Friedensinitiative anlässlich der Diskussion um die Black Form wieder forderten? Weil es leichter ist, ein Zeichen formalen Erinnerns zu setzen, statt die auch in Münster zu findenden Stätten faschistischer Vernichtung konkret zu bezeichnen?“

Unter anderem an diesen Fragen werde sich erweisen, ob die Aufstellung der Black Form „nur ein Feigenblatt“ sei.¹⁴⁰ Er folgt damit der Linie von GAL/Grünen und Friedensinitiative, die beide Sol LeWitts Denkmal als eines von mehreren Elementen des antifaschistischen Kampfes begreifen.

Eine Sonderstellung in der Auseinandersetzung nimmt ein Artikel im Semesterspiegel vom Dezember 1988 ein. Er stammt vom Autonomen Behindertenreferat der Studierenden und

¹³⁸ Semesterspiegel vom Dezember 1988

¹³⁹ Zur Skulptur „Ochs und Pferd“ s. http://www.nrw-skulptur.de/index.php?id=1&tx_nrwskulpturwerke_showwerke%5Bwerk%5D=272&tx_nrwskulpturwerke_showwerke%5Baction%5D=show&tx_nrwskulpturwerke_showwerke%5Bcontroller%5D=Werk&cHash=1799979f12004f3d3c321b6f94d38bf7, 13.7.2016. Zitat: s. Anm. 127

¹⁴⁰ s. Anm. 128

nimmt die Diskussion um die Black Form zum Anlass, eine vom ihm erhobene, aber abgewiesene Forderung, ein „plangepflasterter Weg, der durch das Kopfsteinpflaster [zum Schloss, der Verf.] führt“, solle angelegt werden, erneut zu stellen:

„Es wäre uns [...] unverständlich, wenn der Schloßvorplatz durch die Errichtung einer Skulptur, die aufgrund ihres Ausmaßes und dem geplanten Standort den Zugang zum Schloß für viele behinderte Menschen nochmals unnötig erschwert, umgestaltet werden könnte, die Anlage einiger Wege jedoch, die der Sicherheit und Erleichterung der Fortbewegung dienen, nicht möglich sein sollte. Ihr merkt“, fügen die beiden Verfasserinnen erklärend an, „uns geht es nicht darum zu erörtern, ob es sich bei der Black Form wirklich und wahrhaftig um Kunst handelt; uns stört die Art und Weise, mit der wir immer wieder abgefertigt werden.“¹⁴¹

Für das Autonome Behindertenreferat ist die Diskussion um die Black Form ein Vehikel, um mit neuer Argumentation einer ihrer Forderungen Nachdruck zu verleihen, die von der Universitätsleitung bisher abgelehnt worden ist.

Der einzige Leserbrief im Umfeld der Veranstaltung vom 8. November 1988, der als radikaler Ausdruck einer vollständigen erinnerungspolitischen Verweigerung zu lesen ist, erscheint am 6.12. 1988 in der Münsterschen Zeitung. In Ausführungen, die ironisch sein sollen, versucht Erich Müller mit dem Hinweis z.B. auf den „millionenfachen Mord an Indianern und die schätzungsweise 20 Millionen Schwarzen, die schon bei der Überfahrt auf den Sklavenschiffen zu Tode gebracht wurden“, die Singularität der Verbrechen an den Juden zu widerlegen: „Also ehrlich, ich bin felsenfest davon überzeugt, daß zum Beispiel die Amerikaner den schwarzen Klotz herzlich gern vor dem 'Weißen Haus' in Washington zum Gedenken [an Indianer und Schwarze, d. Verf.] aufstellen möchten und schon allein deshalb hier bald abholen werden.“ Im Klartext, des vermeintlich Ironischen entkleidet, heißt das: So wenig wie die Amerikaner ein Mahnmal für ihre Verbrechen meinen aufstellen zu müssen, so wenig besteht Anlass, dass Deutsche eines für die Ermordung der Juden akzeptieren.¹⁴²

Ein Fazit dieser ersten stadtöffentlichen Auseinandersetzung um die Wiedererrichtung der Black Form als Denkmal für die „missing Jews“, die der Museumsdirektor Klaus Bußmann geschickt initiiert hatte, könnte lauten: Die Befürworter übernehmen grundsätzlich, in den Leserbriefen individuell nuanciert, die Argumentation des Künstlers, mit der er den Denkmalcharakter seines Minimal Art-Kunstwerks begründet. Die Sperrigkeit und reduzierte Form des Objektes sind für sie notwendige Voraussetzungen dafür, dass es als Mal des Gedenkens an unfassbare Verbrechen funktionieren kann. Einige von ihnen verweisen gleichzeitig darauf, dass Sol LeWitts Mahnmal nur ein Bestandteil eines facettenreichen Antifaschismus in Münster sein kann.

Einige Gegner des Projekts äußern die Befürchtung, dass diese Art von Kunst provoziere und dem richtigen Anliegen des Gedenkens an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen rassistischen Terrors schade, dafür geradezu kontraproduktiv sei. Andere Gegner des Projektes halten die 'Black Form' nicht für Kunst und die Interpretation als Denkmal für überge-

¹⁴¹ Heike Ebbing und Beate Holstein: Streit um „Black Form“. Kunst contra Krüppel, in: Semesterspiegel vom Dezember 1988

¹⁴² Erich Müller: Schwarzer Klotz vorm Weißen Haus, in: MZ vom 6.12.1988. Es ist nicht einzuschätzen, inwiefern Müller äußert, was eine schweigende Mehrheit gedacht hat.

stülpt, legen ihrer Beurteilung ein anderes Kunstverständnis zugrunde, und deshalb erscheint ihnen die Black Form als untauglich.

Es gibt in der öffentlichen Diskussion eine sehr wichtige Übereinstimmung: Es wird nicht an der Notwendigkeit gezweifelt, der jüdischen Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik zu gedenken.¹⁴³ Umstritten ist, wie man es machen sollte. Gegenstand des Streites ist das konkrete Angebot des Gedenkens, Sol LeWitts Black Form. Die Jüdische Kultusgemeinde in Gestalt ihres Vorsitzenden „steht diesem Vorhaben [der Wiederaufstellung der Black Form, d. Verf.] mit Interesse gegenüber.“¹⁴⁴ Damit ist eine nicht ablehnende, aber abwartende Haltung gekennzeichnet.

Der Regierungspräsident ist nur erkennbar in der Äußerung seines Pressesprechers beim Abbruch der Black Form im Februar 1988, dass der schwarze Kubus nicht zu den Objekten gehöre, deren Verbleib in Münster der Regierungspräsident wünsche. Der öffentlichen Diskussion am 8. November 1988 hatte er sich entzogen, weil Höyng „ohne seine Zusage sein Erscheinen angekündigt und ihn damit unter Zugzwang (habe) setzen wollen.“¹⁴⁵

Bis zum 21. Juni 1989 passierte nach der Veranstaltung im November 1988 in der Öffentlichkeit nichts zur Förderung des Projekts. Das, was die drei Vorsitzenden am 21. Juni 1989 der Öffentlichkeit mitteilen, ist, weil anderes nicht funktioniert hat, letztlich der Versuch, über Masse, über Druck von unten, entscheidenden Einfluss auf die Meinung des Regierungspräsidenten zu nehmen. Sie haben 10.000 Postkarten drucken lassen, um, wie es in der Münsterschen Zeitung heißt, „Per Doppelkarte ein 'Ja' zur Black Form“ zu erreichen.¹⁴⁶ Die Vorderseite der Postkarte enthält eine Begründung für den Einsatz für das Mahnmal, die im Wesentlichen der Einladung zur Veranstaltung vom 8. November 1988 folgt und darüber hinaus auf „einen Weg in die Zukunft“ verweist: „Wenn die Bürger in Münster mit diesem Stein den Juden sagen: 'We are missing you' ('Ihr fehlt uns'), dann liegt darin eine Zusage für unseren Umgang mit den wenigen, die zurückgekommen sind, und denen, die noch kommen werden – und sich vielleicht eines Tages nicht mehr vor ihren Glaubensgefährten in aller Welt dafür rechtfertigen müssen, dass sie 'in diesem Deutschland' leben.“ Die Rückseite enthält den Bürgerantrag: „Ich bitte den Rat der Stadt Münster, die Aufstellung der Skulptur 'Black Form – Dedicated to the Missing Jews' vor dem Schloß in Münster im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.“¹⁴⁷

Mit der Formulierung „im Rahmen seiner Möglichkeiten“ erkennen die drei Vorsitzenden an, dass der Rat keine Chance hat, auf den Regierungspräsidenten unmittelbar einzuwirken. Nur eine massive Bürgerbewegung, die sich in Bürgeranträgen dokumentiere, könne indirekt einen Druck erzeugen, der den Regierungspräsidenten zum Umdenken zwingt. In einem

¹⁴³ Mit Ausnahme des Leserbriefs von Erich Müller und offensichtlich der anonymen Angriffe auf Höyng, den CDU-Vorsitzenden.

¹⁴⁴ WN vom 29.10.1988

¹⁴⁵ Zitat Goebel: Stein, S.336. Goebel beruft sich auf ein Interview mit Erwin Schleberger vom 11.12.1988. Der Journalist Erhard Obermeyer hatte in seinem Kommentar vom 29.10.1988 zurecht darauf hingewiesen, dass der Regierungspräsident als „Platzherr(n)“ für eine Entscheidung von entscheidender Bedeutung sein würde.

¹⁴⁶ AB. CDU, SPD und FDP wollen Bürgerantrag voran bringen [!]: Per Doppelkarte ein „Ja“ zur Black Form, MZ vom 22.6.1989

¹⁴⁷ siehe zur Postkarte Goebel: Stein, S. 334f.

scharfsinnigen Kommentar „Skulpturen für Münster: Entscheidung überfällig“ wies der Journalist Erhard Obermeyer auf die Schwäche der Parteivorsitzenden und die Schwierigkeit ihrer Situation hin: „So werben die drei Parteichefs für eine Idee, ohne zu wissen, ob sie realisierbar ist. Paradoxerweise brauchen sie aber gerade die Unterstützung einer breiteren Öffentlichkeit, damit die Idee Wirklichkeit werden kann“, und er drängte als offensichtlicher Befürworter der Initiative auf Eile: „Hamburg zeigt lebhaftes Interesse für den schwarzen Kubus, für den Stein des Anstoßes. Dabei ist in Münster immer noch nicht geklärt, ob der Quader vor dem Schloß überhaupt wieder aufgebaut werden darf – die Zustimmung des Regierungspräsidenten ist offen wie eh und je. Eine Absichtserklärung des Rates fehlt ebenso.“¹⁴⁸

Immerhin, berichtete die Münstersche Zeitung, „[...] der Oberbürgermeister hat versprochen, ihn [den Bürgerantrag, d.Verf.] zu unterstützen.“¹⁴⁹ Wenige Tage später lag, auf den 23. Juni 1989 datiert, der SPD Münster eine Stellungnahme von Egbert Snoek vor, dem damaligen Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzenden der Ratio Handel GmbH und damit sehr bekannten einflussreichen Mann in der Stadt. Unter der Überschrift „Kunst muß frei sein!“ entfaltet er seinen Begriff von Kunst. Er geht davon aus, dass es die Freiheit der Kunst ebenso gebe wie die Freiheit, sie zu kritisieren, und seine Kritik an der modernen Kunst besteht darin, dass sich hinter ihr „viele Nichtsköner und Scharlatane (verbergen).“ Er konkretisiert, was er meint, an einem damals breit diskutierten Beispiel:

„Wenn ein Mann wie Beuys, den ich von seinem Können her für einen Künstler halte, nicht aber vor dem, was er getan hat, einen Stuhl mit Fett bekleistert, so ist das nach meiner Meinung und der meisten Menschen Meinung keine Kunst. Und wenn er in einem Raum Fett in eine Ecke schmiert, die dann von vernünftigen Putzfrauen wieder gereinigt wird, so war das auch keine Kunst, sondern Raumverschmutzung. Und wenn ein Mann behauptet, diese mit Fett verschmutzte Ecke hätte er von Beuys geschenkt bekommen und sie hätte einen Wert von 50.000,-- DM und die wolle er als Ersatz haben, weil die Putzfrauen sie entfernt hätten, dann ist das schon eine Frivolität. Der Gipfel des Irrsinns aber ist die Entscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen, dem sog. Geschädigten 40.000,-- DM zu zahlen und damit die Bürger und Steuerzahler zu belasten, die dafür kein Verständnis haben. [...] Die sog. 'moderne Kunst' muß man tolerieren und wenn Privatpersonen sie finanzieren, so ist da nichts gegen [!] einzuwenden.“

Snoek lehnt moderne Kunst rigoros ab. Er hält sie für keine Kunst oder präziser für die Kunst einer Minderheit für eine Minderheit. Er ist dafür, sie zu tolerieren. Er ist dagegen, sie aus Steuergeldern zu finanzieren, weil damit die Bürger belastet werden, die für sie kein Verständnis haben, die eindeutige Mehrheit der Steuerzahler. Snoek hat bis dahin kein Wort zu Sol LeWitt und der Black Form geschrieben. Der Subtext ist aber eindeutig: Sol Lewitt ist ein

¹⁴⁸ Erhard Obermeyer: Skulpturen für Münster: Entscheidung überfällig, in: WN vom 24.6.1989. In seinem Artikel vom 22.6.1989 hatte der Journalist den Gedanken der Eile bereits formuliert: „Eile ist inzwischen durchaus geboten, denn für die Black Form von Sol LeWitt interessiert sich ernsthaft die Kulturbehörde der Stadt Hamburg, die die gedanklich schwergewichtige Arbeit für Altona erwerben möchte.“ In: WN vom 22.6.1989

¹⁴⁹ siehe Anm. 135

moderner Künstler. Die Black Form ist höchstens Kunst für eine Minderheit. Für sie dürfen keine Steuergelder ausgegeben werden.

Deshalb hält er, jetzt im Klartext, den Einsatz von Münsteraner Parteien für die Wiedererrichtung der Black Form vor dem Schloß „auf Kosten der Bürger, der Steuerzahler“, für eine „Zumutung“. Er ergänzt mit einem religionspolitischen Argument die Qualifizierung „Fehltritt“: „Ein schwarzer Kubus, eine ‚Black Form‘ ist die Kaaba, das höchste Heiligtum der Moslems in Mekka. In Richtung auf dieses Heiligtum verrichten alle gläubigen Moslems täglich mehrmals ihre Gebete. Die politischen Probleme zwischen den Israelis und den Moslems sollten uns zur Zurückhaltung veranlassen.“¹⁵⁰ Offensichtlich meint er, der schwarze Block könne, von einem amerikanischen Juden geschaffen, von den Muslimen als Provokation gegen die Kaaba gedeutet werden.

Snoeks Stellungnahme wurde auch als Leserbrief veröffentlicht. Sie gibt die Tendenz der weiteren Leserbriefe vor: Ablehnung. Diese Ablehnung wird unterschiedlich motiviert:

- Die Black Form zerstöre die barocke Konzeption Schlauns für das Schloss¹⁵¹
- Der „Fremdkörper“ [Black Form, d.Verf.] werde „zwangsläufig wieder Anlaß zu laufenden Schmierereien sein“.¹⁵² - eine Aussage, die latenten Antisemitismus oder zumindest die Unfähigkeit zu einem angemessenen Gedenken in der münsteraner Bevölkerung voraussetzt.
- „Würden die Damen und Herren sich auch gleichermaßen für ein Erinnerungsmal für die vielen Bombenopfer und Gefallenen des letzten Krieges einsetzen?“¹⁵³ -eine aufrechnende und Schuld relativierende Frage.
- *„Unsere früheren jüdischen Mitbürger, von denen mir noch viele bekannt sind, würden aus ihren Gräbern, sofern sie solche überhaupt erhalten haben, schreien: 'Wenn ihr unser gedenken wollt, dann in einer würdigen, aber nicht in einer „Black Form“!' Und: 'Schwarze Blöcke und Wände gab es in den Konzentrationslagern, vor denen wir erschossen und erschlagen wurden!'“*¹⁵⁴

Das Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Kultusgemeinde in Münster Günther Pelikan hat freilich in einem Brief 1992 als überlebender „früherer KZ – Häftling“ geschrieben, er wäre „froh über den Verbleib dieses Mahnmals gewesen.“ „Der Kubus ist schwarz, kistenförmig, sargartig, ja! Er steht für die nicht mehr unter uns Weilenden, denen man gewaltsam das Leben genommen hat. Ich meine, daß das Mahnmal dies auf angemessene Weise zum Ausdruck brachte.“¹⁵⁵

In die Leserbriefdebatte um die Black Form griff schließlich auch der eigentliche Initiator der Initiative, der Museumsdirektor Klaus Bußmann, ein. Er versucht gegen die Auffassung zu

¹⁵⁰ Brief vom 23.6.1989 an den „SPD-Kreisverband Münster“ (!), im Besitz des Verf., auch abgedruckt als Leserbrief in WN vom 27.6.1989. Es ist davon auszugehen, dass auch CDU und FDP diesen Brief erhalten haben.

¹⁵¹ Helene Menke in: WN vom 27.6.1989 und Friedrich Peschlack in: WN vom 4.7.1989, indirekt auch Bernhard Schröder, der die geplante Aufstellung „vor unserem ehrwürdigen und schönen Schloß“ „eine große Geschmacklosigkeit“ nennt, in: WN vom 6.7.1989

¹⁵² Helene Menke, a.a.O.

¹⁵³ Bernhard Schröder, a.a.O.

¹⁵⁴ Heinz Büdding in MZ vom 18.7.1989

¹⁵⁵ Brief von Günther Pelikan an Stefan Goebel, 12.11.1992, in: Goebel, S.381

argumentieren, die Skulptur zerstöre das Schlaunsche Emsemble, und kommt schließlich zu dem Schluss: „[...] ich kenne kein anderes Beispiel einer so eindrucksvollen und tiefempfundenen Symbiose zwischen historischem Ort und aktueller ästhetischer Intervention.“¹⁵⁶ Zu retten war für die Initiative wahrscheinlich schon zu diesem Zeitpunkt nichts mehr.

Am 6. Juli 1989 hatte das Rektorat der Universität getagt. Das Protokoll der 659. Sitzung vermerkt: Der Rektor habe über „das Schreiben des Regierungspräsidenten Münster vom 26. Juni 1989 betr. Initiative zur Aufstellung der 'Black Form' vor dem Schloß“ berichtet.

„Er habe diesbezüglich auch am 5. Juli 1989 mit Frau Dr. Francke gesprochen. Herrn Prof. Helmstädter soll mitgeteilt werden, daß das Rektorat keinen Anlass sieht, von seiner bisherigen Haltung in dieser Angelegenheit abzuweichen. Dies soll auch dem Regierungspräsidenten mitgeteilt werden.“¹⁵⁷

Offensichtlich hatte der Regierungspräsident beim Rektor nachgefragt, welche Haltung er angesichts der Postkartenaktion einnehme. Die Antwort des Rektors wird die Ablehnung bestätigt haben, denn diese Haltung hatte er von Beginn an eingenommen. Prof. Ernst Helmstädter und Dr. Ursula Francke waren der 1. und die 2. Vorsitzende des Senatsausschusses für Kunst und Kultur, den es ab Anfang 1989 an der Universität Münster gab.¹⁵⁸ Die Gespräche mit ihnen sollten wahrscheinlich dazu dienen, jede Friktion in der offiziellen Position der Universität zu vermeiden.

Die Aktion der drei Parteivorsitzenden hätte vielleicht noch Erfolg haben können, wenn, wie beabsichtigt, tausende Bürgeranträge eingegangen wären. Das aber war nicht der Fall. Im Gegenteil: Das Vorgehen der drei Vorsitzenden erwies sich als gründlicher Misserfolg. „Nur 151 Bürgeranträge sind im Rahmen dieser Aktion eingereicht worden [...]“¹⁵⁹ Damit waren die Aktion und das gesamte Projekt gescheitert.

Endgültig hatte es sich erledigt, als der Regierungspräsident der „Initiative zur Aufstellung der 'Black Form' vor dem Schloß“ am 8. August 1989 seine Position eindeutig mitteilte:

„Die Diskussion um die Aufstellung der „Black Form“ vor dem Schloß ist, wie ich den Zeitungen entnehme, erneut in Gang gesetzt worden. In dieser Situation sehe ich mich nunmehr verpflichtet, folgendes zur Klarstellung zu sagen:

1. Das Gelände vor und hinter dem Schloß ist Landeseigentum. Das Schloß und der Botanische Garten sind ebenfalls Landeseigentum. Diese Flächen sind den Zwecken der Universität gewidmet und unterstehen der Universitätsverwaltung.

2. Das Land hat als Eigentümer des Schloßplatzes und des Schloßgartens stets besonderen Bedacht darauf genommen, daß die Nutzung dieser Flächen der herausragenden Bedeutung des Schlosses und des Schloßgartens, die als einheitlicher Denkmalbe-

¹⁵⁶ Prof. Dr. Klaus Bußmann, in: WN vom 10.7.1989

¹⁵⁷ Protokoll der 659. Rektoratssitzung am 6.7.1989, S.12, unverzeichneter Bestand des Universitätsarchivs Münster.

¹⁵⁸ Der Senatsausschuss für Kunst und Kultur war die dauerhafte Folgeinstitution der sog. Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Senatsausschusses für Kunst und Kultur, die am 3.11.1988 öffentlich ablehnend zur Wiederaufstellung der Black Form Stellung bezogen hatte.

¹⁵⁹ Goebel: Stein, S. S.337 und Anmerkung 40.

reich das Stadtbild mitprägen und ein wichtiges Stück Stadtgeschichte repräsentieren, entspricht.

3. Das bedeutet, daß dauernde Nutzungen durch Monumente und andere Bauten, die das Gesamtbild verändern, nicht akzeptiert werden. Andererseits sind diese Flächen immer wieder für Ausstellungen und andere kulturelle Veranstaltungen, für sportliche Wettbewerbe oder für Feste der Universität und vieles andere mehr zur Verfügung gestellt worden. Respekt vor dem Denkmalsbereich Schloß und zugleich Offenheit für vorübergehende unterschiedliche Nutzungen – das ist die Leitlinie für die Nutzung der Flächen, die in der Vergangenheit beachtet wurde und bis heute beachtet wird.

4. Die Aufstellung der „Black Form“ würde diese Linie durchbrechen. Sie würde einen dauernden Eingriff in das Gesamtbild bewirken und vielfältige, unterschiedliche, vorübergehende Nutzungen erschweren und zum Teil unmöglich machen.

5. In die Diskussion um die Motive und Ziele der Aufstellung des Kunstwerks möchte ich mich nicht einschalten. In den vergangenen Monaten habe ich viele Zuschriften von Einzelpersonen und von Gruppen erhalten, so auch ein Schreiben des Philosophen Professor Dr. Josef Pieper [der in der Black Form kein Kunstwerk erkennen konnte, der Verf.]. Sie richten sich ausnahmslos gegen die Aufstellung der „Black Form“. In den letzten Tagen haben mich die Stellungnahmen der Universität und des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege erreicht, die sich – aus unterschiedlichen Gründen – gegen die Aufstellung der „Black Form“ aussprechen.¹⁶⁰ Diese Stellungnahmen bestärken mich darin, die bisher verfolgte Linie in der Nutzung dieser Flächen auch künftig einzuhalten.

6. Ich sehe mich deswegen als verantwortlicher Vertreter des Landes nicht in der Lage, mein Einverständnis zu der Aufstellung der „Black Form“ zu erteilen.“¹⁶¹

Der Regierungspräsident ist in einer komfortablen Situation: Er kann sich auf denkmalpflegerische und die multifunktionale Nutzung des Schlossvorplatzes betreffende Argumente beschränken und jede Stellungnahme zu „Motive(n) und Ziele(n) der Aufstellung des Kunstwerkes“, also eine Positionierung in der erinnerungspolitischen Diskussion, ohne Nachteil vermeiden. Er kann Sol LeWitts Skulptur als Kunstwerk anerkennen, ohne seine eigene argumentative Lage zu schwächen. Er lehnt ihre Wiederaufstellung endgültig mit einem geschickten „obrigkeitlichen Machtwort“¹⁶² ab. Dass es geschickt und in komfortabler Situation abgefasst werden konnte, verdankte der Regierungspräsident der Schwäche der Initiative. Politiker und veröffentlichte Meinung wussten gleichermaßen, dass mit dem Brief des

¹⁶⁰ Nach Rückfrage besitzt das Landesarchiv keinerlei Unterlagen zum Vorgang. Deshalb konnten die entsprechenden Stellungnahmen, auf die sich der Regierungspräsident bezieht, nicht in die Analyse einbezogen werden. Josef Pieper war ein damals bedeutender Münsteraner katholischer Philosoph. In einem Brief an Stefan Goebel hat er am 12.11.1992 seine Ablehnung der Black Form begründet: „In einem Brief an eine vermutlich in einer solchen Situation einflussreichen Persönlichkeit [Wahrscheinlich ist der Regierungspräsident gemeint, d.Verf.] habe ich meiner Meinung Ausdruck gegeben, dass ich es für sinnvoll und wünschenswert halte, der ermordeten Juden mit einem 'Denkmal' zu gedenken, aber dann mit einem würdigen, künstlerischen Bildwerk. Die 'Black Form' halte ich nicht für ein Kunstwerk; jeder Handwerker könnte so etwas herstellen.“, Goebel, 357f., Zitat: S.357.

¹⁶¹ Schreiben des Regierungspräsidenten vom 8.8.1989 an den Vorsitzenden der CDU Münster mit Kopien an die Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks und des FDP-Kreisverbandes, die Westfälische Wilhelms-Universität und das Westfälische Amt für Denkmalpflege, im Besitz des Verf.

¹⁶² BB., „Ein endgültiger Standort für Black Form: Ab nach Altona“, in: MZ vom 12.8.1989. BB ist zu identifizieren als Bernd Behr, der zuständige Kulturredakteur der MZ. Der Artikel findet sich in der Rubrik „Kultur/Roman“.

Regierungspräsidenten jeglicher weiteren Diskussion um das Projekt der Boden entzogen war.¹⁶³ Der SPD-Unterbezirksvorsitzende bedauerte öffentlich wie die Bürgermeisterin und Vorsitzende des städtischen Kulturausschusses Hildegard Graf (CDU), dass der Regierungspräsident die Diskussion vorzeitig beendet habe, und beide bekundeten offensichtlich, dass „der Gedanke, in Münster einem unbequemen Kunstwerk als Mahnmal gegen die Judenvernichtung Platz einzuräumen, weiter im Gespräch bleiben müsse.“¹⁶⁴

Am 12. August 1989 kommentieren in der Münsterschen Zeitung der Kulturredakteur Bernd Behr und der Karikaturist Andreas Rulle die neue Situation.¹⁶⁵ Behr geht davon aus, dass mit dem „obrigkeitlichen Machtwort“ des Regierungspräsidenten die Entscheidung endgültig für die Aufstellung von Sol LeWitts Black Form auf dem „Platz der Republik“ in Hamburg -Altona gefallen sei, und er fragt sich, warum in Hamburg möglich sei, was in Münster „ein zäher, ein nachgerade grimmiger Kunststreit“ nicht geschafft habe. Er vermutet in der Hamburger Entscheidung eine „Verneigung“ vor dem Künstler Sol Le Witt, der zu den bekanntesten lebenden Avantgardisten gehöre. Der Subtext teilt mit, dass der Weltoffenheit, die Hamburg präge, die immer noch dominante Provinzialität Münsters gegenüber stehe und diese Dominanz der entscheidende Faktor für die Ablehnung des Mahnmals gewesen sei.

Andreas Rulle kommentiert die Vorgänge um die Black Form mit einer Karikatur. Im Hintergrund ist das Schlaunsche Schloss zu sehen, im Vordergrund ein Pferd, eine Anspielung auf das früher auf dem Vorplatz stehende Kaiser Wilhelm – Denkmal. Auf dem Pferd sitzen hintereinander Schleberger (der Regierungspräsident) und dahinter Erichsen (der Universitätsrektor). Die Unterschrift lautet: „Die Alternative zur Black Form“. Rulle zeichnet, was Behrs Wort vom „obrigkeitlichen Machtwort“ meint. Behrs Subtext von der Provinzialität in Münster soll anschaulich werden. Die Westfälischen Nachrichten kommentieren die Entscheidung des Regierungspräsidenten nicht.

Mehr als einen Monat später, am 13. September 1989, fasst der Rat der Stadt Münster unter dem Tagesordnungspunkt 11 „Ankauf und Verbleib der Skulpturen aus der Skulpturenausstellung“ einen einstimmigen Beschluss: Unter anderem wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der Restauration und Instandsetzung des Zwingers die Arbeit von Rebecca Horn mit Unterstützung des Landes anzukaufen und zwischendrin heißt es: „Der Rat der Stadt Münster unterstützt die Bemühungen zahlreicher Bürger um die Wiederaufstellung der Skulptur „'Black Form' von Sol LeWitt vor dem Schloss.“¹⁶⁶ Die Einstimmigkeit des Beschlusses ist, zugespitzt, Ausdruck für die Niederlage der drei Parteivorsitzenden. Selbst Mitglieder des Rates, z.B. in der CDU-Fraktion, die die 'Black Form' ablehnten, konnten zustimmen, weil sie wussten, dass durch die Stellungnahme des Regierungspräsidenten sich die Initiative erledigt hatte. Die Zustimmung ist höchstens als folgenloser symbolischer Akt der Unterstützung zu werten oder als nachgeworfene Blume auf ein gewünschtes oder nicht verhindertes Begräb-

¹⁶³ s. AB „'Black Form': RP verweigert Aufstellung vor dem Schluß“, in: MZ vom 10.8.1989 und -kv- „Black Form': Kein Platz vor dem Schloß. RP entzieht weiterer Diskussion den Boden, in: WN vom 11.8.1989

¹⁶⁴ s.o., WN vom 11.8.1989. Hildegard Graf wird darin darüber hinaus mit den Worten zitiert: „Wir sollten Rebecca Horns, 'Gegenläufiges Konzert' am Zwinger jetzt wieder mehr Beachtung schenken.“ H. Graf ist vorher, soweit rekonstruierbar, im Zusammenhang mit der Initiative nicht Erscheinung getreten. Der CDU-Vorsitzende Höyng, die vorher öffentlich treibende Kraft der Initiative zur Wiederaufstellung der Black Form, wird offensichtlich nicht zur Entscheidung des Regierungspräsidenten befragt.

¹⁶⁵ MZ vom 12.8.1989

¹⁶⁶ Abdruck des Ratsbeschlusses in: Stefan Goebel in der Fassung im Stadtarchiv, Signatur: 4 SAB 115

nis. Bemerkenswert ist aber, dass der Beschluss zum Zwinger die Grundlage für seine Errichtung als Gedenkstätte an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur schafft, auch wenn er offiziell erst 1997 zum Mahnmal erklärt wurde. Der Beschluss folgt damit einer langjährigen Forderung von GAL/Grünen und Friedensinitiative. Dass über die Parteigrenzen hinweg alle Ratsmitglieder ihm zustimmen, kann man als übergreifende Bereitschaft deuten, der Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen worden waren, zu gedenken.¹⁶⁷

Die städtischen Gremien und Verantwortlichen haben das Projekt der drei Vorsitzenden inhaltlich behandelt. Die Ratsfraktionen, deren Parteivorsitzende der Initiative angehörten, haben nicht darauf gedrängt, über die bereits seit November 1988 vorliegenden Bürgeranträge abzustimmen. Auch die offensichtliche Zusage des damaligen Oberbürgermeisters Twenhöven, den Bürgerantrag zu unterstützen, hat nicht dazu geführt, dass die Stadt eine deutliche Absichtserklärung gegenüber dem Regierungspräsidenten vor dessen endgültiger Entscheidung vertreten hat. Am 19. Oktober 1989 veröffentlicht die Stadt eine knappe Mitteilung:

„'Black Form': Anträge sind formell erledigt“. Darin heißt es: „In Bürgeranträgen hatten sich zahlreiche Bürger und Initiativen aus Münster sowohl für den Verbleib als auch den Abriß der Skulptur 'Black Form' ausgesprochen. 'All diese Anträge sind nunmehr formell als erledigt anzusehen', heißt es von Bernadette Spinnen, Leiterin des Städt. Kulturamtes. Zwar habe sich der Rat in seiner letzten Sitzung vor den Kommunalwahlen zu einer Unterstützung der Bemühungen um die Wiederaufstellung der Skulptur [...] ausgesprochen. Die zeitgleiche Entscheidung des Regierungspräsidenten als verantwortlichem Vertreter des Landes, sein Einverständnis zu der Aufstellung nicht zu geben, habe diese Entscheidung des Rates gegenstandslos gemacht.“¹⁶⁸

Die Behauptung von der Zeitgleichheit ist falsch: Mehr als einen Monat vorher hat der Regierungspräsident sein Machtwort gesprochen. Die Verantwortlichen der Stadt haben abgewartet, die Fraktionen, die im Rat vertreten waren, ebenso, und am Ende steht eine formell korrekte und zugleich fast zynische Beendigung des Projektes einer störenden dauerhaften Erinnerung an das größte Verbrechen des Nazi – Regimes, den Genozid an den Juden mit seinen unbezifferbaren Folgen. Der Rat hat aber mit seinem Beschluss zum Zwinger zugleich bewiesen, dass sich in ihm niemand einem Gedenken an die deutschen Verbrechen verweigern will.

¹⁶⁷ Die Inschrift der am Zwinger angebrachten Tafel lautet heute: „Im Zweiten Weltkrieg wurden in der Stadt Münster auf Befehl der Geheimen Staatspolizei zahlreiche russische und polnische Zwangsarbeiter inhaftiert. Von Sommer 1944 bis Anfang 1945 wurden im Zwinger zahlreiche Zwangsarbeiter gefoltert und gehängt. Ihr Tod ist uns Verpflichtung zu Mahnung und Versöhnung. Seit 1997 ist der Zwinger ein Mahnmal und erinnert an die Opfer der Gewalt in Münster, an die Opfer der Kriegsgewalt und der Verfolgung Unschuldiger, besonders an die unmenschliche Strafjustiz und den Terror gegen politische Gegner, Angehörige von Minderheiten und Kriegsgefangene während des Nazi – Regimes.“

¹⁶⁸ Stadt Münster Informationen vom 19.10.1989, in Goebel, S.356

Was sich als Antwort auf meine Frage ergibt

Grundsätzlich gilt: Denkmale im traditionellen Verständnis wollen kulturelles Gedächtnis aufbewahren und sie wollen damit der Stabilisierung der nationalen Identität dienen. Die Erinnerung an die Judenvernichtung, an die Verbrechen der Vorfahren, entwickelt dagegen die gegenteilige Wirkung, eine die Identität zumindest irritierende, wenn nicht destabilisierende Wirkung¹⁶⁹. Der damalige Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Salomon Korn, hat 1999 festgestellt, dass „zum ersten Mal in der Geschichte ein Volk – das der Deutschen – keine Denkmäler für seine „Kriegshelden“ errichtet, sondern Mahnmale für die von seinen Angehörigen verübten Verbrechen.“¹⁷⁰

1988/89, zehn Jahre vor Korns Feststellung, ist in Münster das erste Mal über ein Mahnmal zum Gedenken an die ermordeten Juden und deren fehlende Nachkommen breit diskutiert worden. Die Black Form widersprach, zumindest in Münster, in ihrer Verbindung von erinnerungspolitischer Absicht und vor allem der Art der Gestaltung dem weithin üblichen Verständnis von Denkmalen. Es ist daher nicht nur nicht verwunderlich, sondern selbstverständlich und letztlich auch beabsichtigt gewesen, dass sich gegen sie Protest äußerte.

Verwunderlich ist eher die breite Aufstellung der Initiative und die Unterstützung, die sie erhielt: Die Vorsitzenden der drei Ratsparteien CDU, SPD und FDP traten gemeinsam für den Wiederaufbau der Black Form ein, ein Bündnis, das als erstmalig angesehen wurde, die vierte Ratspartei, GAL/Grüne, verweigerte sich einer Aufstellung nicht, ohne bereit zu sein, ihr Ja zu einer Allparteieninitiative zu geben. Beide Tageszeitungen äußerten deutlich Sympathie für das Projekt, waren aber von vornherein sehr skeptisch gegenüber seiner Durchsetzung. Viele Bürgerinnen und Bürger haben in Anträgen an den Rat der Stadt ihre Bereitschaft demonstriert, die Installierung der Black Form als Erinnerung an das singuläre Verbrechen des Holocaust, das Angehörige ihres Volkes verübt haben, als richtig anzusehen, und den Versuch unterstützt, sie politisch durchzusetzen.

Die meisten der Gegner richten sich in ihrer Argumentation am konkreten Kunstwerk an diesem konkreten Ort aus. Es ist im soziologischen Sinne eine bürgerliche Initiative. Der eigentliche Initiator Prof. Dr. Bußmann ist Museumsdirektor. Höyng, der als öffentlich treibende Kraft der Initiative auftritt, ist selbstständiger Architekt und Vorsitzender einer als bürgerlich-konservativ geltenden Partei. Franke, aus einer Arbeiterfamilie stammend, arbeitet als Lehrer, ist Vorsitzender einer Partei, die in Münster stark akademisch geprägt ist. Möllemann-Appelhoff ist Lehrerin und Vorsitzende einer vor allem wirtschaftsliberalen Partei. GAL/Grüne, trotz ihrer Distanz keine grundsätzlichen Gegner des Projekts, sind, anders als die damalige öffentliche Wahrnehmung es nahelegt, eine Partei der bürgerlichen Milieus, die es sich leisten können, postmaterieell zu denken.

¹⁶⁹ siehe Yvonne Al-Taie DIE SINGULARITÄT DES HOLOCAUST UND DAS PROBLEM DER DARSTELLUNG Shoah-Gedenken im deutschen Stadtraum, in: Lucia Scherzberg (Hg.) „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust, S.88, http://universaar.uni-saarland.de/journals/public/journals/3/Komplettausgabe_tgBeiheft5.pdf, 1.5.2016

¹⁷⁰ Salomon Korn: Geteilte Erinnerung – Holocaust-Gedenken in Deutschland, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hg.), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum, Frankfurt am Main, New York 1999, 231–243, hier 240.

Es sind aber zugleich vor allem Mitglieder der konservativen bürgerlichen Eliten in der Stadt, die sich dem Vorhaben widersetzen. Die Initiative spaltet vor allem das Lager dieser Eliten und es erweisen sich schließlich diejenigen als stärker, die sich dem Ziel der Initiative auf die eine oder andere Weise, je nach der Möglichkeit, die sich ihnen anbietet oder sie meinen, wahrnehmen zu können, widersetzen.

Kann man, wie der Kulturjournalist Bernd Behr es in der Münsterschen Zeitung nahegelegt hat,¹⁷¹ den „grimmigen Kunststreit“ tatsächlich als Auseinandersetzung zwischen Weltoffenheit und Provinzialität lesen? Eine Antwort kann sich erstens auf das Kunstverständnis und zweitens auf die erinnerungspolitische Position beziehen.

Zum ersten Punkt: Höyng, der CDU-Vorsitzende und der öffentliche Vorreiter der Initiative, sieht in der „zurückhaltend einfache(n) und klare(n) Ausdrucksform der Minimal – Art (...) in Kontrast zur barocken Fassade und Umgebung die einzig denkbare Antwort auf die Frage: 'Wie kann das Unfaßbare materialisiert werden?'" Sol LeWitts Avantgardismus erscheint ihm, gerade weil er die vertraute Ansicht des barocken Schlosses bricht, als Lösung für das kaum Darstellbare.¹⁷² Er verbindet ein modernes Kunstverständnis mit dem erinnerungskulturellen Aspekt. Ihm folgen darin die Vorsitzenden von SPD und FDP, andere öffentliche Personen und Institutionen (z.B. die Friedensinitiative Münster und das Studentenparlament), offensichtlich die veröffentlichte Meinung und einige Leserbriefschreiber. Auf beeindruckend prägnante Weise komprimiert B. Gerke-Rulle den Zusammenhang in ihrem Leserbrief: Eine extreme Geschichte fordere ein extremes Denkmal. Die Universität vertrat demgegenüber ein konventionelles Kunstverständnis und die Auffassung, die Interpretation des schwarzen Kubus sei beliebig. Der Regierungspräsident behauptete 1992, denkmalpflegerische Einwände seien für seine Entscheidung nachrangig gewesen. „Großen Einfluß [...] hätten dagegen die ablehnenden Stellungnahme des Rektorats der Universität, die des renommierten Philosophieprofessors Josef Pieper und verschiedener anderer Bürger gehabt.“¹⁷³ Wenn Piepers Stellungnahme von wichtigem Einfluss war, weil sie Schleberger überzeugte, dann ist ein Rückschluss auf das Kunstverständnis möglich: Pieper hatte dem Regierungspräsidenten offensichtlich mitgeteilt, die Black Form sei für ihn kein Kunstwerk, weil „jeder Handwerker [...] so etwas herstellen (könnte)“.¹⁷⁴ Das hieße: So fremd wie Pieper moderne Kunst gewesen ist, war sie dem Regierungspräsidenten und, so lässt sich ergänzen, den meisten Leserbriefschreibern; unter ihnen sticht E. Snoek mit seiner Philippika gegen moderne Kunst hervor.

Zum zweiten Punkt: Von vielen, die den schwarzen Kubus ablehnen, wird gleichzeitig behauptet, sie seien grundsätzlich für die Aufstellung eines Mahnmals. Sol Lewitts Werk biete aber keine angemessene Form des Gedenkens an die Judenvernichtung. Das mag die tatsächliche Überzeugung der so Argumentierenden gewesen sein. Inwiefern im Einzelfall die Ablehnung des Kunstwerks lediglich ein Vehikel für eine erinnerungspolitische Verweigerung war, ist kaum analysierbar.¹⁷⁵ Tatsächlich einen öffentlichen Diskurs mit den entscheidenden

¹⁷¹ siehe MZ vom 12.8.1989.

¹⁷² Höyngs Brief in: Goebel: Stein, S.340f, Zitat: S.340.

¹⁷³ Goebel: Stein, S.336, Zusammenfassung eines Interviews mit Schleberger am 11.12.1992.

¹⁷⁴ siehe Goebel: Stein, S.357

¹⁷⁵ Schukalla z.B. scheint ein ernstes Interesse an einem Mahnmal zu haben und ebenso die Arbeitsgruppe der Universität.

den Protagonisten im gegnerischen Lager, der Universitätsleitung und dem Regierungspräsidenten, über die Notwendigkeit anzustoßen, der „missing Jews“ zu gedenken, ist wegen der Möglichkeit, sich auf ein Nein zum Kunstwerk zu beschränken, nicht gelungen. Klaus Bußmann hat im Dezember 1992 offensichtlich auf Aufforderung der Redaktion in der „Universitätszeitung“ einen Artikel „Kunst sollte öffentlich sein“ platziert:

„Ich möchte dafür plädieren, [...] viel Kunst in den öffentlichen Raum, auch im universitäts-offiziellen Raum zu bringen als Gegenstand tagtäglicher visueller Erfahrung, als Angebot zu geistiger Auseinandersetzung und auch Einübung in Toleranz. Wie gut stände, in der aktuellen niederschmetternden Situation,¹⁷⁶ die Westfälische Wilhelms- Universität da, wenn sie es gewagt hätte, das sicherlich wichtigste Denkmal der Nachkriegszeit in Deutschland, Sol LeWitts 'Black Form (Dedicated to the Missing Jews)' vor dem Schlaunschen Schloß zu ertragen.“¹⁷⁷

Tatsächlich gilt: Die Universität wollte es nicht wagen und der Regierungspräsident wollte es ebenfalls nicht. Möglicherweise aber fehlte ihnen nicht einmal der Mut zum Wagnis, sondern sie sahen sich mit ihren pragmatischen Argumenten gegen die Wiederaufstellung der Black Form im Recht, ohne jemals an der Richtigkeit ihrer Ablehnung zu zweifeln. Das, fehlender Mut zum Wagnis oder fehlende Erkenntnis, sich mit den Argumenten der Initiative ernsthaft auseinandersetzen zu müssen, könnte allerdings möglicherweise ein Indiz dafür sein, dass, wie es der MZ-Kulturredakteur Bernd Behr vermutete, Provinzialität des Denkens eine wichtige Rolle gespielt hat.

Vielleicht aber sollte man auf die großen Begriffe von Weltoffenheit und Provinzialität verzichten und stattdessen feststellen, dass die Auseinandersetzung in Münster zwischen denen verlief, die ein modernes Kunstverständnis mit einem erinnerungspolitischen Anliegen verbinden wollten und konnten, und denen, deren konventionelles Kunstverständnis schwerer wog als ihre Bereitschaft, sich der erinnerungspolitischen Zumutung auszusetzen. Insofern könnte man präzise definieren, dass es um einen Konflikt zwischen Moderne und Tradition ging.

Die gewählte Repräsentation der Stadtgesellschaft, der Rat, hat mit ihrer Entscheidung vom 13. September 1988 dreierlei bewiesen: Sie hat sich dem Konflikt zwischen Moderne und Tradition entzogen. Sie hat mit einer nur noch symbolischen und damit wirkungslosen Geste den Versuch unterstützt, die Erinnerung an den Genozid an den Juden in Münster dauerhaft (ver-)störend zu installieren. Sie hat sich bereit gezeigt, mit ihrer Entscheidung für den Zwinger das Gedenken an die Verbrechen des Nazi – Regimes als notwendig und richtig anzusehen.

Es ist naheliegend und kann hilfreich sein, die Münsteraner Diskussion erstens mit den Vorgängen in Hamburg, die zur Aufstellung der Black Form im November 1989 führten, und zweitens mit der ebenfalls 1988 beginnenden Kontroverse um ein Holocaust-Denkmal in Berlin zu vergleichen, weil die zeitliche und inhaltliche Koinzidenz offensichtlich ist. Im Ver-

¹⁷⁶ Möglicherweise bezieht sich Bußmann auf die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber im August 1992 und vor allem auf den Mordanschlag in Mölln auf türkische Familien im November 1992.

¹⁷⁷ Bußmann, Klaus: Kunst sollte öffentlich sein, in: Universitätszeitung Dezember 1992.

gleich können manche Unterschiede oder Gemeinsamkeiten schärfer herausgearbeitet werden.

Erster Vergleich: Zum 8. November 1989 lud die Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg zur Übergabe des Monumentes für die zerstörte jüdische Gemeinde Altonas an die Öffentlichkeit. In Hamburg war möglich, was in Münster scheiterte. Die Kunsthistorikern Angeli C.F. Sachs fasst die Vorgänge in Hamburg zusammen:

„Die Geschichte der Errichtung eines Mahnmals reicht bis zum Jahr 1985 zurück, als die Altonaer Bezirksversammlung die «Kennzeichnung von Stätten ehemals jüdischen Lebens» beschloss und in der Folge zwei von ursprünglich elf geplanten Gedenksteinen mit Bronzetafeln an verschiedenen Orten der Gemeinde aufstellen ließ. 1987 kam man von diesem Konzept ab und entschloss sich, statt einzelner Findlinge oder Gedenktafeln eine größere Gedenkstätte zentral in Altona einzurichten, 1988 wurde als Aufstellungsort das Zentrum des Platzes der Republik festgelegt. Gleichzeitig wurde Kontakt mit der Hamburger Kunstkommission aufgenommen, die die Hamburger Kulturbehörde bei ihrem seit 1981 initiierten und vorbildlichen Programm «Kunst im öffentlichen Raum» berät, zu dem auch eine Reihe wichtiger Mahnmale wie das von Jochen Gerz und Esther Shalev-Gerz gehören. Die Kunstkommission veranstaltete einen geschlossenen Wettbewerb mit den Künstlern Rebecca Horn, Ronald B. Kitaj und Rainer Ruthenbeck, der aus verschiedenen Gründen zu keinem Ergebnis führte. Daraufhin entstanden Überlegungen, Sol LeWitts zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgerissene Münsteraner Skulptur für Hamburg zu duplizieren. Die Behörde nahm im Februar 1989 Kontakt mit dem Künstler auf, der prinzipiell interessiert war, aber Bedenken hatte, zwei nahezu identische permanente Installationen zu demselben Thema in Deutschland zu platzieren. Der weitere Gang der Ereignisse in Münster begünstigte allerdings die Hamburger Lösung und Sol LeWitt kam im Juli 1989 zu einer Ortsbesichtigung nach Hamburg-Altona, wo er den genauen Standort auswählte, die Größe der Skulptur festlegte und die Gestaltung der Umgebung und Bepflanzung mit Rosen skizzierte. Am 8. November 1989 wurde das Mahnmal der Öffentlichkeit übergeben.“¹⁷⁸

Die Aufstellung des Kunstwerks in Hamburg-Altona hat anders als bei der Münsteraner Initiative eine lange Vorgeschichte. Es gibt, ähnlich wie es die Arbeitsgruppe der Universität für Münster als Verfahren vorgeschlagen hatte, einen (geschlossenen) Ideenwettbewerb, der aber zu keinem Ergebnis führt. In Kenntnis des konkreten Kunstwerks und des Ortes, an dem es stehen soll, fällt die Entscheidung für die Aufstellung, offensichtlich weil die Verantwortlichen Sol LeWitts künstlerischen und erinnerungspolitischen Intentionen folgen wollen.

Es hat offensichtlich, und das ist besonders wichtig, keine der Installation vorgelagerte Diskussion um sie in der Öffentlichkeit gegeben. Lediglich nach der erfolgten Einweihung gibt es eine kritische Reaktion: Die Hamburger Ausgabe der BILD-Zeitung vom 10. November 1989 enthält einen Artikel: „Was Bürger über ein Denkmal denken. Schwarzer Klotz vorm Rathaus.“ Die Journalistin Debbie Gottlieb schreibt darin: „Manche Altonaer sehen das

¹⁷⁸ Angeli C. F. Sachs, «Formen der Erinnerung. Zwei Mahnmale von Jenny Holzer und Sol LeWitt in Deutschland», in: kunsttexte.de, Nr. 3/2002, S.5f., <http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/download/kume/sachs.PDF>

neue Kunstwerk mit gemischten Gefühlen. Viele wissen nicht einmal, dass es sich um eine Gedenkstätte handelt“ und zitiert vier Meinungen:

„Ich weiß nicht, was der schwarze Block bedeuten soll.“ (Handelschülerin (16)). „Das Denkmal ist schon wichtig. Aber ich fürchte, dass es bald total beschmiert ist.“ (Rentner (62)). „Es fehlt eine Hinweistafel direkt am Denkmal. Damit man auf den ersten Blick informiert ist.“ (Junge Frau 18). „Ich finde es gut, daß so ein Denkmal aufgestellt wird. Aber irgendwie paßt es hier nicht hin.“ (Reederei – Kaufmann (49))¹⁷⁹.

Eine Kampagne gegen das bereits aufgestellte Mahnmal wird daraus nicht. Ende 1989 leben in Hamburg knapp mehr als 1.600.000 Einwohner, in Münster sind es damals knapp mehr als 253.000. Die Aufstellung der Black Form in Hamburg-Altona war, selbst wenn sie öffentlichkeitswirksam und im Beisein des Hamburger Kultursenators Ingo von Münch stattfand, ein dezentrales Ereignis, keines, das die gesamte Stadt betraf. In Münster bezog sich der Versuch der Initiative auf einen der zentralen Orte der Stadt und mit dem Schloss auf ein städtisches Wahrzeichen. Das könnte den Unterschied in den Reaktionen auf Sol LeWitts Black Form in den beiden Städten erklären. Eine spekulative Frage ist aber berechtigt: Welche öffentliche Diskussion hätte es in der Millionenstadt Hamburg gegeben, wenn der Kultursenator Sol LeWitts Black Form vor dem städtischen Rathaus an der Binnenalster hätte aufstellen wollen statt vor dem Rathaus in Altona? Die Frage ist nicht zu beantworten. Sie macht aber den Unterschied der Platzierung des Mahnmals in den beiden Städten deutlich: den Aspekt der Zentralität in der jeweiligen Stadt.

Es sind städtische Institutionen (Altonaer Bezirksversammlung, Hamburger Kunstkommission und schließlich die Kulturbehörde der Stadt), die das Gedenken im Rahmen des bereits existierenden Programms „Kunst im öffentlichen Raum“ forcieren. In Münster aber, soweit das rekonstruierbar ist, verhalten sich die offiziellen städtischen Organe und Verantwortlichen abwartend und die involvierte Universitätsleitung und vor allem der entscheidende Regierungspräsident beziehen im gegnerischen Lager Position. Es sind die beiden letzten Aspekte, die den Unterschied zur Münsteraner Diskussion erklären können.

Zweiter und noch aufschlussreicherer Vergleich: Im August 1988 schlägt die Publizistin Lea Rosh auf einer Podiumsdiskussion vor, auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände in Berlin-Kreuzberg ein »Mahnmal als sichtbares Bekenntnis zur Tat« zu errichten. Im Mai 2005 wird das Denkmal nach langer Auseinandersetzung und an anderer Stelle im Zentrum Berlins eingeweiht. In den 17 Jahren, die zwischen erster Idee und Realisierung liegen, steht das Projekt immer wieder auch vor dem Scheitern. 1992 ist es der Initiative gelungen, die Unterstützung durch die CDU-geführte Bundesregierung und den Berliner Senat zu erlangen. Zwei Wettbewerbe zur Gestaltung des Denkmals finden statt. Der erste endet ergebnislos. Nach dem zweiten einigt sich die Findungskommission schließlich auf die Stelenkonzeption des amerikanischen Architekten Peter Eisenman. Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998 erklärt die SPD, im Falle ihres Sieges das Denkmal nicht zu errichten. „Michael Naumann [...], der von Gerhard Schröder, dem Kanzlerkandidaten der SPD, als zukünftiger Kulturstaatsminister favorisiert wurde, forderte im Juli 1998, die Pläne für das Denkmal aufzugeben. Eisenmans

¹⁷⁹ Debbie Gottlieb: Was Bürger über ein Denkmal denken. Schwarzer Klotz vorm Rathaus, Bild-Zeitung vom 10.11.1989, Springer – Archiv Hamburg, in: Goebel, Fassung im Stadtarchiv, o.S.

Vorschlag erinnere in seiner Monumentalität an Albert Speers Entwürfe für Germania. Zudem hätten die Deutschen den 'merkwürdigen Hang, sich als Täter in eine sublimierte Opferrolle hereinzudrängen. Sie wollen jetzt sozusagen das Recht auf ein Mahnmal einklagen'". Die seit September 1998 regierende rotgrüne Koalition beschließt, den Bundestag über das Denkmal abstimmen zu lassen. Der Sinneswandel vor allem bei Bundeskanzler Schröder scheint auf den öffentlichen Skandal um Martin Walsers Rede im Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche zurückzuführen zu sein; der Schriftsteller hatte in ihr den nachhaltigen Eindruck erweckt, es sei notwendig, einen Schlusstrich unter das Gedenken an den Holocaust zu ziehen. Mit Mehrheit entscheidet sich das Parlament schließlich im Juni 1999 für ein reduziertes Stelenfeld (von 4.000 auf 2.711 Stelen verkleinert), das um ein Informationszentrum ergänzt werden soll.

Die Berliner Initiative entwickelt sich unabhängig von Parteien wie die Münsteraner, die vom damaligen Museumsdirektor angestoßen und forciert wird. Die Berliner Initiative findet politische Unterstützung bis in die höchsten Regierungskreise, die Münsteraner Initiative wird schließlich getragen zumindest von den drei Vorsitzenden von CDU, SPD und FDP und auch die Grünen unterstützen sie, wenn auch mit Vorbehalten. Die Berliner Initiative formuliert einen Willen, dem zunächst jeder Gegenstand fehlt: Fraglich ist, wie das Mahnmal aussehen könnte. Die Münsteraner Initiative präsentiert von Beginn an den Ort und das Kunstwerk, das als Mahnmal errichtet werden soll.

Die schwierigsten Diskussionen beginnen für die Berliner Initiative in dem Augenblick, in dem die Entwürfe für das geplante Mahnmal eingehen und der Öffentlichkeit präsentiert und Gegenstand des internen Bewertungsprozesses werden. In Münster sieht sich die Initiative angesichts der Plastizität ihres Vorhabens mit der Schwierigkeit der Auseinandersetzungen von Beginn an konfrontiert. Jeder, der sich dafür interessierte, konnte eine klare Vorstellung davon haben, in welcher Weise das Mahnmal die Stadt oder zumindest den Platz vor dem Schloss verändern würde. Die Argumente von Gegnern und Befürwortern in Berlin und Münster folgten dabei im Wesentlichen denselben Mustern.¹⁸⁰

So kommentierte Salomon Korn einen Entwurf, „die gigantische schräg gestellte Platte habe mit Kunst wenig zu tun. Die Aussage des Entwurfs sei ebenso beliebig und austauschbar wie die eingemeißelten Namen, die in millionenfacher Reihung eben jene Anonymität erzeugten, die die Nennung aufzuheben vorgebe. Er befand außerdem, die Grabplatte helfe dem Betrachter nicht, Dinge, die er ansatzweise begriffen habe, partiell fühl- und erlebbar zu machen.“ So plädierte eine Gruppe von Historikern, Politikern und Publizisten dafür, von dem Mahnmal abzusehen, und sprach sich für einen „Verzicht aus Einsicht“ aus: „Wir sehen nicht, wie eine abstrakte Installation von bedrückend riesigem Ausmaß – auf einem Feld von der Größe eines Sportstadions – einen Ort der stillen Trauer und Erinnerung, der Mahnung oder sinnhaften Aufklärung schaffen könnte“. Michael Naumann, der spätere Kulturstaatsminister, plädierte in dieselbe Richtung. „Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, lehnte das Denkmal ebenfalls ab. Bereits 1994 hatte er betont, Berlin dürfe

¹⁸⁰ Zur Entstehung des Holocaust – Denkmals siehe im Detail und zur Überprüfung des Vergleichs: <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/steinberg-katharina-2012-08-14/PDF/steinberg.pdf>, S.88ff., Zitat, S.96, 6.5.2016. Zur Rezeption der Friedenspreis – Rede von Martin Walser s. Lutz Hagestedt: Der Streitverlauf in Stimmen und Zitaten, in: http://literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=20, 23.8.2016

keine Hauptstadt der Reue werden [...].“ „Der Schriftsteller [Martin Walser, der Verf.] sprach sich gegen das Denkmal aus und erklärte: 'In der Diskussion um das Holocaust-Denkmal in Berlin kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichten, die sich für das Gewissen der anderen verantwortlich fühlen: die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Albtraum. Die Monumentalisierung der Schande' [...].“ „Am 25. Juni 1999 wurde im Bundestag über sechs Anträge entschieden. Der erste Antrag lautete, kein Denkmal zu bauen und die vorgesehenen Mittel den Gedenkstätten zukommen zu lassen. Der zweite Antrag sah vor, das Denkmal allen Opfern der nationalsozialistischen Gewalt zu widmen. Der dritte Antrag sprach sich für den Entwurf des Theologen Richard Schröder aus. Schröder hatte einen Obelisken mit der Inschrift „Du sollst nicht morden“ vorgeschlagen. Die anderen Anträge bezogen sich auf drei verschiedene Eisenman-Modelle. Beschlossen wurde Eisenmans zweiter Entwurf: das verkleinerte Stelenfeld mit 2.711 Stelen, ergänzt durch ein Informationszentrum [...]. Das abstrakte Gedenken an die Opfer im Stelenfeld sollte im unterirdischen Ort der Information konkretisiert und personalisiert werden [...].“¹⁸¹ Die wenigen Beispiele machen deutlich, dass die Polarität der Meinungen auf der nationalen Ebene im Einzelnen ausgeprägter ist als in der münsteraner Diskussion 1988/89, aber, schaut man genauer hin, sich im Wesentlichen nicht davon unterscheidet. Die entscheidenden Fragen in der Auseinandersetzung um das Berliner Denkmal sind: Lässt sich der Verbrechen überhaupt in Gestalt eines Kunstwerks gedenken? Welches Kunstverständnis soll dem Gedenken zugrundeliegen? Noch Schröders Obelisk mit der konkreten Inschrift opponiert gegen die abstrakte Kunst Eisenmans. Ist es überhaupt notwendig, der „Schande“ zu gedenken? Im Kern geht es wie in Münster darum, ob und wie sich ein Mahnmal für die ermordeten Juden künstlerisch realisieren lassen kann.

Es ist wahrscheinlich vor allem der Unterschied im Ablauf zwischen dem Berliner und dem Münsteraner Projekt, der eine weitere Erklärung dafür liefert, dass die Installation der Black Form scheiterte. Die Konkretionen - Ort der Aufstellung und Aussehen des Mahnmal sind bekannt - ermöglichten den Gegnern des Vorhabens von Beginn an, sich im erinnerungskulturellen Diskurs auf die Diskussion um das Kunstwerk zu beschränken oder auch – und davon gibt es einige öffentliche Stellungnahmen - das Kunstwerk zum Anlass einer offensichtlich differenzierten Problematisierung eines angemessenen Andenkens an die Opfer zu nehmen.

Die Münsteraner Auseinandersetzung – das sagt der Vergleich mit der späteren Diskussion um die konkrete Ausgestaltung des Berliner Holocaust – Denkmals – befand sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung auf der Höhe der damaligen Zeit.

Die Debatte um das Berliner Denkmal weist im Wesentlichen dieselben Argumentationsfiguren auf wie die einige Jahre vorher in Münster geführte Kontroverse. Anders als in Münster, wo der Regierungspräsident das Projekt der Initiative mit seinem Machtwort endgültig erledigen konnte, ist die Debatte um das Berliner Denkmal nicht vorzeitig beendet worden. Bundeskanzler Schröder, der sich zunächst wie sein späterer Kulturstaatsminister und die SPD gegen das Denkmal positioniert hatte, hielt nach Walsers Rede ein Nein nicht mehr für opportun, weil es „fatale Folgen“ gehabt hätte.¹⁸² Die Errichtung eines Denkmals im Zentrum Berlins war ein hochsensibles Politikum geworden und von Beginn an ein Gegenstand

¹⁸¹ Die Zitate stammen aus der Dissertation von Katharina Steinberg: Denkmal, S.88ff, a.a.O, 15.7.2016

¹⁸² Steinberg: Denkmal, S.97.

nationaler und internationaler Aufmerksamkeit. In Münster konnte der Regierungspräsident als Einzelperson seine Macht nutzen, um die Debatte zu beenden, weil er solche Rücksichten nicht zu nehmen brauchte, sondern in dem Bewusstsein handeln konnte, mit seiner Entscheidung einer weitverbreiteten Meinung in der Stadtgesellschaft gefolgt zu sein.

Der Münsteraner Jude und ehemalige KZ-Häftling Günther Pelikan hat 1992 in dem bereits zitierten Brief eine eindeutige Position bezogen:

„Ich bedaure es sehr, daß das Mahnmal entfernt worden ist. Meiner Meinung nach hätte es Münster sehr gut zu Gesicht gestanden, ein solches Monument in unseren Mauern zu beherbergen. Es hätte auch gut zur Geschichte des Widerstandes gepaßt, den einige hervorragende Persönlichkeiten in Münster gegen den Faschismus geleistet haben.“¹⁸³

Heute erinnert in Münster der Zwinger an die Verbrechen des Nazi-Regimes, darunter die Gewalt gegen Angehörige von Minderheiten, und seit 1991 gibt es an der Warendorfer Straße am ehemaligen „Gertrudenhof“, der Sammelstelle für die Deportationen, eine nur auf die jüdischen Opfer aus der Stadt bezogene Gedenktafel. Darauf findet sich folgender Text:

*„Den jüdischen Opfern des Holocaust 1941 – 1945
An dieser Stelle nahm für Münster und das Münsterland der Holocaust, die systematische Verschleppung und Vernichtung der Juden durch die nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland erstmals konkrete Gestalt an. In den Tagen vor dem 13. Dezember 1941 wurden in dem damals hier befindlichen Lokal „Gertrudenhof“ 403 jüdische Männer, Frauen und Kinder, davon 105 aus Münster, gewaltsam und unter entwürdigenden Umständen zusammengeführt. In der Nacht zum 13. Dezember wurden sie zum Güterbahnhof verbracht. In verschlossenen Waggons verließen sie Münster gegen 10.00 Uhr vormittags. Vier Tage später endete der Transport im Ghetto Riga. - Weitere Deportationen folgten am 27. Januar 1942 ebenfalls nach Riga, dann am 31. März 1942 nach Warschau und am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt. Von den 299 Menschen, die aus Münster in die Lager verschleppt wurden, überlebten nur 24. Am 12./13. Dezember 1991 erinnerten Rat und Verwaltung der Stadt Münster zusammen mit der Jüdischen Kultusgemeinde und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit an diese ungeheuerlichen Verbrechen.“¹⁸⁴*

Die Erinnerung an „diese ungeheuerlichen Verbrechen“ wird über den Text gesteuert. Er beschreibt prägnant die Funktion des „Gertrudenhofs“, der Schicksalsort für die Münsteraner und Münsterländischen Jüdinnen und Juden gewesen zu sein.

Immer wieder aber ist in der Literatur davon die Rede, dass ein Holocaust-Denkmal sich der Aufgabe zu stellen hat, Undarstellbares in irgendeiner Weise gegenständlich zu erfassen. Die

¹⁸³ Brief von Günther Pelikan an Stefan Goebel, 12.11.1992, in: Goebel: Stein, S.381.

¹⁸⁴ <http://www.juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/m-o/1361-muenster-nordrhein-westfalen>, 18.6.2016. Zur Erinnerungskultur in Münster insgesamt siehe den Beitrag von Norbert Schäfers in diesem Band.

Germanistin und Medienwissenschaftlerin Yvonne Al-Taie formulierte 2011 folgende Überlegungen zu Holocaust-Denkmalen :

„Der Problematik der Undarstellbarkeit tragen die unterschiedlichen Projekte der „Gegen-Mahnmale“ durch eine eigentümliche Dialektik Rechnung, indem sie gezielt Formen und Funktionsweisen der Denkmalarhitektur negieren und in ihr Gegenteil verkehren, um so zum Ausdruck zu bringen, dass sich der Opfer der Shoah nicht in gleicher Weise gedenken lässt, wie man anderer historischer Ereignisse gedenkt“¹⁸⁵.

Danach müsste sich ein Holocaust-Denkmal den traditionellen Formen verweigern und stattdessen versuchen, jedes Gefühl der Verehrung zu vermeiden und das Gefühl von Verstörung zu vermitteln. Dann wäre gerade Sol LeWitts Black Form als Ergebnis des Konzepts einer 'Minimal Art', das Anschaulichkeit verneint und dessen Sperrigkeit sich im Kontrast zur barocken Front des Münsteraner Schlosses hätte entfalten können, ein geeignetes Objekt des Mahnens und Gedenkens gewesen.

Beate Gerke-Rulle hatte zu Beginn der öffentlichen münsteraner Diskussion in einem Leserbrief mit ihren Worten und in ihrer Deutung der Black Form diese Wirkung beschrieben:

„Ich befürworte die ungeformte 'schwarze Form' deswegen, weil ich dieses Maßlose [Gemeint ist „die Maßlosigkeit des Furchtbaren“, d.Verf.] in ihr wiederfinde, weil sie ahnen lässt, wie viel Geschehenes ich mir nicht ausmalen kann und nicht erfahre. Weil sie eine schwarze Leinwand ist für die Bilder, die mir kommen oder vielleicht nicht kommen wollen. Weil ich es aushalten will, dass sie ausgerechnet aus Gas-Beton besteht, und weil sie niemanden für seine Phantasie straft, sie könne aus menschlicher Asche sein.“¹⁸⁶

Dieses Verstörende, meinte sie, leistete Sol LeWitts Black Form. Vergleichbares können weder der Anblick der gefälligen Architektur des Zwingers noch die Worte auf der Gedenktafel an der Warendorfer Straße leisten. Ähnliches können der Rundgang durch das Innere des Zwingers und die dortige Installation von Rebecca Horn „Gegenläufiges Konzert“ leisten, aber im Unterschied zur Black Form vor dem Schloss nicht als ständige öffentlich wirksame Verstörung.

Saskia Handro kommt in ihren knappen Ausführungen zur Auseinandersetzung um die Black Form zu folgendem Urteil:

„Die Chance, den Hindenburgplatz durch ein Mahnmal an eben jener Stelle symbolisch neu zu besetzen, an der 90 Jahre zuvor Wilhelm I. mit einer Reiterstatue geehrt worden war, und damit die Chance, im Horizont der späten 1980er Jahre durchaus

¹⁸⁵ siehe Yvonne Al-Taie DIE SINGULARITÄT DES HOLOCAUST UND DAS PROBLEM DER DARSTELLUNG Shoah-Gedenken im deutschen Stadtraum, in: Lucia Scherzberg (Hg.) „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust, S.109, http://universaar.uni-saarland.de/journals/public/journals/3/Komplettausgabe_tgBeiheft5.pdf, 6.5.2016. Als Gegen-Mahnmale nennt Al-Taie u.a. Shimon Atties Installationen mit dem Titel Sites Unseen und Jochen Gerz, der zusammen mit seiner Ehefrau Esther Shalev-Gerz das Mahnmal gegen Faschismus, Krieg und Gewalt – für Frieden und Menschenrechte in Hamburg-Harburg entworfen hat, S.99 und 102.

¹⁸⁶ siehe Anm. 111

„zukunfts-trächtige Wege der Holocausterinnerung im öffentlichen Raum zu beschreiten, wurde in Münster vertan.“¹⁸⁷

Der CDU-Vorsitzende Höyng hatte bereits in seinem Brief vom März 1988 zurecht darauf hingewiesen, dass die Installation der Black Form weit über Münster hinaus Bedeutung habe. Mit dem Scheitern der Initiative ist tatsächlich die Chance vertan worden, „zukunfts-trächtige Wege der Holocausterinnerung im öffentlichen Raum zu beschreiten“. Die Diskussion in Münster befand sich auf der Höhe der Zeit und verblieb dort, weil der Durchbruch auf „zukunfts-trächtige Wege der Holocausterinnerung“ nicht möglich war.

Es gibt keine schärfere Abgrenzung gegenüber einem identifikatorischen Umgang mit der Geschichte des eigenen Volkes als das Gedenken an die Verbrechen, die es begangen hat. Die Initiative von 1988/89 verbindet diese radikale Position mit dem Objekt einer avantgardistischen Kunstauffassung. Sabrows Identitätsressource bekommt damit eine zweite Dimension: Die erste besteht in der Abgrenzung gegenüber der eigenen Geschichte und die zweite darin, die Abgrenzung als stimmig, als passend zu dem historischen Ereignis, in einem bestimmten Kunstwerk, im konkreten Fall einem der Minimal Art, wahrnehmen zu können. Das sind zwei Anforderungen auf einmal, und es spricht vieles dafür, dass beide Anforderungen zusammen die Münsteraner Stadtgesellschaft überfordert haben. Es ist aber auch offensichtlich, dass sie bereit war, das Gedenken an die Verbrechen des eigenen Volkes in anderer Form als einer avantgardistischen und stets (ver-)störenden zu akzeptieren.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den beiden Beispielen über den Umgang mit „Helden“ und „Außenseitern“ der NS - Diktatur in Münster seit den späten 1980er Jahren ziehen?

In beiden Fällen, dem Bürgerbegehren von 2012 und der Initiative von 1988, geht es um ein Scheitern, aber was die Stoßrichtung betrifft, stehen sie einander diametral gegenüber: Im ersten Fall wollten die Initiatoren den Namen eines Mannes retten, der an entscheidender Stelle dazu beitrug, den Machtantritt der NSDAP zu ermöglichen, und von deren führenden Männern als Held für ihre eigenen Zwecke genutzt wurde, im zweiten Fall sollte denjenigen, die in der nationalsozialistischen Diktatur auf brutalste Weise als Außenseiter stigmatisiert und schließlich millionenfach ermordet wurden, ein Denkmal gesetzt werden.

Die Analyse des ersten Beispiels hat, ohne dass es Mittelpunkt stand, auch erläutert, warum 2012 *immer noch* eine solche starke, wenn auch letztlich unterlegene Bewegung für Hindenburg möglich war. Die Analyse des zweiten Beispiels hat erklärt, warum es 1988/89, trotz der erinnerungskulturellen Wende, *noch nicht* möglich war, das konkrete Erinnerungsmal durchzusetzen.

In der TAZ, Hamburger Ausgabe erscheint am 9. November 1989 ein Artikel von Tatjana Jesch über die Einweihung der Skulptur von Sol LeWitt in Hamburg-Altona. In ihm ist die

¹⁸⁷ Handro: Geschichte: S. 56f.

Falschmeldung zu lesen: „Zuvor hatte die Stadt Münster den Gedenkstein angekauft. Dort durfte er aber nicht stehen bleiben, weil er zuviel Anstoß erregte.“¹⁸⁸

Wegen der Falschmeldung beginnen die Überlegungen zu den Schlussfolgerungen mit einem Gedankenspiel: Was wäre 1988/89 passiert, wenn sich die Initiative durchgesetzt hätte, Universität und Regierungspräsident hätten der Wiederaufstellung der Black Form zugestimmt und die Installation hätte bevorgestanden? Hätte sich eine Bürgerinitiative gebildet, die gegen den schwarzen Kubus mobilgemacht hätte (wie 2012 für die Rückbenennung des Schloss- in Hindenburgplatz) , und wenn ja, mit welchen Argumenten wäre in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzung geführt worden und was wäre das Ergebnis gewesen? Das ist ein spannendes, aber letztlich fruchtloses Gedankenspiel, weil sich die historische Analyse auf das zu beziehen hat, was geschehen ist. Es ist lediglich ein Hinweis darauf, dass 1988/89 die Traditionalisten bei der Frage: Wie gehen wir mit den Außenseitern, den Opfern der nationalsozialistischen Diktatur, um? noch kein Bürgerbegehren benötigten, um sich durchzusetzen. 2012, bei der Frage: Wie gehen wir mit einem „Helden“ des Nationalsozialismus um? brauchten sie es. Sie verloren.

Auf den ersten Blick bietet sich daher die Schlussfolgerung an, dass in den Jahren zwischen 1988/89 und 2012 in der Erinnerungspolitik die Traditionalisten an Boden verloren und die Vertreter der Moderne daran gewonnen haben.

Die zwei Beispiele sind gegen die Chronologie angeordnet. Die Ereignisse um den Schlossplatz liegen zum Schreibzeitpunkt vier Jahre zurück, die Diskussion um die Black Form liegt 28 Jahre zurück. Im ersten Beispiel gewinnen die Modernisierer, im zweiten Beispiel die Traditionalisten. Die Umkehrung von erstem und zweitem Beispiel hätte schon in der Anordnung den Eindruck eines erinnerungskulturellen Fortschritts vermittelt. Er aber war aus Gründen zu vermeiden, denn schaut man länger auf die beiden Beispiele, ergibt sich ein Ergebnis, das den schnellen Eindruck eines erinnerungskulturellen Fortschritts zumindest differenziert.

In der Einleitung meiner Ausführungen steht ein Zitat des Potsdamer Historikers Martin Sabrow aus dem Jahr 2013:

„Vergangenheit ist für uns eine ganz wesentliche Identitätsressource geworden, aber nicht im Sinne der Bestätigung, der Nachahmung, der Verpflichtung, sondern eher im Sinne einer Abgrenzung, einer Vergewisserung, dass diese Vergangenheit nicht wiederkehrt.“

Bezieht man Sabrows Kategorien auf die beiden Beispiele, kommt man zu folgenden Einsichten: Das erste Beispiel, die Kontroverse um die Rückbenennung des Schloss- in Hindenburgplatz, ist, sofern sie die bürgerlichen Eliten betrifft, die Auseinandersetzung zwischen denen, die die Vergangenheit als „Identitätsressource“ im Sinne der „Verpflichtung“ begreifen und denen, die sie im „Sinne einer Abgrenzung“ verstehen. 2012 ging es um eine ambivalente historische Person, deren Mythos als Held die Nationalsozialisten zu ihrem Vorteil benutzt

¹⁸⁸ Tatjana Jesch, Ein schwarzer Stein des Anstoßes. Sol LeWitts Plastik „Black Form“ als Denkmal der Judenverfolgung vor dem Rathaus [in Altona, d. Verf.] enthüllt: Geschenk des Künstlers, in: TAZ 9.11.1989, abgedruckt in Goebel, Stadtarchiv, Signatur 4 SAB 115, o.S.

haben. Eine ambivalente historische Person, deren Kontamination mit dem Nationalsozialismus zumindest begründet werden kann, nahmen Mitglieder der konservativen Eliten zum Anlass des Versuchs, sie mit Hinweis auf ihre vermeintlichen oder tatsächlichen historischen Leistungen in die nationale Identitätsfindung des Einzelnen zu integrieren.

Für das zweite Beispiel, die Debatte um die Wiederaufstellung der Black Form – Dedicated to the Missing Jews, ist der Befund anders. Mit wenigen Ausnahmen besteht offensichtlich ein Grundkonsens darin, dass die Identitätsressource nur im Sinne „einer Vergewisserung, dass diese Vergangenheit nicht wiederkehrt,“ funktionieren kann. Die wenigen Ausnahmen beziehen sich auf die wie auch immer begründete Verweigerung des Gedenkens an den von Deutschen zu verantwortenden Genozid an den Juden. Die andere Seite der Vergangenheit als Identitätsressource zu nutzen, verbot sich angesichts des historischen Sachverhalts von selbst. Die Verbrechen des eigenen Volkes zum Gegenstand des Mahnens zu machen, ist ein sehr komplizierter und, folgt man Salomon Korn, einmaliger Vorgang, weil er die Dekomposition nationaler Identität befördern kann. Die von den Repräsentanten der Stadt gewollten und durchgeführten Erinnerungs-, Gedenk- und Mahnaktivitäten, z.B. die Renovierung des Zwingers, der Ankauf von Rebecca Horns Kunstwerk als dauerhafte Installation und die Gedenktafel am Ort des ehemaligen Sammelpunktes für die münsteraner Juden vor ihrer Abreise in das todbringende Riga, sind Belege dafür, dass die Stadtgesellschaft sich dieser Aufgabe gestellt hat, die Verbrechen des eigenen Volkes „im Sinne der Abgrenzung“ zum öffentlichen Thema zu machen. Im Falle der Debatte um die Black Form ging es nicht darum, dass Erinnerung an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungswillens notwendig ist, sondern darum, wie sie geschehen sollte. Spricht man von einer Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Vertretern der Moderne in den bürgerlichen Eliten, dann bezieht sie sich vor allem darauf, dass die einen im Gegensatz zu den anderen ein Werk avantgardistischer Kunst nicht als angemessenen Anstoß des Gedenkens an die Opfer der Nazi – Verbrechen verstehen konnten oder wollten.

Im ersten Beispiel geht es nicht um das Wie, sondern um das Dass, dass Hindenburg zur bundesdeutschen Erinnerungskultur gehören muss oder nicht gehören darf. Die Kontroverse um den Namen ist in diesem Sinne anders als die Debatte um die Black Form fundamental.

Man kann daher die Tatsache des Bürgerbegehrens von 2012 als erinnerungskulturellen Rückschritt gegenüber der Debatte von 1988/89 qualifizieren, weil es der Verteidigung einer historischen Person galt, die mit ihren politischen Entscheidungen Ende 1932 bis zu ihrem Tod 1934 mit dazu beigetragen hat, den Genozid an den Juden zu ermöglichen. Man wird aber auch differenzieren müssen zwischen den Initiatoren und ihren intellektuellen Unterstützern aus konservativen Kreisen und der Mehrheit derjenigen, die sich schließlich für den Namen Hindenburg ausgesprochen haben, denn für diese Mehrheit war es keine Auseinandersetzung um die erinnerungspolitische Hegemonie in Münster.

Die Wiedererrichtung der Black Form ist 1989 gescheitert, aber in der Folge sind andere Orte des Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik realisiert worden. Hindenburg ist als Name für den Platz vor dem Schloss verhindert worden.

In beiden Fällen zeigt sich eines deutlich: Offensichtlich ist Erinnerungspolitik immer vor allem eine Angelegenheit der Eliten. Sie sind besonders in der Lage, die Praxis des Erinnerns nachhaltig zu beeinflussen. In Münster sind es infolge der geschichtlichen Entwicklung der Stadt vor allem die konservativen Eliten. In beiden Beispielen sind diese Eliten gespalten, in das Lager der Traditionalisten und die Fraktion der Modernisierer.

Beim Bürgerbegehren 2012 ist die stärkste Partei, die CDU, uneins in ihrer Haltung. Es sind drei ihrer Mitglieder, die es initiieren, es ist der Oberbürgermeister, ebenfalls CDU, der sich öffentlich und unzweideutig gegen das Vorhaben positioniert. 1988/89 ist es der CDU-Vorsitzende, der, offensichtlich angefeindet von Mitgliedern seiner Partei, als Motor der Initiative wirkt und dessen Gegenspieler, der Regierungspräsident, derselben Partei angehört wie er.

Die Universität ist ein zentraler intellektueller Faktor in Münster. 2012 mischen sich die Historiker der WWU gegen den Namen Hindenburg in den öffentlichen Streit ein, 1988/89 blockiert die Universitätsleitung die Wiedererrichtung der Black Form und gesellschaftswissenschaftliche Fachbereiche, die daran ein Interesse haben könnten, wie bundesrepublikanische Erinnerungspolitik funktionieren sollte, melden sich nicht zu Wort.

Die Debatte um die Black Form war durch ihre Fokussierung auf das Wie komplexer als die Diskussion um die Benennung des Platzes, in der es um das Dass ging. Diese Art von Komplexität gibt es beim ersten Beispiel nicht. Die Frontlinien sind, was die bürgerlichen Befürworter des Namens Hindenburg und ihre Gegner angeht, eindeutig markiert. In einer anderen Hinsicht allerdings verhält es sich mit der Komplexität der zwei Beispiele genau andersherum: Nach der erinnerungskulturellen Wende, vor allem nach der Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust“, bestand ein bundesrepublikanischer Grundkonsens darin, dass die ermordeten Juden und ihre fehlenden Nachkommen die „Außenseiter“ und Opfer der NS-Diktatur schlechthin gewesen waren und jeder anzweifelnden Debatte über ihren Opferstatus und dessen moralische Bewertung die Legitimation entzogen war. Der Eindeutigkeit im Urteil über den Genozid an den Juden steht eine Mehrdeutigkeit im Falle Hindenburgs und seines Heldenstatus gegenüber. Weder war er im Heldenhimmel der Nationalsozialisten ein solch hell strahlender Stern wie andere, z.B. die „Blutzeugen“ vom 9. November 1923, noch ist seine Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen so eindeutig wie bei anderen Personen. Er bietet damit für die historische Rezeption durch den Einzelnen einen breiteren Bewertungs- und Diskussionsrahmen als das Thema der millionenfachen Judenvernichtung. Das spiegelt sich in der Münsteraner Debatte um die Black Form ebenso wider wie in der harten Auseinandersetzung um den Namen Hindenburgplatz.

Bei der (Re)definition gesellschaftlicher Helden und Außenseiter geht es immer auch um die Definition politischer Werte. Die Verurteilung des Holocaust ist als gesamtgesellschaftlicher Konsens in der Bundesrepublik seit Beginn der 1980er Jahre klarer gesetzt als eine Einschätzung der Person Hindenburg, seiner verschiedenen historischen Taten und Unterlassungen. Das wäre eine historische Erklärung dafür, dass es das Bürgerbegehren 2012 gegeben hat.

Man kann die Auseinandersetzung von 1988/89 als Ausdruck eines bundesrepublikanischen erinnerungskulturellen Fortschritts ansehen, an dem die Stadtgesellschaft in Münster teilhat, während das Bürgerbegehren von 2012, zumindest was seine Initiatoren angeht, ein

rückwärtsgewandtes Projekt war. Sie haben versucht, den interpretatorischen Spielraum, den sie sahen, zu nutzen und gegen gesicherte historische Erkenntnisse einen 'Helden' der Nationalsozialisten zu rehabilitieren, während es bei der Debatte um die Black Form darum ging, derer, die ihr Außenseitertum in der nationalsozialistischen Diktatur mit millionenfachem Tod bezahlen mussten, in angemessener Form dauerhaft und mahnend zu gedenken.

Man kann auch spekulative Überlegungen anstellen, indem man die beiden Beispiele in der Chronologie umkehrt: Wenn 1988/89 die Debatte um Hindenburg stattgefunden hätte, hätte das Bürgerbegehren mehr Stimmen erhalten als 2012? Wenn 2012 die Initiative zur dauerhaften Wiederaufstellung der Black Form als Mahnmal vor dem Schloss stattgefunden hätte, hätte sie mehr Chancen als 1988/89 gehabt und sich möglicherweise durchsetzen können?

Wenn man beide Fragen mit Ja beantwortete, bescheinigte man der münsteraner Stadtgesellschaft einen erinnerungskulturellen Fortschritt. Aber auch wenn sich 2012 die Initiatoren mit ihrem Bürgerbegehren nicht durchsetzen konnten – es ist schon die Tatsache des Versuchs und dessen inhaltliche Begründungen ein erinnerungskultureller Rückschritt oder zumindest ein Hinweis darauf, dass es falsch wäre, erinnerungskulturellen Fortschritt als Selbstläufer zu betrachten.

In einem Beitrag aus dem Jahr 2004 zur Frage: Wozu Gedenkstätten? heißt es:

„Es geht nicht um Erinnerung, es geht um das Bewusstsein einer Gefährdung, von der man weiß, seit man von ihr weiß, seit man weiß, dass es eine Illusion war, zu meinen, der Zivilisationsprozess sei unumkehrbar, von der man also weiß, dass sie immer aktuell bleiben wird.“¹⁸⁹

Der Gründer und langjährige Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma bezieht sich in seinen Worten auf den Bruch des Zivilisationsprozesses durch die singulären Verbrechen der NS-Diktatur im Namen des deutschen Volkes und er weist auf einen zentralen Aspekt hin. Der Begriff „Erinnerungskultur“ wird erst durch Reemtsmas Gedanken eine inhaltliche Kategorie: Es geht nicht lediglich darum, Orte der Erinnerung als Aufforderung zum Blick auf die deutsche Vergangenheit zu schaffen, sondern mit ihnen und durch sie die ständige Gefährdung des Zivilisationsprozesses vor Augen zu führen, weil die Möglichkeit des Zivilisationsbruchs immer aktuell ist.

Es ist vor allem der Gedanke, dass „die Möglichkeit des Zivilisationsbruchs immer aktuell ist“, entscheidend, ein Gedanke, der Erinnerungspolitik und die Haltung gegenüber geschichtlichen und aktuellen Entwicklungen prägen und Skepsis gegenüber der Idee von kontinuierlichem erinnerungskulturellen Fortschritt hervorrufen sollte. Wenn der erinnerungskulturelle Diskurs als Aufklärung gegenüber der Möglichkeit des immer denkbaren Zivilisationsbruchs funktioniert, dann leistet er einen wichtigen Beitrag zu dessen Verhinderung. Die Stadtgesellschaft in Münster hat auf ihre Weise dazu Wichtiges geleistet, auch wenn die Initiative von 1988/89 gescheitert ist und die Initiatoren des Bürgerbegehrens von 2012 ein rückwärtsgewandtes Projekt verfolgten. Wenn dieser erinnerungskulturelle Diskurs abhängig davon ist, wer die politischen Werte definiert, an denen er sich orientiert, dann kommt

¹⁸⁹ Jan Philipp Reemtsma: Wozu Gedenkstätten?, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg April/Mai 2004, S.62

es darauf an, wer die Deutungshoheit darüber besitzt. Das ist eine politische Frage, bei deren Beantwortung jeder Glaube an einen kontinuierlichen Fortschritt im Umgang mit der Vergangenheit den Blick zumindest einengen kann.

Die beiden Beispiele machen deutlich, dass das, was Erinnerungskultur heißt, vor allem wenn sie öffentlich verhandelt wird, entscheidend von gesellschaftlichen und politischen Konstellationen abhängig ist. Schon die Definitionen von Helden und Außenseitern sind soziale Konstrukte, Ergebnisse sozialer Zuschreibungen.¹⁹⁰ Der augenblickliche öffentliche politische Diskurs ist nicht unwesentlich geprägt von Politikerinnen und Politikern der AfD. Sie drehen an der „rechtspopulistischen Eskalationsschraube“.¹⁹¹ Der Parteivize Alexander Gauland platziert fremdenfeindliche Äußerungen, der Vorsitzende der thüringischen Landtagsfraktion Björn Höcke entwickelt öffentlich rassistische Denkansätze, die Vorsitzende der Partei Frauke Petry will den von der nationalsozialistischen Rassenideologie endgültig diskreditierten Ausdruck „völkisch“ wieder hoffähig machen und eine Bundestagsabgeordnete der CDU verwendet den Nazibegriff „Umvolkung“, um die Asylpolitik der Bundesregierung zu kritisieren. In der Sprache beginnt der Versuch, die Erinnerung an die deutsche Geschichte zwischen 1933 bis 1945 zu verändern.

Die beiden Beispiele machen deutlich, dass es richtig und notwendig ist, auf die deutsche Geschichte als Identitätsressource so zuzugreifen, wie Sabrow es 2013 als vorherrschend angesehen hat: in der Abgrenzung von ihr und in der Absicht, „dass diese Vergangenheit nicht wiederkehrt.“

Das Projekt von 1988/89 hätte in Reemtsmas Sinne mit allen Irritationen, die damit hätten verbunden sein können, antisemitischen Schmierereien z.B., gerade dadurch ein Bewusstsein von der Gefährdung des Zivilisationsprozesses vermitteln können.

Wenn in der Sichtachse zum Schloss, auf dem Platz des ehemaligen Denkmals für den deutschen Kaiser Wilhelm I., das Monument Sol LeWitts mit der Widmung „Dedicated to the missing Jews“ stünde und der Schlossplatz hieße noch Hindenburgplatz und über das Wirken Hindenburgs würde an Ort und Stelle kritisch und anschaulich informiert, beides zusammen böte ein aufklärerisches erinnerungskulturelles Ensemble, weil es die historische Spannung dokumentierte, in der die Deutschen nach 1945 zu leben hatten und haben, ob sie es wollten und wollen oder nicht. 2005 hat der Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel festgestellt:

¹⁹⁰ Siehe dazu: Das Heroische in der neueren kulturhistorischen Forschung: Ein kritischer Bericht von Ronald G. Asch / Achim Aurnhammer / Carolin Bahr / Ulrich Bröckling / Michael Butter / Andreas Friedrich / Andreas Gelz / Barbara Korte / Jörn Leonhard / Stefanie Lethbridge / Monika Mommertz / Dietmar Neutatz / Tobias Schlechtriemen / Gero Schreier / Thomas Seedorf / Ralf von den Hoff, Sonderforschungsbereich 948 „Helden – Heroisierungen – Heroismen“, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, zitiert aus: <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-2216?title=das-heroische-in-der-neueren-kulturhistorischen-forschung-ein-kritischer-bericht&recno=4&q=&sort=&fq=&total=21>, 12.2.2015.

¹⁹¹ Der Ausdruck stammt von dem Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler, zitiert nach: Antonie Rietzschel: Die rhetorischen Spielchen der AfD, 30.5.2016, aus: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gauland-aeusserung-die-rhetorischen-spielchen-der-afd-1.3011941>, 19.10.2016.

„Schon macht sich eine Behaglichkeit im Gedenken breit. [...] Die Erinnerung an Auschwitz tut nicht mehr weh, mag ihr ritueller Charakter und ihre institutionelle Form auch manchen lästig sein. [...] Eines ist schon heute unübersehbar: Der Holocaustgedenktag und die zehnjährige Mahnmal-Debatte haben das Opfergedenken derart in den Vordergrund gerückt, daß die Täter hinter den Opfern unkenntlich werden [...].“¹⁹²

Dem vorgestellten Ensemble in Münster könnte man zumindest zugestehen, dass es diese Gefahr reduzierte, weil es einen Täter, der den eigentlichen Tätern ihr mörderisches Handwerk ermöglichte, mit denen verbände, die auch seine und vor allem ihre Opfer geworden sind. Wenn 2012 vor dem Schloss das Monument „Dedicated to the missing Jews“ gestanden hätte, wäre möglicherweise die Diskussion um den Namen Hindenburg anders geführt worden. Das ist der geheime Zusammenhang zwischen der Diskussion 2012 und der Auseinandersetzung 1988/89.

¹⁹² Peter Reichel, Auschwitz, in: Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl, hrsg. v. Étienne Francois und Hagen Schulze, München 2005 (Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung), S.309 – 331, Zitat: S.329

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Primärquellen

Archivalien:

Stadtarchiv Münster

- Materialien aus: Stefan Goebel, Stein des Anstoßes: Black Form (Dedicated to the Missing Jews), Stadtarchiv, Signatur: 4 SAB 115

Universitätsarchiv Münster

- unverzeichneter Zugang Rektoratsprotokolle

Materialien im Privatbesitz des Verfassers

Zeitungs- und Pressearchiv der Universitäts- und Landesbibliothek Münster

Ausgaben der Münstersche Zeitung (MZ)

- vom 11.4.2012, 28.6.2012, 20.7.2012, 31.7.2012, 25.8.2012

Ausgaben der Westfälische Nachrichten (WN)

- vom 20.3.2012, 21.3.2012, 27.3.2012, 30.3.2012, 4.6.2012, 12.6.2012, 26..2012, 4.7.2012, 6.7.2012, 9.7.2012, 21.7.2012, 26..2012, 27.7.2012, 28.7.2012, 31.7.2012, 2.8.2012, 6.8.2012, 14.8.2012, 29.8.2012, 5.9.2012.

Leserbriefe

- Leserbrief Wennemer, WN vom 2.2.1988
- Karl – Josef Schukalla, Denkmalpolitischer Analphabetismus, in: MZ vom 29.10.1988
- Helene Menke, Große Schizophrenie, in: WN vom 31.10.1988
- Hubert Teschlade, Einseitige Besetzung, in: MZ vom 5.11.1988
- Beate Gerke – Rulle, Extreme Geschichte – extreme Skulptur, in: MZ vom 3.11.1988
- Ingrid Löhr, MZ vom 11.11.1988
- Andreas Rulle, WN vom 18.11.1988
- Wöstenkötter, Tieferen Sinn andichten, WN vom 18.11.1988.
- Erich Müller, Schwarzer Klotz vorm Weißen Haus, in: MZ vom 6.12.1988
- Egbert Snoek, Leserbrief in WN vom 27.6.1989
- Helene Menke in: WN vom 27.6.1989
- Friedrich Peschlack in: WN vom 4.7.1989
- Bernhard Schröder, in: WN vom 6.7.1989
- Prof. Dr. Klaus Bußmann, in: WN vom 10.7.1989

Zeitungsartikel

- -jj-: Abbruch vor dem Schloß. Sol LeWitts „Black Form“ gestern entfernt/Freude und Bedauern, WN vom 25.2.1988
- JUF, Skulptur vor dem Schloß vertragsgemäß entfernt. „Black Form“ fiel dem Bagger zum Opfer“, MZ vom 25.2.1988
- MZ vom 25.2.1988
- WN vom 29.10.1988, Erhard Obermeyer, Black Form: Mut zur Provokation. Parteivorsitzende gehen einen unbequemen Weg
- MZ vom 29.10.1988, Marion Scholz, Löbliche Ausnahme
- WN vom 9.11.1988. Artikel von -eo- (= Erhard Obermeyer), Der politische und künstlerische Störfall
- -eo-, Jaeckel gegen 'Black Form', WN vom 27.10.1988
- Gemeinde ist interessiert. Mißverständnis ausgeräumt, WN vom 29.10.1988
- Wilhelm Achelpöhler, Aufforderung zum Nachdenken. Black Form. Ein Stein erregt Anstoß, in: Semesterspiegel vom Dezember 1988
- Heike Ebbing und Beate Holstein, Streit um „Black Form“. Kunst contra Krüppel, in: Semesterspiegel vom Dezember 1988
- AB. CDU, SPD und FDP wollen Bürgerantrag voran bringen: Per Doppelkarte ein „Ja“ zur Black Form, MZ vom 22.6.1989
- Erhard Obermeyer, Skulpturen für Münster: Entscheidung überfällig, in: WN vom 24.6.1989
- AB „'Black Form': RP verweigert Aufstellung vor dem Schluß“, in: MZ vom 10.8.1989
- -kv-, „Black Form': Kein Platz vor dem Schloß. RP entzieht weiterer Diskussion den Boden“, in: WN vom 11.8.1989
- BB. (= Bernd Behr) „Ein endgültiger Standort für Black Form: Ab nach Altona“, in: MZ vom 12.8.1989
- Klaus Baumeister: „ ‚Hindenburg war kein Verbrecher‘. Bürgerinitiative gegen die Umbenennung setzt für ein Bürgerbegehren auf CDU-Sympathisanten“, WN vom 23.3. 2012.
-

Quellen im Internet:

- <http://erinnerungskultur.de/> (Zugriff: 18.10.2016)
- http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (Zugriff: 27.3.2016)
- http://www.deutschlandradiokultur.de/als-sich-hitler-und-hindenburg-die-hand-reichten.954.de.html?dram:article_id=241304 (Zugriff: 1.11.2015)
- <http://www.taz.de/!5216222/> (Zugriff: 1.11.2015)
- <http://www.wn.de/Muenster/Kultur/2303722-Skulptur-von-Erich-Fritz-Reuter-Der-Moses-vom-Hinterhof> (Zugriff: 13.7.2016)
- <http://www.sueddeutsche.de/politik/gauland-aeusserung-die-rhetorischen-spielchen-der-afd-1.3011941> (Zugriff: 19.10.2016)

- <http://www.wn.de/Muenster/Stadtteile/Nienberge/2012/01/CDU-soll-2013-wieder-vorne-stehen-Nienberger-Christdemokraten-schwoeren-sich-beim-Neujahrsempfang-auf-naechste-Landtagswahl-ein> (Zugriff: 12.2.2016)
- <http://web2.cylex.de/firma-home/hoene-managementberatung-10154996.html>, (Zugriff: 12.2.2016)
- <http://www.wn.de/Muenster/2012/03/Buergerinitiative-gegen-Umbenennung-Hindenburg-war-keinVerbrecher>, (Zugriff: 12.2.2016)
- <http://www.pro-hindenburg.de/> (Zugriff: 12.2.2016)
- <http://www.kul-tours.de/muenster-hindenburgplatz-bleibt.htm> (Zugriff: 13.2.2016)
- <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-platzbenennung-in-muenster-eine-stadt-will-ihren-hindenburg-zurueck-1.1461265>, (Zugriff: 23.3.2016)
- http://www.cdu-muensterland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=27&Itemid=44 (Zugriff: 12.2.2016)
- http://www.medrum.de/files/namensliste_der_unterzeichner.pdf, (Zugriff: 12.2.2016)
- http://www.ulrichklose.de/logbuch/notizen/unappetitlicher_buergerentscheid (Zugriff: 15.2.2016)
- <http://www.stadt-muenster.de/museum/museum/zwinger.html> (Zugriff: 13.7.2016)
- http://www.nrwsulptur.de/index.php?id=1&tx_nrwsulpturwerke_showwerke%5Bwerk%5D=272&tx_nrwsulpturwerke_showwerke%5Baction%5D=show&tx_nrwsulpturwerke_showwerke%5Bcontroller%5D=Werk&cHash=1799979f12004f3d3c321b6f94d38bf7 (Zugriff: 13.7.2016)
- <http://www.juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/m-o/1361-muenster-nordrhein-westfalen> (Zugriff: 18.6.2016)
- <https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/kp0050.php?kpenr=7007&grnr=0> (Zugriff: 14.3.2016)
- <https://www.wiwi.uni-muenster.de/wisoge/md/personen/teuteberg/Home-page-Teut-III.pdf> (Zugriff: 20.3.2016)

Gedruckte Quellen:

- Skulptur Echo. Lokal – National – International, hrsg. v. Stadt Münster in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und dem Landschaftsverband Westfalen – Lippe, o.J.

2. Sekundärliteratur:

Internet:

- Al-Taie, Yvonne: DIE SINGULARITÄT DES HOLOCAUST UND DAS PROBLEM DER DARSTELLUNG Shoah-Gedenken im deutschen Stadtraum, in: Lucia Scherzberg (Hg.) „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust, S.88, http://universaar.uni-saarland.de/journals/public/journals/3/Komplettausgabe_tgBeiheft5.pdf (Zugriff: 1.5.2016)
- Asch, Ronald G. / Achim Aurnhammer / Carolin Bahr / Ulrich Bröckling / Michael Butter / Andreas Friedrich / Andreas Gelz / Barbara Korte / Jörn Leonhard / Stefanie Lethbridge / Monika Mommertz / Dietmar Neutatz / Tobias Schlechtriemen / Gero Schreier / Thomas Seedorf / Ralf von den Hoff, Das Heroische in der neueren kulturhistorischen Forschung: Ein kritischer Bericht, zitiert aus: <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-2216?title=das-heroische-in-der-neueren-kulturhistorischen-forschung-ein-kritischer-bericht&recno=4&q=&sort=&fq=&total=21> (Zugriff: 12.2.2015)
- Cornelißen, Christoph, Erinnerungskulturen, in: [https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen Version 2.0 Christoph Cornelißen](https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Cornelißen) (Zugriff: 18.7.2016)
- Föllmer, Moritz, Rezension zu Jesko von Hoegen, Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg -Mythos, Köln, Weimar, Wien 2007, (Stuttgarter Historische Forschungen, 4), aus: <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-10102> (Zugriff: 10.1.2016)
- Hagestedt, Lutz, Der Streitverlauf in Stimmen und Zitaten, in: http://literaturkritik.de/public/rezension.phprez_id=20 (Über die Kontroverse um Martin Walsers Friedenspreis – Rede 1998) (Zugriff: 23.8.2016)
- http://www.abgeordneten.info/nrw/MdStR_Muenster_1946ff.pdf (Zugriff: 24.3.2016)
- https://de.wikipedia.org/wiki/Erwin_Schleberger (Zugriff: 24.3.2016)
- <http://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-juden-europas/geschichte-des-denkmals.html> (Zugriff: 27.3.2016)
- <http://stiftung-zurueckgeben.de/monayahia.html> (Zugriff: 24.3.2016)
- http://wiki.muenster.org/index.php/Hubert_Teschlade#Vollbesch.C3.A4ftung_und_Z.C3.A4sur (Zugriff: 20.5.2016)
- <http://www.muenster.de/stadt/pdf/stammblaetter-strassenna-men.pdf>, http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg_umbenennung_sversuch1946.html, (Zugriff: 22.3.2016)
- <http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/pdf/strassennamen2011-06.pdf>, (Zugriff: 22.3.2016)
- http://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg_meinungsbildung.html (Zugriff: 22.3.2016)

- <http://www.kas.de/wf/de/71.8949/>, (Zugriff: 29.02.2016)
- <http://kirchensite.de/aktuelles/bistum-aktuell/bistum-aktuell-news/datum/2011/08/10/ein-lobbyist-fuer-menschenrechte/>, (Zugriff: 20.5.2016)
- Sachs, Angeli C. F., Formen der Erinnerung. Zwei Mahnmale von Jenny Holzer und Sol LeWitt in Deutschland, in: kunsttexte.de, Nr. 3/2002, <http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/download/kume/sachs.PDF> (Zugriff: 7.12.2015)
- Schmid, Harald: Die „Stunde der Wahrheit“ und ihre Voraussetzungen. Zum geschichtskulturellen Wirkungskontext von „Holocaust“, in: <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-stunde-der-wahrheit-und-ihre-voraussetzungen> (Zugriff: 31.12.2015)
- Steinberg, Katharina: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und seine Wirkung auf die Besucher, Berlin 2012, <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/steinberg-katharina-2012-08-14/PDF/steinberg.pdf> (Zugriff: 21.3.2016)
- Wolfrum, Edgar, Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD, 26.8.2008, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur?p=all> (Zugriff: 7.10.2016)

Gedruckte Literatur:

- Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.
- Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.
- Goebel, Stefan: Stein des Anstoßes: Black Form (Dedicated to the Missing Jews), in: H.Avenwedde/H.-U.Eggert (Hgg.), Denkmäler in Münster. Auf Entdeckungsreise in die Vergangenheit, Eigenverlag Schriftproben Wilhelm-Hittorf-Gymnasium Münster, Münster 1996, S.315 – 388.
- Großbölting, Thomas (Hg.): Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät, Münster 2015, darin v.a.: Saskia Handro, Geschichte – Mythos – Image. Der Streit um den Hindenburgplatz in geschichtskultureller Perspektive, S.25 – 71 und Norbert Kesting, Integration, Identität und der Westfälische Wutbürger. Analyse des Bürgerentscheids 2012 in Münster, S.111 – 129.
- Handro, Saskia: Geschichte – Mythos – Image. Der Streit um den Hindenburgplatz in geschichtskultureller Perspektive, in: Th. Großbölting, Hrsg., Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät, Münster 2015, S.25 – 71 .
- Kersting, Norbert: Integration, Identität und der Westfälische Wutbürger? Analyse des Bürgerentscheids 2012 in Münster, in: Th. Großbölting, Hrsg., Hindenburg- oder Schlossplatz? Was die Debatte über Münster verrät, Münster 2015, S.111 – 128.

- Korn, Salomon: Geteilte Erinnerung – Holocaust-Gedenken in Deutschland, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hg.), *Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum, Frankfurt am Main, New York 1999*, 231–243.
- Kufeke, Kay: *Der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland nach 1945*, in: Burkhard Assmuss (Hg.), *Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung*, Berlin 2002.
- Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, 2. Auflage, München 2014.
- Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Hamburg 2010.
- Münkler, Herfried: *Der große Krieg. Die Welt 1914 – 1918*, Bonn 2014.
- Pyta, Wolfram: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, 3. Auflage, München 2009.
- Reemtsma, Jan Philipp: *Wozu Gedenkstätten?*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Hamburg April/Mai 2004.
- Reichel, Peter: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001.
- Reichel, Peter: *Auschwitz*, in: *Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl*, hrsg. v. Étienne Francois und Hagen Schulze, München 2005 (Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung), S.309 – 331.
- Reichel, Peter: *Erfundene Erinnerung – Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater*, Frankfurt/M 2007.
- Rommé, Barbara (Hg.): *Skulptur Projekte Münster 1997*, 1. Auflage Berlin 2006, darin: Klaus Bußmann, *Skulpturprojekte 1977 – 1997. Erinnerungen*, S.13 – 23.
- von Hoegen, Jesko: *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*, Köln, Weimar, Wien 2007, (*Stuttgarter Historische Forschungen*, 4).
- Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914 – 1949*, Bonn 2009.
- Wildt, Michael, *Nationalsozialismus, Aufstieg und Herrschaft. Informationen zur politischen Bildung 314*, 1/2012, Bonn 2012.